

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Vier gefährliche Jahre

Am 2. November sind die Würfel für eine Wiederwahl von USA-Präsident George W. Bush gefallen. Zum Ausgang der Abstimmung haben eine auf das vermeintliche Sicherheitsbedürfnis der Amerikaner abzielende Kampagne voller Hysterie, das rechtzeitig von der CIA besorgte Osama-bin-Laden-Video sowie das systematische Schüren des wildesten Chauvinismus entscheidend beigetragen. Eigentlich wurde der Bewerber der Republikanischen Partei ja zum ersten Mal gewählt, da seine zurückliegende vierjährige Amtszeit nur durch Betrug und Manipulation und am Ende durch einen fadenscheinigen Gerichtsentscheid zustande gekommen war. Wie bei jeder Präsidentenwahl in den USA haben auch diesmal nur etwa 30 % der theoretisch Stimmberechtigten Bush unterstützt. Zwar erhielt er 51 % des Votums; rechnet man aber die Zahl der Kerry-Wähler, der Wahlabstinenten und jener erwachsenen USA-Bürger, die sich nicht hatten registrieren lassen, zusammen, dann bleibt für George W. nur ein knappes Drittel vom Kuchen übrig. Mit anderen Worten: eine wirklich „repräsentative Demokratie“.

Die Vereinigten Staaten sind zutiefst gespalten. Der bisher teuerste Wahlkampf in der USA-Geschichte wurde mit einer Erbitterung geführt, als stünde tatsächlich ein echter politischer Wechsel zur Debatte. Dabei handelt es sich beim Zweiparteiensystem des imperialistischen Hauptlandes immer um dasselbe Wettrennen in der Einbahnstraße. Es geht allein darum, die Wähler im Falle des politischen Verschleißes der Regierung für die andere großbürgerliche Partei zu mobilisieren. Der Unterschied zwischen beiden Kontrahenten besteht darin, daß die Republikaner gewissermaßen über die erste Reihe des Monopolkapitals, der Manager und Konzernanwälte verfügen, während die Demokraten zusätzlich jene Aufgaben erfüllen, die in Europa der Sozialdemokratie zufallen. In ihrem Lager stehen deshalb neben breiten Schichten der Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz auch die Gewerkschaften. Hinzu kommen die Schwarzen und andere Minderheiten.

Zwischen Bush und Kerry, der in seiner Jugend zunächst Offizier in Vietnam und dann ein aktiver Vietnamkriegsgegner war, gibt es zweifellos gewisse Unterschiede. Das betrifft besonders die Innenpolitik, wo sich der mit einer Milliarden-Erbin verheiratete Kerry weitaus liberalere Auffassungen leistet als der rechtskonservative Multimillionär Bush, dessen sozialer Hintergrund vor allem die Öl- und Rüstungsindustrie ist. Der se-

riöser wirkende Kerry, der in der Außenpolitik darauf drängte, die traditionellen NATO-Verbündeten der USA wieder näher heranzuführen, erwies sich weder als eine dem „Falken“ Bush gegenüberstehende „Tauben“ noch als strategische Alternative zu ihm. Die KP der USA unterstützte deshalb keinen der Kandidaten, sprach sich aber dafür aus, alle Kräfte darauf zu konzentrieren, Bush eine Niederlage zu bereiten.

Dazu ist es nicht gekommen. Der Texaner, dessen erste Amtszeit einem Amoklauf gleich, hat sich durchgesetzt. Da ein USA-Präsident nach der Verfassung nur zweimal antreten darf, unterscheidet sich die letzte Amtszeit von der ersten gravierend. Nun muß der Gewählte auf nichts und niemanden mehr Rücksicht nehmen. So wird Bushs Verbleiben im Weißen Haus von politischen Beobachtern in aller Welt mit größter Sorge betrachtet. Die zweite Amtszeit dieses Größenwahnsinnigen Kriegspräsidenten, dessen Sieg vor allem durch das Votum der faschistoiden Veteranenverbände, der reichen Oberschicht und der fanatisch-religiösen christlichen Fundamentalisten abgesichert wurde, könnte der gefährlichste Vier-Jahres-Zeitraum in der Geschichte der Menschheit werden. Der sich als Terroristenjäger ausgebende Terrorist, der jederzeit den Kernwaffeneinsatz befehlen darf, und seine aggressionserfahrenen Berater aus den Stäben des Pentagons, der CIA und der USA-Rüstungsimperien sind eine hochexplosive Mischung.

Der Weltfrieden ist aufs äußerste bedroht, zumal die heutigen Gegenkräfte nicht ausreichen, Washington in die Schranken zu weisen. Die „Schurkenstaaten“ bleiben im Visier der Exponenten des „amerikanischen Jahrhunderts“. Besonders groß ist die Gefahr für das mit Ausrottung bedrohte irakische Volk, für Iran, die KDVR und Kuba. Wie die Überfälle auf Afghanistan und Irak bewiesen haben, ist Bush zu jedem Verbrechen gegen das Völkerrecht bereit. Einer der Faktoren, die die Kriegsbesessenen in Washington etwas bremsen könnten, ist die Stimmung in den Vereinigten Staaten. Der US-Präsident muß die Tatsache in Rechnung stellen, daß er nur die Hälfte der Wähler auf seiner Seite hat. Vorerst reagiert er darauf mit potenziertem Verbissenheit. Die Art der Umbildung seiner Administration läßt Schlimmes ahnen. Die Nominierung von Condoleezza Rice für das State Department ist ein Programm wütender Aggressivität. Die Vereinigten Staaten unter George W. Bush – dem Henker von Falludsch – sind mehr denn je der Hort des Exports der Gewalt.

Klaus Steiniger



INHALT

Potsdamer PDS-Parteitag: Das „strategische Dreieck“	S. 2
„Deutsche Einheit“ – ein Trümmerberg	S. 3
Rogowski und sein Hundt	S. 4
Wie Ouelles Frau Schickedanz zu ihren Milliarden kam	S. 5
Über die Dialektik von Produktion und Konsumtion	S. 6
Zum letzten Politbüroprozeß	S. 7
Habe ich in der DDR im „Frühsozialismus“ gelebt?	S. 8
Empörendes aus Halle	S. 9
Die Jenaer Domaschk-Lüge	S. 9
Befreiung ohne Befreier?	S. 10
Rainer Rupp – ein parteiloser Kommunist	S. 10
Bernstein als politischer Intrigant	S. 11
„Recht und Unrecht“ – eine neue Schrift von Prof. H. Klenner	S. 12
Lehrer einer neuen Juristengeneration	S. 13
Der Sandmann als Sieger	S. 14
Weihnachtsfeier im Schloß Niederschönhausen	S. 15
Über das „Opium des Volkes“ und die „Kirche im Sozialismus“	S. 16
Wit und Zwart Karlientje	S. 17
Geschwisterliche „Nächstenliebe“	S. 18
Polen: Der schwarze Mythos	S. 19
Standort Welt: Die Global Players	S. 20
China: Arbeiterrechte in Privatbetrieben sichern!	S. 20
In Irak lebt der Geist des anti- britischen Aufstandes von 1920	S. 21
Wie man in Madrid den „Tag des Spaniertums“ beging	S. 22
Castro: Zur Bewußtseins- entwicklung der Kubaner	S. 23
Der Weg des Jeremias Gotthelf	S. 24
Herr Keuner im Kaffee-Karton	S. 25
Eine Politintrige: Der Fall Ostrowski	S. 26
Flick: „Eines Gauners Erbe“ stellt aus	S. 27
1. Lesertreffen in Stralsund	S. 27
Unvergessener Horst Bastian	S. 28
Zwei Lyriker aus Thüringen	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Potsdamer PDS-Parteitag: Das „strategische Dreieck“

Der Potsdamer Parteitag setzte der PDS das Ziel, 2006 in Fraktionsstärke wieder in den Bundestag einzuziehen. Die Konzeption dafür enthält der von der Delegiertenmehrheit angenommene Leitartikel des Parteivorstandes. Dessen Kern ist ein sogenanntes strategisches Dreieck mit den Koordinaten „Opponieren – Mitgestalten – Alternativen, die über den Kapitalismus hinausweisen“.

Die Eckpunkte sind allerdings recht unterschiedlich gewichtet.

Vorrang hat unverkennbar das „Mitgestalten“, also die Beteiligung am „zeitgemäßen Umbau des Sozialstaates“, den die PDS-Führung für durchaus erforderlich hält. Starke parlamentarische Präsenz, möglichst sogar Regierungsbeteiligung – zunächst auf Länderebene – gelten als Voraussetzungen. Daß mit solcher Regierungsteilnahme den Interessen von Lohnabhängigen und sozial Ausgegrenzten wirksamer Geltung verschafft werden kann, bleibt – wie sich in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren erweist – bloßes Wunschdenken. Aus dieser Problematik speist sich denn auch ein innerparteilicher Dauerkonflikt: Zu erheblichen Teilen steht die Parteibasis solchem „Mitregieren“ und damit Mitverantworten von Sozialkahltschlag skeptisch bis ablehnend gegenüber. Auch Ehrenvorsitzender Modrow äußerte sich kritisch hinsichtlich der stärkeren Orientierung auf „Regierungsfähigkeit“, weil die Zeiten „eigentlich nach entschlossenem Gegenhalten“ verlangten. Dessenungeachtet verteidigte Bisky in Potsdam mit Vehemenz die Regierungsteilnahme in der Hauptstadt wie in Schwerin und warf jenen PDS-Genossen, die für ein „Aussteigen“ plädierten, vor, sie säßen in ideologischen Schützengräben und würden dort „Lebenszeit verschwenden“. (ND 30./31. 10.)

Die Delegierten folgten überwiegend dieser Vorstandslinie. Keine Mehrheit fanden Initiativen von Parteilinken wie der vom „Geraer Dialog“ an den Parteitag gerichtete Brief oder der Alternative Leitartikel der Kommunistischen Plattform. Sie zielten darauf ab, das Hauptaugenmerk der Partei auf deren Rolle als Oppositionskraft gegen das bestehende System zu lenken. Unter dem Strich: In Potsdam entfernte sich die PDS noch mehr von ihrem originären Credo „Veränderung beginnt mit Opposition“. Statt dessen bleiben die Weichen auf „Weiter so wie bisher“ gestellt. Daß diese Orientierung vom Parteitag bereitwillig abgesegnet wurde und danach selbst das sonst übliche Grollen aus der Parteibasis nicht vernehmbar wurde, hat seinen Grund: Solche beachtlichen Wahlerfolge, wie sie die PDS sowohl 2004 bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen als auch bei der „Europa-Wahl“ und – relativ – in NRW verzeichnen konnte, gelten selbst vielen

sonst besorgten und kritischen Genossen als Bestätigung für den „richtigen Kurs der Parteiführung“.

Bisky bestreitet übrigens, daß die PDS diese Stimmengewinne in erster Linie ihrer Protesthaltung gegen „Hartz IV“ und „Agenda 2010“ zu verdanken hat. Wider besseres Wissen behauptet er sogar, sie seien ihr „in Kenntnis“ der Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zugefallen. Tatsache jedoch ist: Nur indem die PDS gegen den rigiden Sozialabbau Position bezog und dadurch den Eindruck zu vermitteln wußte, sie sei „Partei der sozialen Frage“, konnte sie in größerem Maße als je zuvor Wählerschichten für sich gewinnen. Ihre Wahlerfolge sind also Ergebnis eines demonstrativen Opponierens, das (diesmal noch) ausreichte, die Negativwirkungen des Mitregierens in zwei Bundesländern in Grenzen zu halten. Auch wenn das mancher PDS-Genosse möglicherweise nicht so gern vernimmt: Im Hinblick auf die Auswirkungen spielten die Architekten des Sozialkahltschlags – vor allem also SPD und CDU – die Rolle von unfreiwilligen Wahlhelfern für die PDS.

An dieser Konstellation wird sich absehbar nichts ändern. Ganz im Gegenteil. Die großen „Umverteiler von unten nach oben“ werden immer dreister. Neue „Nullrunden“ treffen nach den Rentnern nun auch viele, die sich ihres Arbeitsplatzes bislang sicher glaubten. Unternehmerverbände artikulieren immer unverschämtere Forderungen nach Lohnverzicht, unbezahlter Verlängerung der Arbeitszeit und Aufgabe des Kündigungsschutzes. Mit massiven Drohungen, Betriebe zu schließen oder in „Billiglohnländer“ zu verlagern, sollen die Belegschaften gefügig gemacht werden.

In dieser Situation ist politische Opposition nicht nur dringend notwendig. Sie stellt für eine sich sozialistisch nennende Partei zugleich eine enorme Chance dar. Sie kann sich als Stimme der Benachteiligten, Bedrängten und Bedrohten Gehör verschaffen. Sie würde bei der Verteidigung von Sozialstandards, bei der Abwehr von Sozialdemontage, beim Eintreten für konkrete Alltagsforderungen der „kleinen Leute“ breite Unterstützung finden.

Allerdings ist das nicht damit getan, eine politische Absichtserklärung wie den Leitartikel mit der Überschrift „Sozial, mit aller Kraft“ zu versehen, um sich dann mit Verbalopposition zu begnügen und zeitgleich als Regierungspartei „schlechte Gesetze gut durchführen“ zu helfen, wie das der Schweriner PDS-Minister Holter für geboten hält.

Solche Janusköpfigkeit kann auf Dauer nicht gutgehen. Sie bringt der Partei letztlich Vertrauensverlust und läßt sie, wie das bei der Bundestagswahl 2002 schon einmal dramatisch geschah, erneut in die Glaubwürdigkeitslücke stolpern. Davor bewahren kann auch nicht jene Rezeptur,

die Gysi seiner Partei empfahl. Er riet ihr: „Wir wollen nicht von schlechter Stimmung leben“, und plädierte dafür, sich statt dessen als „Partei der deutschen Einheit“ zu gerieren. „Jede Benachteiligung von Menschen“ sei „auszuschließen, nur weil sie aus dem einen oder anderen Teil Deutschlands kommen“. Es ist schwer vorstellbar, wieso das der Partei bei jenen Sympathien bringen soll, denen solche „Ratschläge“ angesichts niedrigerer Ost-Löhne bei immens höherer Arbeitslosigkeit, bei reduziertem Entgeltwert für Ostrente und nahezu durchgängiger Bevormundung durch aus dem Westen importiertes Leitungspersonal, vom Kolonialbeamten bis zum Firmenboß, wie Hohn klingen müssen.

Sache einer sozialistischen Partei wäre es hingegen, gerade angesichts der immer offener zutage tretenden existentiellen Gebrechen des herrschenden Systems eine fundamentale Einsicht zu vermitteln: Auch wenn sich durch alltäglichen, schwierigen Kampf zeitweilig begrenzte Verbesserungen für Alltagsbelange durchsetzen lassen – eine wirkliche Lösung der Probleme auf Dauer ist nur möglich, wenn „über den Kapitalismus hinausgegangen“ wird. Daß im „strategischen Dreieck“ des PDS-Leitartikels der dafür präzise Begriff Sozialismus vermieden wird, dürfte kaum aus Formulierungsschwächen der Autoren zu erklären sein. Wer dahinter Absicht sieht und derart gewollte Verschwommenheit zurückweist, dem geht es nicht – wie oft fälschlich unterstellt wird – um „Diffamierung“ der PDS. Aus solcher Kritik spricht vielmehr die Sorge, daß sich in der Aufgabe exakter Begriffe auch das Abgehen von Grundsätzen widerspiegelt, die für eine sozialistische Partei unverzichtbar sind. Und ohne die sie ihre Perspektive verliert.

Eine Politik, die sich auf ein „strategisches Dreieck“ gründet, dessen Schenkel höchst ungleichmäßig und – was die Alternative angeht – bloß diffus gezogen sind, muß sich über kurz oder lang als Fehlkonstruktion erweisen.

Einer „Spagatpartei“ – den einen Fuß auf der harten Oppositionsbank, den anderen im weichen Regierungssessel – erwächst sogar die Gefahr, das bei den jüngsten Wahlen gewonnene Terrain wieder einzubüßen. Schon gibt es Anzeichen dafür, daß der von Bisky gepriesene „Stopp des Abwärtstrends“ nicht anhalten könnte. Der Parteichef weiß wohl um die Risiken und sagt, daß 2006 zwar eine Chance bietet, jedoch keine Garantie. Inzwischen pendeln die Umfragewerte für die PDS bisweilen wieder um die 4-Prozent-Marke. (ND, 1. 11. 2004) Das aber wäre zu wenig, um das gesteckte Ziel – eine eigene Bundestagsfraktion – zu erreichen.

Wolfgang Clausner

„Am 9. Oktober haben vielerorts in Deutschland sogenannte Gedenkveranstaltungen zum 14. Jahrestag der Anexion der DDR stattgefunden. Doch alles Getöse hilft nichts. Die Bilanz, die Regierung und Bevölkerung gleichermaßen ziehen müssen, ist katastrophal.

Die Verkünder von blühenden Landschaften und Macher der Vereinigung müssen eingestehen, daß sie Ostdeutschland in den Ruin getrieben haben. Es wurde deindustrialisiert. Niedergewalzt wurde die ehemals hochentwickelte Landwirtschaft. Von den 800 000 Menschen, die in ihr Lohn und Brot fanden, ist nur ein Bruchteil übriggeblieben, wobei es den Eroberern nicht gelang, die Form überwiegend genossenschaftlichen Produzierens aufzuheben. Insgesamt wurde mehr als die Hälfte der 1989 bestehenden 9,6 Millionen

von den rund 195000 in Forschung und Lehre der DDR Beschäftigten nur noch 23500 einen Arbeitsplatz. Von den ehemals 30000 Künstlern und Kulturschaffenden wurden 20000 ihrer materiellen Existenzgrundlagen beraubt. Noch heute werden DDR-Autoren totgeschwiegen; ihre Bücher wurden auf Müllkippen entsorgt. Von den ca. 2 Millionen Hoch- und Fachschulabsolventen ist über eine Million aus dem Berufsleben ausgegrenzt.

Seit Mitte der 70er Jahre gibt es einen progressiven Anstieg der Staatsverschuldung, insbesondere unter der Regierungsverantwortung von Kohl. Begründet wurde sie durch den damaligen Bundesminister für Finanzen, Theo Waigel, in einem Grußwort auf dem Festakt der Deutschland-Stiftung e. V. 1996: „Meine Damen und Herren, wäre die deutsche

Deutsche Einheit – ein Trümmerberg

Arbeitsplätze vernichtet. Mehr als zwei Millionen frühere DDR-Bürger, vor allem Facharbeiter, sind auf der Suche nach einem Arbeitsplatz von Ost nach West abgewandert. Die Deutschen im Osten wurden umfassend enteignet. Die „Treuhand“ verschleuderte ein Volksvermögen, das man auf ca. 1 Billion DM geschätzt hatte. Nach der sogenannten Privatisierung, den Geschenken an Westunternehmer, hinterließ sie einen Schuldenberg von über 250 Milliarden DM. Diese Summe wurde den Steuerzahlern in Ost und West in Rechnung gestellt.

Der „Architekt der deutschen Einheit“, Helmut Kohl, erklärte in seiner Festansprache anlässlich der Verleihung der Konrad-Adenauer-Preise 1996 vor 1200 geladenen Gästen: „Bei 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland ist es das Wichtigste, daß wir die Arbeitslosigkeit stoppen und abbauen, daß wir Arbeitsplätze schaffen. Man kann es drehen und wenden wie man will: Die größte soziale Ungerechtigkeit ist und bleibt, wenn arbeitswillige Männer und Frauen keinen Arbeitsplatz finden.“

Unter der Regierung Gerhard Schröders – er wollte die Arbeitslosenzahl bis 2002 auf 3 Millionen senken – hat sich keine Veränderung vollzogen. Offiziell sind im September 2004 noch immer 4,257 Millionen Menschen ohne Job. Auch die vielgepriesenen Maßnahmen um „Hartz IV“ und „Agenda 2010“ werden nur durch kosmetische Statistik-Schönung zu einer Zahlenveränderung führen.

Aber nicht allein die Ökonomie, auch Wissenschaft und Kultur wurden kahlgeschlagen. Der rücksichtslose Umgang mit der Intelligenz eines Landes, vorgenommen von westdeutschen „Evaluatoren“, ist ohne Beispiel. Bereits Anfang 1993 hatten

Einheit nicht gekommen, stünde ich vor Ihnen als der erfolgreichste Finanzminister Deutschlands seit 1949. Wir hätten kein Defizit, wir hätten Kennziffern, um die uns die Welt beneiden würde.“ Mittlerweile ist dieser Schuldenberg auch mit kräftiger Unterstützung der rot-grünen Haushälter auf über 1,3 Billionen Euro angestiegen. Nicht auszudenken sind die Folgen, wenn einmal die Geldgeber die Staatsverschuldung nicht mehr finanzieren würden. Renten, Sozialleistungen und Gehälter im öffentlichen Dienst wären dahin.

So stellt sie sich dar, die Bilanz 14jähriger gescheiterter Politik. Deutschland ist zwar staatlich vereinigt, doch es bleibt gespalten. Der Graben zwischen Ost und West hat sich vertieft. Die Mehrzahl der Ostdeutschen fühlt sich verraten und verkauft, ihrer Geschichte und ihrer Lebensleistungen beraubt, bevormundet und diskriminiert. Die Westdeutschen, die für einen beträchtlichen Teil der durch bewußte Zerstörung der ostdeutschen Wirtschaft verursachten Kosten aufkommen müssen, fühlen sich undankbar behandelt. Nicht erfüllte Hoffnungen auf beiden Seiten führen zwangsläufig zu Gleichgültigkeit, ja Abneigung.

Selbst der Nobelpreisträger für Literatur Günter Grass, beileibe kein Freund der DDR, zog das nüchterne Fazit: „Würdeloser und unanständiger hätte die deutsche Einheit nicht eingeweicht und vorangetrieben werden können. Was zum Schrott erklärt wurde, ward Schrott. Und nun sind sie – die Ostdeutschen – abermals zweitklassig. Anstelle kommunistischer Mangelwirtschaft wird ihnen unter dem Etikett ‚soziale Marktwirtschaft‘ rüde Ausbeutung geboten. Häßlich sieht diese Einheit aus!“

Dr. Rudolf Druх

D.E.U.T.S.C.H.L.A.N.D

Deutscher Staat in Mitteleuropa, einst ein Land der Dichter und Denker. Als kaiserlich-imperialistischer und faschistischer Staat Initiator zweier verheerender Weltkriege. Heute eine auf Berufsbeamtentum gestützte bürgerlich-demokratische Bundesrepublik.

Eigenwillige und expansionistische Politik infolge des durch das imperialistische Großkapital geprägten und beeinflussten Staats- und Wirtschaftssystems.

Unbestrittene kapitalistische Großmacht, die trotz belasteter Geschichte erneut nach politischer und militärischer Einflußnahme strebt, in Verbundenheit mit den USA Gründe ihres Aufstiegs sieht und daher nur „freundschaftliche“ Kritik an deren Weltgardenrolle übt.

Tugend- und traditionsreiches Land, das sich aber toleranzarm gegenüber Traditionen anderer Völker und linker Bewegungen zeigt.

Sieht sich zu schamhafter Entschuldigung für die an anderen Völkern in der Vergangenheit begangenen Verbrechen gezwungen, versucht Entschädigungsforderungen durch fragwürdige Gerichtsbeschlüsse abzuwehren.

Christentum wird als verdeckte Staatsreligion sanktioniert. Obwohl das Grundgesetz atheistische Ansichten zuläßt, werden christliche Einflüsse und Rechte als abendländisches Kulturgut gefördert und anderen Weltanschauungen verdeckt oder offen als überlegen entgegengestellt.

Heimatgefühle stehen hierzulande hoch im Kurs, wenn sie gegen Staaten wie Polen und Tschechien von sogenannten Vertriebenenvereinigungen ins politische Spiel gebracht werden.

Land mit fleißigen und talentierten Menschen, aber mit inkompetenten Politikern, die sich schwertun, die Nöte des Volkes zu verstehen, und auf die reichen Klassen setzen.

Arroganz und Anmaßung spielen in deutscher Politik sowie im gesellschaftlichen Leben stets eine nicht zu übersehende Rolle.

Neonazistische Bewegungen werden zwar offiziell abgelehnt, notwendige Verbote der Trägerparteien aber durch Justizmanöver und unter Hinweis auf das Recht der „Meinungsfreiheit“ verhindert.

Deutschland – ein Land mit formaler Demokratie, deren Nutzung dem Bürger schwerfällt, den Besitzenden aber in jeder Beziehung zum Vorteil gereicht.

Dr. Rudolf Dix

Es vergeht kaum ein Tag, an dem der Industrie-Präsident Rogowski nicht seine „Irrtümer“ in die Welt hinausposaunt. Erst kürzlich erklärte er, „daß der Kündigungsschutz ein Irrtum der Geschichte“ sei. Im Irrtum aber ist nur Rogowski selbst. Der Exminister der Kohl-Regierung, Norbert Blüm, kam der Wahrheit schon bedeutend näher, als er in einem Interview feststellte, „daß die Existenz der DDR eine Reihe von sozialen Fortschritten in der BRD notwendig machte. Die DDR war damals unsere stärkste Gewerkschaft.“ Und auch SPD-Vorsitzender Müntefering erklärte erst unlängst: „Wir wollten den Systemwettbewerb in Deutschland gewinnen, und gerade deshalb durften wir in unseren Sozialleistungen nicht hinter der DDR zurückbleiben.“ Jetzt gibt es die DDR nicht mehr, weshalb Rogowski und Hundt (beide gehören zu den reichsten

Zweitens wird mit den Begriffen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ bewußt alles auf den Kopf gestellt. In Wahrheit handelt es sich um Ausbeuter und Ausgebeutete. Und die Top-Manager der Ausbeuter, die Herren Rogowski, Hundt u. a., sind wiederum nur die sichtbaren Spitzenleute des Kapitals in der BRD. Es läßt sich durch diese Gilde vertreten, bleibt weitgehend anonym und vornehm im Hintergrund. Rogowski und Hundt kämpfen „unermüdlich“ dafür, daß die Arbeitszeit verlängert und die Löhne gesenkt werden. Ihre „Argumente“ überzeugen nicht. Mal sind es die „zu hohen Löhne“, dann wiederum der „Standort Deutschland, der durch zu großzügige Sozialleistungen nicht mehr wettbewerbsfähig“ sei. Verschwiegen werden dabei sowohl die enorme Produktivität in den Konzernen als auch die ständig steigenden Kosten, die für

auch für „die Politik“. Die von den „Arbeitgebern“ bewußt ins Kalkül gezogene Massenarbeitslosigkeit aber hat die Sozialkassen leergefegt.

Neuerdings erklären nun die Ausbeuterpräsidenten, „daß auch sie zum Volk gehören, aber nicht gegen Hartz IV demonstrieren“. Denn „sozial gerecht“ sei, „was Arbeit schafft“. Dem könnte man ja zustimmen, wenn es denn so wäre. Aber genau das Gegenteil ist ja der Fall. Jene 64 Herrschaften, die in einer Erklärung „Auch wir sind das Volk“ die Agenda 2010 so wortreich unterstützen, haben nur eine Kleinigkeit „vergessen“: die Tatsache, daß sie samt und sonders Super-Millionäre sind. Der reichste Mann unter den Signataren ist der „Arbeitgeberpräsident“ selbst. Er wird auf ca. 250 Millionen Euro taxiert.

Eines aber muß man dem BDI-Chef zugute halten. Er hat das, was einem leider nicht geringen Teil der Werktätigen abhanden gekommen ist: Klassenbewußtsein. Seine „Irrtümer“ und sein praktisches Tun dienen auf prägnante Weise seiner Klasse. Nur dort, wo die Arbeiter dem Kapital massiv entgegentreten, haben sie Gewicht. Das wurde bei Opel in Bochum erneut bewiesen. Erst als die Autobauer streikten, war die Konzernleitung wieder zu Gesprächen bereit.

Die deutsche Großbourgeoisie, die besondere Erfahrungen in der Irreführung der Ausgebeuteten besitzt, kann nur deshalb so aggressiv auftreten, weil sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbosse als Vertreter der „Arbeitnehmer“ aufspielen, in Wirklichkeit aber die Politik der „Arbeitgeber“ besorgen. Auch das hat Opel gezeigt. Das Land braucht kämpferische Arbeiterführer, die ihren Klassenauftrag ernst nehmen.

Prof. Kurt Tiedke

Rogowski und sein Hundt

Leuten in der BRD) alles rückgängig machen möchten, was einst als notwendig erachtet wurde.

Von diesem Bestreben zeugt auch Rogowskis Behauptung, daß „die paritätische Aufsicht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Aufsichtsräten der großen Unternehmen geschäftsschädigend“ sei. Auch hier irrt der BDI-Präsident. Die unzählige Arbeitsplätze bedrohende Krise, in die gegenwärtig Karstadt-Quelle und die Opel AG geraten sind, beweisen genau das Gegenteil. Mehr als geschäftsschädigend hat sich die Manager-Kaste verhalten. Sie versagte total, wie dies der Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW) in Bremen, Rudolf Hickel, nachweist. Nicht der Abbau, sondern der Ausbau der Mitbestimmung ist deshalb dringend geboten. Rogowski und die Herren in den Chefetagen wollen lediglich erreichen, daß ihnen niemand mehr in die Karten gucken kann. Denn es könnten ja noch weitere Ackermans und Hundts ans Tageslicht kommen, die mehr als sechs Millionen Euro Jahreseinkommen beziehen und über leere Kassen jammern. Herr Rogowski spricht allen Ernstes davon, „daß die Arbeitgeber ihren Beitrag für die Gemeinschaft leisten, indem sie den Arbeitnehmern Arbeit geben“. Auch das stimmt hinten und vorne nicht. Denn erstens wird rund 6 Millionen arbeitswilligen Bürgern dieses Landes von den „Arbeitgebern“ keine Arbeit gegeben. Mit den zu früh in Rente Geschickten und den ausgliederten Frauen sind es weit mehr. Aber auch jene, die noch eine berufliche Existenz haben, erhalten von den Unternehmern nicht aus humanitären Erwägungen eine Arbeitsstelle zugewiesen. Nein, die Kapitalisten kaufen die Ware Arbeitskraft ausschließlich deshalb, weil sie die Eigenschaft besitzt, Mehrwert zu erzeugen, d. h. den Unternehmern Gewinn zu bringen.

die Reproduktion der Ware Arbeitskraft aufgebracht werden müssen. Sie wurde in Deutschland immer teurer. Denn vom Arbeitslohn bleibt nach Abzug der Miete und der Steuern, der Kosten für Bildung und Weiterbildung der Kinder, für Gesundheit und Transport usw. nicht allzu viel übrig. Und das in einem Teil der Welt, wo Rekordsätze gezahlt werden. Andererseits gehen in dieser Abzockergesellschaft Phantasiegehälter an die Exekuteure des Willens der Konzernbosse – die Manager. Die Korruption spielt in der „betuchten“ Gesellschaft eine Riesenrolle. Das gilt

„Sie brauchen keine Gewerkschaft ... Schließen wir einfach ein Abkommen zwischen Ihnen und mir.“

Tandberg (Australien)



Leipziger Herbstmesse 1979. Standort Ringmessehaus, zweite Etage. Ein ganz besonderer Anziehungspunkt nicht nur für Geschäftsleute aus aller Welt, sondern auch für modebewusste Bürger der Republik. Künstlerisch gestaltete Messestände – den eleganten Produkten aus den Textilbetrieben der DDR angemessen und von meinen Mitarbeitern, Designern und Monteuren entworfen und gebaut. Aber zusätzlich noch der Aufwand für Modeschauen – einer Theaterinszenierung vergleichbar? Ist das nötig?, fragte ich die Außenhändler. Und dann die stundenlange Absperrung der Etage! Erwarten wir einen Staatsgast? Nein, dann wüßtest Du es. Es kommt Frau Schickedanz, die es sich nicht nehmen läßt, höchstpersönlich bei uns einzukaufen. Du weißt schon, die Chefin von „Quelle“.

Mir legt sich ein bitterer Geschmack auf die Zunge, wenn ich mich daran erinnere, und mich packt Zorn, wenn ich jetzt die

nachgerechnet, daß bis zu 90 Prozent des Angebots aus DDR-Produktion stammten. Frau Schickedanz ließ auch gleich den Katalog ihres Hauses in der DDR drucken. Die Geschäfte mit DDR-Firmen erlaubten „Quelle“ nicht nur hohe Gewinnspannen, sondern gestatteten außerdem moderate Preise, welche für hohe Umsätze sorgten, die auch den westdeutschen Kunden zum Vorteil gereichten. Jene konnten gar nicht wissen, daß sie „Ostprodukte“ erwarben. Die Waren wurden nämlich oft umetikettiert oder ohne Markenzeichen verkauft. Wäre das Ganze nur ein Spiel gewesen, so müßte man glauben, daß ein Teil der Mitwirkenden nach anscheinend lauterer Regeln dem Gegenspieler gerade jene Waffen in die Hände legte, die ohnehin schon auf ihn gerichtet waren. Eine groteske, aber durchaus realistische Vorstellung.

Was geschieht jetzt? Das „Geschäft“ mit der DDR haben nach 1990 noch viele andere auf weit drastischere Art betrieben.

zu drücken, stößt allerdings an Grenzen der Produzenten und des gesetzten Qualitätsstandards. Also schließt man sich dem Generalangriff „der Wirtschaft“ auf die Arbeitskosten an. Das ist heute im Gefüge einer fast konkurrenzlosen kapitalistischen Gesellschaftsordnung leichter als vor fünfzehn Jahren. Die Drohung mit massenhafter Kündigung von Mitarbeitern und deren Absturz in die Arbeitslosigkeit macht es möglich. Denn wer von den Angestellten durchschaut schon das Bilanzpuzzle auf hoher Konzernebene? Etliche Filialleiter erklären zwar, daß in ihrem Verantwortungsbereich schwarze Zahlen geschrieben würden, dennoch sollen sie und ihre Mitarbeiter abgeschoben, andere Häuser vollständig stillgelegt werden. Im Ergebnis der Erpressung hat es die Konzernleitung nunmehr tatsächlich erreicht, daß die Belegschaft direkte und indirekte Lohnneinbußen in Höhe von ca. 750 Millionen Euro hinnimmt. Im übrigen hat der Konzern längst andere Quellen für die Profiterzielung erschlossen. In Rußland ist bereits ein erstes Versandhausnetz aufgebaut worden. Andere GUS-Staaten sollen folgen. Die Angebote enthalten zunächst nur deutsche Produkte. Da sich potentielle Inlandsproduzenten aus begreiflichen Gründen dagegen aussprechen, hat die Konzernleitung angekündigt, gegebenenfalls auch landeseigene Produkte in das Warensortiment aufzunehmen. Die Osterweiterung der EU wird es nicht nur diesem deutschen Unternehmen wesentlich erleichtern, in die Märkte der neuen Länder einzudringen und an deren Nationaleinkommen zu partizipieren.

Dr. Manfred Böttcher,
ehem. Generaldirektor der DEWAG

Wie Quelles Frau Schickedanz zu ihren Milliarden kam

Zeitungsüberschrift lese: „Karstadt-Quelle verlangt von den Mitarbeitern Lohnverzicht!“ Was sind die Hintergründe?

Das Unternehmen „Quelle“ war tatsächlich einer der Hauptabnehmer unserer volkseigenen Konsumgüterindustrie, besonders von Bekleidung. Es hatte also seinen guten Grund, die Dame zu hofieren. Andererseits mußten sich die Direktoren und Produzenten aus der DDR nie um den Absatz ihrer Qualitätserzeugnisse sorgen. Aber die Verkaufspläne enthielten auch hohe Auflagen für Exporte gegen harte Valuta. Auf den Äckern der DDR wuchsen nun einmal keine Kaffeesträucher oder Kakaobäume, keine Südfrüchte, auch kein Pfeffer. Unter der Erde fanden sich auch kaum Erze oder Ölblasen, und das Land war viel zu klein, um auf allen Gebieten zu forschen, zu entwickeln und produktivitätssteigernde Techniken herzustellen. Die DDR brauchte Devisen – und zwar um so mehr, je stärker sie ihre wirtschaftliche Basis erweiterte. Das wußten natürlich auch die Einkäufer aus der BRD. Und sie nutzten ihre Chancen in den Preisverhandlungen. In der Regel wurden sie durch den BND noch mit detaillierten Zusatzinformationen gefüttert. Im Ergebnis kamen Lieferverträge zustande, die kein Äquivalent für den eigentlichen Wert der abgesetzten Ware darstellten. Der DDR ging somit in nicht unerheblichem Umfang Nationaleinkommen verloren. Besonders makaber war das im Fall des Versandhauses Quelle. Verkauft wurden nicht nur Textilwaren aller Art, sondern auch Haus- und Küchengeräte, vom Kochtopf bis zum Besteck, Elektrogeräte, Kühlschränke, Spielwaren, Möbel und tausend andere Dinge. Ein Fachmann aus der DDR hatte an Hand des Quelle-Katalogs einmal

Das Gewinnspiel der Frau Schickedanz mit dem DDR-Außenhandel ist Geschichte, aber das Profitstreben des Konzerns nicht. Im Verlauf der Geschäftsjahre hat die Quelle-Chefin so viel Vermögen angesammelt, daß sie den Karstadt-Konzern beinahe ganz und gar schlucken konnte. Heute besitzt sie 41,55 Prozent des Aktienkapitals von „Karstadt-Quelle“ und ein geschätztes Privatvermögen von über zwei Milliarden Euro. Ohne sie geht im Konzern nichts. Seit dem sogenannten Umbau des „Sozialstaates“ zeigt sich jedoch, daß die Geschäfte nicht mehr ganz so gut wie zu DDR Zeiten florieren. Gerade jene Bevölkerungsschichten, aus denen sich die treuen Kunden von Quelle und Karstadt rekrutieren, verfügen über immer weniger Kaufkraft. Andere, denen es daran überhaupt nicht mangelt, gehen allenfalls ins Berliner „KaDeWe“ und lieber in andere Luxusshops oder legen das überflüssige Geld und Kapital auf die hohe Kante. Was also tun, um dennoch den Maximalprofit zu sichern? Die Lösung ist denkbar einfach: drastische Kostensenkungen. Die Einkaufspreise



„Sie denken, sie haben Anspruch auf einen Teil meines Profits, nur weil sie die ganze Arbeit machen.“
Nelson (Australien)

Im Oktober-„RotFuchs“ hat Johannes Dreßler („Der springende Punkt: die Konsum-Ideologie“) äußerst interessante Fragen aufgeworfen, die unsere marxistische Weltanschauung berühren.

Unbestritten ist sicherlich das Anliegen des Artikels: Sinnvolle politische Machtverhältnisse sind nicht Selbstzweck, sondern haben stets dem Volkwohl zu dienen. Eine antihumanitäre Machtausübung, die rigoros auf Profitmaximierung zu Lasten gegenwärtiger und künftiger Generationen ausgerichtet ist, realisiert weder menschliche Grundbedürfnisse, noch fördert sie den nachhaltigen Umgang mit der Natur. Aber wachsen die Bedürfnisse der Menschen, wie Karl Marx und Friedrich Engels oftmals begründen, nicht wirklich ständig?

Wird eine humanitäre Gesellschaftsordnung letztlich nicht daran gemessen, wie und mit welchen Mitteln sie Bedürfnisse der Allgemeinheit materiell und geistig immer besser befriedigt? Ist das eigentliche Ziel der Produktion nicht die gesellschaftliche und individuelle Konsumtion mit immer höherer Ertrags- und Genußfähigkeit?

Aus dieser Sicht können die Wechselbeziehungen zwischen Produktion und Konsumtion etwa so charakterisiert werden: Erstens ist der Endzweck der Produktion unter vernünftigen gesellschaftlichen Bedingungen die Konsumtion. Die Produktion hat die Aufgabe, immer wirksamer der Konsumtion, der immer besseren Befriedigung materieller und kultureller Bedürfnisse, zu dienen. Wird aus der Produktionstätigkeit der eigentlichen Arbeitgeber, der Arbeiter und Angestellten, maßlos Mehrwert herausgepreßt, werden überwiegend Ladenhüter hergestellt oder sind ständig übermäßige Kapazitäten vorhanden, so ist diese Art der Produktion fehlgeleitet.

Zweitens liefert die Produktion der Konsumtion das Material, den Gegenstand, weil sie alle Güter sowohl für die gesellschaftliche als auch für die persönliche Konsumtion erzeugt.

Drittens entstehen die Bedürfnisse und die Art und Weise der Konsumtion nicht im luftleeren Raum, sondern durch die Art und Weise der Produktion, der Zusammenführung der Produzenten mit den Produktionsmitteln. Die Produktion treibt die Konsumtion voran und bestimmt gleichzeitig, wie und in welchem

Umfang die Bedürfnisse in einem gegebenen Zeitraum befriedigt werden können. Neue Produktion erzeugt neue Erzeugnissepaletten und Bedürfnisse.

Viertens ist die Konsumtion kein passives Anhängsel der Produktion. Sie stellt als Wachstumsfaktor der Produktivkräfte neue höhere Ansprüche an die Produktion.

Warum sind wir angesichts der bedeutenden Rolle der Konsumtion im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß dennoch gegen die bürgerliche Konsumententheorie? Nicht etwa deshalb, weil wir eine Gesellschaft mit „verordneter Askese“

scher Planwirtschaft waren wir bei der Befriedigung sozialer Grundbedürfnisse und höherer Ansprüche auf einem guten Wege.

Armut, Hunger, Geburtenrückgang, Obdachlosigkeit, Bildungsnotstand und vieles andere mehr hatten wir aus unserem Staatsgefüge weitestgehend verbannt. Niemals galt in der DDR der Sozialabbau als Staatspolitik.

Doch die Zustände in der heutigen verharteten Gesellschaft sind gänzlich andere. Je mehr militärische Interventionen, gar Präventivkriege, legalisiert werden und der Sozialabbau forciert wird, um so

Über die Dialektik von Produktion und Konsumtion

oder gar „gleicher, uniformierter, manipulierter Bedürfnisse“ erstreben! Im Gegenteil! Immer hängt ein sehr hohes Niveau der Konsumtion grundlegend auch mit einer kreativen Persönlichkeitsentwicklung und ihren Arbeitsbedingungen, positiven zwischenmenschlichen Beziehungen und solidarischer Gemeinsamkeit zusammen. Was gestern zudem noch Luxus war, sollten sich morgen durch gemeinschaftliche Arbeit immer mehr leisten können.

Mit der Konsumenten-Ideologie wird vielmehr der Versuch unternommen, die Bedürfnisse von ihrer sozialökonomischen Basis zu lösen, völlig einseitig den Menschen nach seinem Besitzstand zu beurteilen, den Slogan „Haste was, dann biste was!“ zu propagieren, nicht die eigene Leistung und die notwendige Gleichheit in den Startbedingungen groß zu schreiben, sondern eklatant ungleiche soziale Entwicklungs-Chancen, Korruption, Spekulation und Lobbyismus weitgehend zu sanktionieren und gar die Ausbeutung der „dritten Welt“ für legitim zu erklären.

Es wäre nun vermessen, mit dem Blick auf die DDR zu dem Schluß zu kommen, sie sei bereits eine „Insel von Konsumseligen“ gewesen. Aber trotz ungünstiger Startbedingungen, gravierender Vorzüge und auch erheblicher Defizite sozialisti-

nachhaltiger wird der Konsum, besonders die Binnennachfrage, deformiert. Chronische und weiter zunehmende Massenarbeitslosigkeit trotz vertuschender Statistiken befördert nicht die Konsumtion, sondern verringert sie rapide.

Nun fordern Rogowski und Co. eine beträchtliche Steigerung des Wachstums als Ausweg aus der Misere. Doch ein immenses Wachstum ist schon seit langem zu verzeichnen, nur nicht bei der Bedürfnisbefriedigung breiter Bevölkerungsschichten und an den richtigen Stellen. Beim Wachstum ihrer Profite, Renditen, Besitzstände, Gehälter und Abfindungen gibt es oftmals bei den Kapitaleigentümern und ihren Managern nur den Maßstab der Maßlosigkeit. Ihm gegenüber erweisen sich die Hartz-Härten schon heute als Produktionskiller, weil sie Ängste und Unsicherheiten schüren.

Auch Johannes Dreßler setzt sich dafür ein, angesichts von Fehlentwicklung, z. B. beim Verbrauch endlicher Reserven fossiler Energieträger, nicht wegzugucken. Sein Plädoyer für sachlichen, konstruktiven Meinungs-austausch und gänzlich neue Überlegungen kann nur unterstützt werden.

Prof. Dr. Harry Milke

Wir gratulieren dem erprobten Genossen

Werner Glaser
(6. Dezember) zum 92.

und unserem langjährigen treuen Mitarbeiter

Eberhard Bock
(8. Dezember) – beide aus Berlin
zum 91. Geburtstag.

Eberhard übersetzt noch heute Tag für Tag Beiträge aus der russischen Presse.

Der „RotFuchs“ ist stolz auf seine gestandenen Mitstreiter. Wir beglückwünschen

Dr. Rosemarie Buhr (12. Dezember) aus Berlin,

Dr. Hans-Joachim Böhme (29. Dezember) aus Halle und

Günther Trost (28. Dezember) aus Bad Oldesloe zu ihren 75.

Herzliche „RotFuchs“-Grüße gehen an

Wolfgang Kluge

(13. Dezember) aus Chemnitz und

Günther Schulze

(17. Dezember) aus Leipzig

zu ihren 65. Geburtstagen.

Wir wünschen ihnen Kraft und Stehvermögen.

Ein halbes Jahrhundert vollendet
das atheistische Christkind

Rolf Weinhold aus Hoyerswerda

am 24. Dezember. Wir grüßen diesen
revolutionären Tausendsassa, der sich durch
nichts und niemanden unterkriegen läßt.

Peter Jochen Winters äußert sich im jüngsten Deutschland-Archiv (5/2004, S. 752f.) zum Thema „Der letzte Politbüroprozeß“. Er beschreibt den Verlauf, zitiert aus dem Urteil, äußert sich aber nicht zu den Konsequenzen für die aktuelle Politik. Hier sollen einige Überlegungen dazu angestellt werden. Am 6. August wurden die früheren Mitglieder des Politbüros Hans-Joachim Böhme und Siegfried Lorenz zu Freiheitsstrafen von einem Jahr und drei Monaten – auf Bewährung – verurteilt. Sie waren der Beihilfe zur Tötung von drei Grenzverletzern für schuldig befunden worden. Hier geht es nicht um die halbrecherischen juristischen Konstruktionen, mit denen das Urteil gestrickt wurde. Das haben Dr. Friedrich Wolff, Detlef Joseph und andere längst analysiert. Hier wird auch nicht der Vergleich zur „Bewältigung“ der Nazi-Vergangenheit durch die bundesdeutsche Nachkriegsjustiz versucht. Dazu gibt es Arbeiten von Norbert Frei, Heinrich Hannover, das Braunbuch usw.

Die Urteile gegen Böhme und Lorenz sind Unrecht der Sieger, die sich in die Toga von Wahrern bundesdeutschen Rechts gehüllt haben.

Was aber sind die logischen juristischen und politischen Konsequenzen solcher Urteile für die aktuelle Politik?

Winters hält für bedeutsam, daß „führende Repräsentanten eines Staates“ zur Rechenschaft gezogen worden seien, um das „höchste Rechtsgut in der internationalen Werthierarchie“ zu schützen. Das Leben der Grenzverletzer sei ein höheres Rechtsgut als der Schutz der DDR. Der Bundesgerichtshof wertete als „persönliche Schuld“ der Angeklagten, daß sie an einer Politbürositzung teilgenommen hatten, auf der das Grenzregime auf der Tagesordnung gestanden habe. Da sie keinen Widerspruch erhoben hätten, seien die Toten an der Grenze von Böhme und Lorenz, „billigend in Kauf genommen“ worden. Tod anderer durch Unterlassung, heißt die Konstruktion. Daß die Grenzverletzer das Risiko ihrer verbotenen Handlung in Kauf genommen haben (wie Grenzverletzer auch heute), störte die Richter nicht.

Halten wir zunächst die Substanz und die Konsequenz des Urteils fest: Das Leben ist „das höchste Rechtsgut in der internationalen Werthierarchie“. Das darf ja nicht wohl nur rückwirkend (nach Artikel 103 des GG ist rückwirkendes Strafrecht untersagt) und für die DDR gelten. Wenn dieser Richterspruch ein Präzedenzurteil für die Gegenwart ist, hätte er auch eine positive Seite: Jeder deutsche Politiker, der Tote „billigend in Kauf nimmt“, macht sich persönlich strafbar. Bei der Aggression gegen Jugoslawien, die völkerrechtswidrig war, mußte sogar die persönliche Verantwortlichkeit jedes Abgeordneten, der sich dem Krieg nicht widersetzte, nach dem Modellcharakter des Politbürourteils angenommen werden. Und wie stünde es um die Verantwortlichkeit deutscher Politiker bei den Folgen von Entscheidungen im Rahmen der NATO? Gilt da auch „Mitgefangen, mitgehungen“? Wann und wo haben deutsche Politiker

denn Einspruch z. B. im Sicherheitsrat (dessen Präsidentschaft der deutsche Botschafter in der entscheidenden Phase der Vorbereitung der Aggression gegen Irak innehatte) oder in der UN-Vollversammlung, die nach dem Modell „Uniting for Peace“ von 1950 auf Deutschlands Initiative hin aktiv werden könnte, erhoben? Krieg bedeutet im Lichte des Politbüroprozesses die staatliche Lizenz zum kriminellen Mord. Wenn für Grenzverletzer das Recht auf Unversehrtheit postuliert wird, warum nicht auch für unschuldige Frauen und Kinder wie in Varvarin, die Opfer deutscher Kriegführung wurden? Warum nimmt sich ihrer kein deutsches Gericht an?

Und wie liegen die Dinge bei der Haltung der deutschen Regierung zur Aggression der USA gegen Irak? Daß die Aggression völkerrechtswidrig, also illegal war, sagt inzwischen sogar der Generalsekretär der

den Genfer Konventionen zum humanitären Kriegsvölkerrecht ergeben, muß auch an die Politik Scharons angelegt werden. Scharon läßt nicht die israelische Staatsgrenze militärisch sichern, sondern er trägt Not und Tod in die Gebiete, die den Palästinensern gehören. Dieses gezielte Töten heißt inzwischen „targeted killing“ und beschäftigt den Internationalen Gerichtshof, der am 9. Juli ein Gutachten veröffentlichte.

Da nur Täter bestraft werden dürfen, keineswegs Unbeteiligte, da nicht Geheimdienste oder Militärs über Strafen und Exekutionen zu bestimmen haben, gibt es keine juristische Rechtfertigung für die Politik Scharons. „Israel muß sich sagen lassen, daß es selbst zu dieser Zerrüttung einen entscheidenden Beitrag geleistet hat. Mit willkürlichen Tötungen wird es den Weg in eine friedliche Zukunft zusammen mit den Palästinensern nicht finden

Schlußfolgerungen aus dem letzten Politbüroprozeß

Vereinten Nationen. Deutschland hat die USA-Stützpunkte mißbrauchen lassen, also objektiv logistische Hilfe für einen Krieg geleistet, bei dem – gezielt auch Frauen und Kinder – von USA-Soldaten getötet werden, bisher etwa 5 000. Das ist nach der 4. Genfer Konvention von 1954 Kriegsverbrechen. Auch die Definition der Aggression der UN-Vollversammlung vom 14. Dezember 1974 verurteilt als Kriegshandlung „die Erlaubnis eines Staates, sein Territorium, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, durch diesen für Aggressionshandlungen gegen einen dritten Staat verwenden zu lassen“. Aus der Mitwirkung an Kriegsverbrechen folgt juristische Verantwortlichkeit. Die Galgen von Nürnberg sind nicht aus der Geschichte zu löschen. Dieselbe Meßlatte, die sich aus dem Aggressionsverbot und

können“, schrieb Christian Tomuschat in „Vereinte Nationen“ (Heft 4/2004).

Natürlich kann jemand einwenden: Die Ahndung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen den Frieden ist seit den Nürnberger Urteilen Völkerrechtsnorm. Es bedurfte nicht des Mißbrauchs des Rechts im letzten Politbüroprozeß durch bundesdeutsche Richter, um daran zu erinnern. Aber der Prozeß zeigt, daß manchmal deutsche Justiz – in wessen Auftrag? – auch handeln kann, wenn es um vermeintliche Delikte in Menschenrechtsfragen geht. Warum nicht auch, wenn es um Kriegsverbrechen geht? Wer verbietet das unabhängigen Richtern? Und Courage ist doch zur Durchsetzung des Rechts in einem Rechtsstaat nicht nötig. Oder doch?

Prof. Dr. Horst Schneider



Habe ich in der DDR im „Frühsozialismus“ gelebt?

Vor einiger Zeit las ich in einer kommunistischen Zeitung die folgenden Sätze:

„Als Frühsozialismus bezeichnen Wissenschaftler den gescheiterten Versuch, die neue Gesellschaft aufzubauen. Dieser Frühsozialismus war schon ein korrigierender, jedoch noch kein bestimmender Faktor. Unter dem Druck des Imperialismus konnte die neue Produktionsweise nicht heranreifen, auf der unreifen Produktionsweise kein vollkommener Überbau und kein vollkommenes demokratisches System entstehen.“

Als vor 50 Jahren Walter Ulbricht im Juli 1952 den Delegierten der 2. Parteikonferenz den Vorschlag des Zentralkomitees unterbreitete, wie in den anderen sozialistischen Ländern auch in der DDR mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen, lösten seine Worte einen Sturm der Begeisterung aus. Für die alten Genossen war es die Erfüllung ihres jahrzehntelangen Ringens und für uns Junge die Verheißung eines Lebens in einer sozialistischen Gesellschaft. Nie werde ich den alten Otto Buchwitz vergessen, der uns in seinem Diskussionsbeitrag zurief: „Wir haben es immer gewollt! Wir haben es immer ersehnt! Wir haben es immer in unseren Herzen getragen wie einen heiligen Schatz! Wir haben gekämpft! Wir haben Opfer gebracht, wie sie ein einzelner für diese große, schönste und herrlichste Idee nur bringen kann!“ Diese Sätze sind in mir zu einem Vermächtnis geworden, dem ich mich auch nach dem Sieg der Konterrevolution aus ganzem Herzen verpflichtet fühle.

Gewiß, damals im Juli 1952, waren erst sieben Jahre nach dem Ende des Krieges vergangen. In der Stalinallee holte man die Ziegel aus den Trümmern, und auch in unserem persönlichen Leben fehlte es an allen Ecken und Enden. Es gab Mängel und Versäumnisse, es gab sicher auch falsche Entscheidungen. Aber wir waren ebenso begeistert wie auch ungeduldig beim Aufbau einer neuen, einer sozialistischen Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der Arbeiter lernen mußten, ihre sozialistischen Betriebe zu leiten und ehemalige Neubauern an der Spitze landwirtschaftlicher Großbetriebe standen. Einer Gesellschaft, in der das Bildungsprivileg der herrschenden Klassen gebrochen war und eine neue, aus dem Volk hervorgegangene Intelligenz das wissenschaftliche und kulturelle Leben bestimmte. Einer Gesellschaft, in der nicht der Profit, sondern der Mensch das Maß aller Dinge war. In dieser sozialistischen DDR war die Arbeitslosigkeit zu einem Fremdwort geworden, und ihre bewaffneten Organe haben wesentlich zur Erhaltung des Weltfriedens beigetragen.

Und dieser Staat, diese Gesellschaft, deren Gestaltung und Entwicklung viele aus unseren Reihen ihr ganzes Leben gewidmet haben – das soll als „Frühsozialis-

mus“ in die Geschichte eingehen? Nein, das dürfen wir schon im Interesse der historischen Wahrheit und aus Verantwortung gegenüber künftigen Generationen nicht zulassen. In der DDR gab es keinen Frühsozialismus. In der DDR gab es nur einen Sozialismus und das war ein real existierender Sozialismus mit Mängeln und Unzulänglichkeiten, aber vor allem mit vielen Vorzügen, an die sich heute noch so mancher erinnert, wenn er mit der Wirklichkeit des real existierenden Kapitalismus konfrontiert wird.

Aber eigentlich geht es ja nicht nur um die Frage, ob wir es in der DDR lediglich zu einem „Frühsozialismus“ gebracht haben, sondern vor allem um die Schlußfolgerungen, die an diese zwielichtige Begriffsbestimmung geknüpft werden. Ich halte die Behauptung, daß sich die DDR erst im Stadium eines Frühsozialismus befunden habe, für viel gefährlicher als manche anderen, grobschlächtigen Einschätzungen des Sozialismus in der DDR. Wenn jemand sagt, die DDR wäre ein Unrechtsstaat oder gar eine Diktatur gewesen, so weiß man sofort, mit wem man es zu tun hat. Wenn Dir aber jemand erklärt, daß in Rußland nach der Oktoberrevolution ebenso wie nach 1945 in den Ländern Osteuropas und in der DDR die notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gefehlt haben, daß sich trotz aller Bemühungen der Werktätigen in diesen Ländern ein richtiger Sozialismus nicht entwickeln konnte und daß deshalb der Untergang dieses „frühen Sozialismus“ gar nicht zu vermeiden war – wenn dir das jemand so erklärt, so hört sich das beinahe wie der Trost eines guten Freundes an, der dir eine wohlmeinende Erklärung für den Sieg der Konterrevolution geben möchte.

Aber dann muß ich mich natürlich fragen, wenn also die objektiven Voraussetzungen für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft gefehlt haben, war

es dann nicht zumindest leichtfertig von den Bolschewiki unter Lenins Führung, 1917 eine sozialistische Oktoberrevolution vom Zaun zu brechen? Wäre es da nicht vernünftiger gewesen, 1952 auf den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in der DDR zu verzichten? Wer trägt die Verantwortung für die Opfer, die in diesem Kampf gebracht wurden? Waren es nicht die Kommunisten, die das Volk dazu aufgerufen haben?

Und damit sind wir dann an dem Platz angelangt, an dem uns die Bourgeoisie haben möchte. Die Kommunisten sind schuld an Diktatur und Gewaltherrschaft, sie mißachteten die Menschenrechte! Sie stehen als Kriminelle am Pranger der Weltgeschichte, und man muß alles tun, um ihnen das Handwerk zu legen. So war es 1871 nach dem Aufstand der Pariser Kommune, so war es 1917 nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und so ergeht es uns heute bei der Verleumdung der sozialistischen DDR durch die Politiker und die Medien der herrschenden Klassen. Dabei spielt die Behauptung vom „Frühsozialismus in der DDR“ eine ganz besondere Rolle.

Lassen wir uns also nicht beirren von solchen mit Vorliebe „wissenschaftlich“ verbrämten Definitionen: Halten wir fest an unseren marxistisch-leninistischen Erkenntnissen über Staat und Revolution, besinnen wir uns auf unsere eigenen Erfahrungen. Die DDR war die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Sie war ein sozialistischer Staat, und wir waren seine Erbauer.

Prof. Dr. Erich Kundel
Aus „Roter Brandenburger“, Nr. 06/02

Unser Autor ist der Herausgeber der „Roten Kalenderblätter“, deren November-Heft wir den Beitrag von Dr. Gerhard Neiber im RF Nr. 82 entnehmen durften.

Die Rappbodetalsperre war eine der ersten Großbaustellen des Sozialismus. 1952 erfolgte die Grundsteinlegung, aus Anlaß des 10. Jahrestages der DDR wurde sie am 3. Oktober 1959 übergeben.



Am 1. 6. 2003 ist auf dem der Stadt Halle unterstehenden Gertraudenfriedhof etwas Ungeheuerliches, zugleich aber für die BRD Symptomatisches geschehen. Unter der irreführenden Bezeichnung „würdige Grabanlage für die Opfer von Krieg und Gewalt“ wurden die Urnen von 117 Personen, die als Nazi- und Kriegsverbrecher Verurteilte im Gefängnis „Fort-Zinna“/Torgau inhaftiert waren und dort verstarben, beigesetzt. Man weihte für sie einen „Ehrenfriedhof“ ein. Täter wurden unverföhren zu „Opfern“ erklärt. Wer wurde da „geehrt“? Einige Beispiele genügen: Walter Biermann und Arno Brake, beide Mitglieder der NSDAP, hatten an

dem Titel „Das Torgau-Tabu“ publizierte das DIZ (Dokumentations- und Informationszentrum Torgau „Fort-Zinna/Brückenkopf e. V.“) ein Buch, das den Weg für alles weitere ebnet. Die „Gedenkstättenordnung“ geht von der Totalitarismus-Doktrin (zwei deutsche Diktaturen; Unrechtsregime DDR) aus. Mit ihr waren inakzeptablen, falschen Vergleichen, Relativierungen und willkürlichen Opfer-Definitionen Tür und Tor geöffnet. Halle ist nun der makabre Beitrag einer darauf fußenden Praxis. Angesichts zunehmender Aktivitäten rechtsextremer Parteien und deren Einzugs in die Landesparlamente in Sachsen

und Brandenburg wirken solche Beispiele als Ermutigung und Stimulierung faschistischer Kräfte und ihrer Ideologie. Handelt es sich hier um Versuche bestimmter Parteien, die Nazis begünstigende Opferdefinitionen zur Verstärkung ihres Einflusses auf gewisse Bevölkerungskreise zu nutzen? Man muß das Ganze in Verbindung mit Politikeräußerungen, Tendenzen in Printmedien, Fernsehprogrammen und dem Buchmarkt sehen. Wird da nicht schrittweise die Ausarbeitung der langfristigen Strategie für die künftige Rolle der BRD vorgenommen? Eine Zeitung nannte das „völkischen Aufbruch zu neuen Ufern“. Dazu wird die Nachkriegsgeschichte systematisch revidiert. Es geht um die „gewachsene Rolle des größer gewordenen Deutschland“, das „bereit ist, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen“. Wer wieder weltweite Machtpolitik betreiben will, kann nicht „ewig als Büsser dastehen, er muß ein gutes Gewissen zurückerlangen“. „Mehr deutsches Selbstbewußtsein“ mahnt der Kanzler an. Er sieht das gewiß auch mit Blick auf den bevorstehenden 60. Jahrestag der Befreiung. Die fast inflationäre Tendenz der Artikel, Fernsehfolgen und Bücher, in denen die Deutschen als „Opfer“ dargestellt werden, verfolgt ein klares Ziel: Die Alliierten der Antihitlerkoalition sollen nicht länger das Deutungs- und Urteilsrecht zur Rolle des deutschen Faschismus haben. Man will die Auslegungshoheit zur deutschen Geschichte zurückerlangen. Dahinein paßt auch die „Totenehrung“ in Halle.

Dieter Itzerott

Empörendes aus Halle

der Ermordung von 1017 KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern in Gardelegen teilgenommen. Im April 1945, wenige Tage vor der Befreiung durch amerikanische Truppen, fand das Massaker in einer Scheune bei Isenschubbe statt. Wachtmeister in einem Polizeibataillon Otto Pusch war an der Erschießung sowjetischer Kriegsgefangener beteiligt, Bruno Lange und Otto Bahls töteten ebenfalls etwa 100 sowjetische Kriegsgefangene in Bromberg. Unter den „Geehrten“ befanden sich der Gestapo-Mann Emil Dobis, SA-Hauptsturmführer Walter Bartel, Mitarbeiter im Sicherheitsdienst, Michael Johannes, NSDAP, SA, SS, Lagerkommandant eines „Dulag“. Er verschleppte 6000 Sowjetbürger nach Deutschland. Die Liste ließe sich fortsetzen. Die „Würdigung“ solcher Verbrecher ist ein unglaublicher Skandal, der zu Recht auf den energischen Protest der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“ und weiterer Organisationen stieß. Sie wurde als Schlag ins Gesicht aller Opfer des Faschismus empfunden. Wer ist dafür verantwortlich? In erster Linie die Stadt Halle, die 15 000 Euro zur Verfügung stellte, obwohl es für die Errichtung der Grabanlage keinen Beschluß eines ihrer Organe gab. Unterstützt wurde das Vorhaben vom Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt, dem Verein für Zeitgeschichte und weiteren „Gremien“. Das Ganze ist um so ungeheuerlicher, wenn man in Betracht zieht, daß zur gleichen Zeit antifaschistische Memorale beseitigt, diskriminiert und historischer Klitterung ausgesetzt werden. Es sei hier nur auf das KZ Lichtenburg und die Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals verwiesen. Besonders aufschlußreich ist die Tatsache, daß in Torgau das Denkmal für die Opfer der Nazi-Herrschaft, unter denen sich die Häftlinge des Zentralen Wehrmachtsgefängnisses Fort-Zinna befanden, Mitte der 90er Jahre geschleift wurde.

Schon bevor die von der Öffentlichkeit scharf verurteilte „Sächsische Gedenkstättenordnung“ im Jahr 2003 vom Landtag beschlossen worden war, wurde in Torgau Vorlaufarbeit geleistet. Unter

und Brandenburg wirken solche Beispiele als Ermutigung und Stimulierung faschistischer Kräfte und ihrer Ideologie. Handelt es sich hier um Versuche bestimmter Parteien, die Nazis begünstigende Opferdefinitionen zur Verstärkung ihres Einflusses auf gewisse Bevölkerungskreise zu nutzen? Man muß das Ganze in Verbin-

Die Jenaer Domaschk-Lüge

In den Mauern der Stadt Jena findet sich eine Matthias-Domaschk-Straße. Sie erhielt ihren Namen nach der Einverleibung der DDR in die BRD. Da niemand mit ihm etwas anzufangen weiß, wurde ein Zusatzschild angebracht. Darauf kann man lesen:

„Der Jenaer Matthias Domaschk, geb. am 12. Juni 1957, kam am 12. April 1981 in der Untersuchungshaft des Ministeriums für Staatssicherheit unter ungeklärten Umständen zu Tode.“ Mit diesem Text werden der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Ganz im Gegenteil: Er soll dazu anregen, an ein „Stasi-Verbrechen“ zu denken.

So oder zumindest in ähnlicher Absicht dachten sicher auch die Jenaer Stadtväter, welche diese Namensgebung zu verantworten haben.

Meine Recherchen ergaben folgendes: Am 20. 2 1996 unterbreitete der Fraktionsvorsitzende Jürgen Haschke von der Freien Wählergemeinschaft „Bürger für Jena“ dem Stadtrat den Vorschlag, für das angebliche „Stasi-Opfer“ Matthias Domaschk ein Ehrengrab einzurichten und eine Straße nach ihm zu benennen. In der Vorlage hieß es, D. sei „durch Einwirken kommunistischer Schergen zu Tode gekommen“. Der Jenaer Stadtrat faßte in seiner 22. Sitzung am 20. 3 1996 einen entsprechenden Beschluß. Zuvor hatte der Vater des Verstorbenen das Gremium darum gebeten, von einem Ehrengrab abzusehen und keine nach 1989 umbenannte Straße auszuwählen.

Nun zur Sache selbst:

M. Domaschk wurde in einem Geraer Dienstgebäude des Ministeriums für Staatssicherheit zur Klärung eines Sachverhaltes befragt. Nach Abschluß der Befragung sollte er mit einem Dienstfahr-

zeug in seine Wohnung nach Jena gebracht werden. Bis zur Bereitstellung des PKW nahm er in einem Besucherzimmer Platz. Für seine Bewachung gab es keinen Grund. Das Alleinsein nutzte er, um sich im Besucherzimmer zu töten. Warum beging er diesen Suizid? Eine Antwort darauf könnte nur er selbst geben. Es mußte aber festgestellt werden, ob eine Selbsttötung vorlag oder ob an D. ein Verbrechen begangen worden war. Bereits zu DDR-Zeiten wurde diese Frage durch die Gerichtsmedizin eindeutig geklärt.

Niemand hatte sich an ihm vergangen. Es war zweifelsfrei ein Selbstmord. Die Nachwende-Juristen leiteten trotzdem ein Todesermittlungsverfahren gegen Unbekannt zum Nachteil Domaschk unter dem Aktenzeichen 570 UJ - 12133/93 ein. Trotz aller Bemühungen der „Regierungskriminalitätsbekämpfer“ war aus der Sache kein „Stasi-Verbrechen“ hervorzuzaubern. Das Verfahren wurde eingestellt. Der Vollständigkeit halber sei gesagt, daß D. nicht eine Stunde seines Lebens in Untersuchungshaft verbrachte. Hierzu gehört die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens und das Erwirken eines Haftbefehls. Es hat weder das eine noch das andere jemals gegeben! Nach dem Zusatzschild kam er aber in Untersuchungshaft um.

Was nun die „ungeklärten Umstände“ betrifft, unter denen er den Tod fand, sei bemerkt: Da es in den ehemaligen Haftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR keine Tötungsverbrechen gab, muß ein Selbstmörder erhalten, um die „Stasi“ mit Lüge und Verleumdung zu überziehen.

**Dr. Dieter Lehmann, Generalmajor a. D.,
ehemaliger Leiter der
Bezirksverwaltung Gera des MfS**

Befreiung ohne Befreier?

Auf seiner Tagung am 30./31. Oktober hat der Parteivorstand der DKP einen Aufruf zum 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus beschlossen. Die UZ veröffentlichte den Wortlaut in ihrer Ausgabe vom 5. November. Das ausführliche Dokument enthält viel Richtiges und Wichtiges. Aber Wesentliches, ja Ausschlaggebendes ist weggelassen worden. Man muß die Frage stellen: Wie kann eine kommunistische Partei Betrachtungen zu diesem historischen Datum anstellen, ohne die Sowjetunion und ihre Rote Armee, die den entscheidenden Beitrag zur Befreiung des deutschen Volkes und der Völker Europas von der faschistischen Tyrannei leisteten, auch nur zu erwähnen? Ist diese „Lücke“ nur ein Zeichen von Vergeßlichkeit, ein Ausdruck politischer Nachlässigkeit, oder stecken vielleicht ideologische Gründe dahinter?

Zum 60. Mal jähre sich „der Tag der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur“, heißt es ohne Hinweis auf die tatsächlichen Befreier aus dem Osten und deren westliche Kriegsalliierte. Ähnlich verhält es sich mit dem Verzicht auf jegliche Darstellung des Parts der Deutschen Demokratischen Republik, die sich ab 1949 als Bollwerk im Kampf gegen die alt- und neonazistischen Kräfte in der BRD erwies. Warum verschweigt der Vorstand einer deutschen kommunistischen Partei die geschichtliche Rolle des antifaschistischen deutschen Staates?

In dem Beschluß wird die DDR nur kurz gestreift. Der einzige Satz zu ihr lautet: „Der Versuch (!), in Ostdeutschland, der sich dann entwickelnden DDR, einen anderen Weg zu gehen, endete nach vier Jahrzehnten widerspruchsvoller Entwicklung (!), mit vielen Ansätzen (!) für eine hoffnungsvolle gesellschaftliche Alternative, aber auch erheblichen Mängeln und Fehlern in einem folgenschweren

historischen Zusammenbruch und in der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Macht des großen Kapitals in ganz Deutschland.“ Das ist fast soviel wie eine Distanzierung. Hier fehlt jede wirkliche Analyse. Ein solches Argumentationschaos kann nicht akzeptiert werden!

Die Tatsache, daß die DDR als ein weltweit anerkanntes sozialistisches Land und der deutsche Staat des Friedens de facto ausgeklammert wird, betrachten wir als den Versuch, nach dem Motto zu verfahren: Und so schloß er messerscharf, das nicht sein kann, was nicht sein darf.

Manche Leser fordern in Briefen an die RF-Redaktion, wir sollten „im Interesse der Einheit der kommunistischen Bewegung“ auf jede Benennung von Meinungsverschiedenheiten verzichten. Sie vertreten den Standpunkt, daß es der gemeinsamen Aktion abträglich sei, offen über inhaltliche Differenzen zu diskutieren. Man solle insbesondere die Vorstände dieser oder jener Partei aus der Polemik heraushalten.

Der „RotFuchs“ neigt als kommunistisch-sozialistische Publikation, die auf Grund ihrer Unabhängigkeit keiner bestimmten Partei gegenüber verpflichtet ist, in der Regel dazu, sich in Konflikte von geringer Brisanz nicht einzumischen oder sie nur verhalten zu kommentieren.

Anders verhält es sich allerdings, wenn es um die Substanz unserer politischen oder weltanschaulichen Positionen geht. Da ist Deutlichkeit vonnöten. Wenn jemand die Befreierrolle der Sowjetunion und den Beitrag der DDR zum Antifaschismus in Europa „außen vor“ lassen möchte, dann sehen wir uns gezwungen, den Betreffenden auf seine „Versäumnisse“ hinzuweisen. Schade, daß die DKP-Spitze ausgerechnet vor ihrem 17. Parteitag so danebengehauen hat. **Konrad Strehl**

Der sprechende „RotFuchs“

Für alle, die aufgrund ihres geschwächten Sehvermögens nicht oder nicht mehr in der Lage sind, die gedruckte Ausgabe des RF selbst zu verfolgen, gibt es jetzt die Möglichkeit, sich die 32 Seiten unserer Zeitung durch eine computergenerierte Stimme vorlesen zu lassen. Der elektronische „RotFuchs“ erscheint seit einigen Monaten auch in Form von vier normalen Audio-CDs, die auf garantiert jedem CD- oder DVD-Abspielgerät oder auch auf dem Computer wiedergegeben werden können. Das Vorlesen eines Hefes der Zeitschrift dauert etwa viereinhalb Stunden.

Ab sofort kann der gesprochene „RotFuchs“ für die Monate ab August 2004 bestellt werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, die „RotFuchse“ als komprimierte mp3-Dateien, die ein platzsparendes Archivieren auf dem Computer gestatten, anzufordern.

Interessenten wenden sich bitte an unseren Vertriebsleiter Armin Neumann.

Sylvia Feldbinder

Rainer Rupp – ein parteiloser Kommunist

Sie waren einer der ganz wenigen Bundesbürger, die auch Mitglied der SED waren ...

Darauf hatte ich bestanden. Damit hatte mein Führungsoffizier allerdings Probleme. Die Genossen hatten damals Angst, sie könnten mich mit der Ausstellung eines Mitgliedsbuches und der entsprechenden Registrierung als Parteimitglied in meiner konspirativen Arbeit gefährden.

Die SED ging Ihnen durch Namensänderung verloren, und Sie fanden sich dann in der PDS wieder. Aus der sind Sie vor gut einem Jahr ausgetreten.

Ich bin ausgetreten, weil die PDS zu einer von Grund auf bürgerlichen Partei geworden ist. Ziel der PDS ist es doch nur noch, Anteil an der Macht zu bekommen. Das zwar nicht im Sinne des Großteils der Wähler, aber in dem der Führungsspitze. Ich bin ausgetreten, weil ich nicht zu einer Partei gehören wollte, die an Wochenenden gegen den Sozialabbau demonstriert und an Werktagen in Regierungskoalitionen kräftig am Sozialabbau arbeitet.

Sie kündigten damals an, in die DKP eintreten zu wollen – was hat Sie bislang daran gehindert?

Ich wollte in der Tat in die DKP eintreten. Aber deren interne Querelen – DKP-Ost auf der einen, DKP-West auf der anderen Seite – haben mich letztlich abgeschreckt. Ich wollte schließlich mit dem Parteiwechsel nicht vom Regen in die Traufe geraten. Ich warte ab, wie sich die DKP entwickelt. Man muß ja nicht unbedingt Mitglied sein, um linke Politik zu machen. Natürlich habe ich mein Ziel nicht aufgegeben, wieder in eine kommunistische Partei einzutreten. Was mich allerdings im Augenblick entsetzt – entsetzen ist das richtige Wort dafür –, das ist die Position des DKP-Parteivorstandes in bezug auf Irak. Dort arbeitet die Irakische Kommunistische Partei in der Marionetten-Regierung mit den Besatzern, mit den amerikanischen Imperialisten zusammen. Der DKP-Parteivorstand findet kein Wort der Kritik für diese Kollaborateure und Quislinge – im Gegenteil. Er bezeichnet sogar den legitimen Widerstand der irakischen Bevölkerung gegen die Besatzungsherrschaft als Terrorismus. Und dieser Widerstand wird vom Völkerrecht garantiert und ist auch in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben. Also, nein, bei solch einer Führung kann ich nicht Mitglied der Partei sein.

Aus einem Gespräch des jungen Welt-Redakteurs Peter Wolter mit dem Kundschafter der DDR. (jW 13./14.11.2004)



Bernstein als politischer Intrigant

Eduard Bernstein hatte im Spätherbst 1920 einen empfindlichen Mißerfolg hinnehmen müssen. Sein Ziel, die Vereinigung der SPD und der USPD, war verfehlt worden. Schon im Januar 1919 entstand auf seine Initiative die „Zentrale Arbeitsgemeinschaft für die Einigung der Sozialdemokratie“. Im Sommer wurde er sogar zum Ehrenpräsidenten des „Sozialistentages“ gewählt, einer Zusammenkunft von an der Einheit der beiden Parteien Interessierten. Trotz des Gegenwindes aus der sozialdemokratischen Parteizentrale tagte vom 4. bis 7. Dezember 1920 der Vereinigungsparteitag der USPD (Linke) und der KPD. Die Mehrheit der unabhängigen Genossen bekannte sich zur kommunistischen Richtung. Die Vereinigte Kommunistische Partei wandte sich bereits am 7. Januar 1921 mit einem offenen Brief an die Organisationen der Arbeiterbewegung, um sie für gemeinsame Aktionen gegen die Offensive des Kapitals zu gewinnen.

Eduard Bernstein hatte bisher sein Bestes getan, um den „Bolschewisten in Rußland und deren Agenten in Deutschland“ das Wasser abzugraben. Daran sollte sich auch jetzt nichts ändern. Am 14. Januar 1921 überraschte er die Leser des „Vorwärts“ mit Offenbarungen über ein „dunkles Kapitel“ in den deutsch-russischen Beziehungen. Darin ging Bernstein auf Mutmaßungen ein, wonach die revolutionäre Tätigkeit der Bolschewiki erst mit „deutschen goldenen Schlüsseln“ möglich wurde. Obwohl er seine Gewährsleute in der Anonymität beließ, mutete er der Öffentlichkeit die folgende Schlußfolgerung zu: „Lenin und Genossen haben vom kaiserlichen Deutschland in der Tat große Summen erhalten. Ich erfuhr davon schon Ende Dezember 1917. Durch einen Freund ließ ich bei einer Persönlichkeit nachfragen, die infolge ihrer Beziehungen zu amtlichen Stellen unterrichtet sein mußte, und erhielt eine bestätigende Antwort. Nur erfuhr ich nicht, wie groß die Summen waren und wer der oder die Vermittler waren. Jetzt habe ich von ernst zu nehmender Seite erfahren, daß es sich um Summen von fast unglaublicher Höhe, sicher um mehr als 50 Millionen Goldmark gehandelt hat, also um so große Summen, daß Lenin und Genossen unmöglich im Zweifel darüber gewesen sein konnten, aus welchen Quellen sie ihnen zuflössen.“ Für die internationale Sozialdemokratie sei vor allem unter dem Gesichtspunkt der politischen Moral der Arbeiterparteien Aufklärung über dieses dunkle Kapitel geboten.

„Die Rote Fahne“ wertete Bernsteins Behauptungen als Schützenhilfe für die Kriegführung der Ententestaaten gegen Sowjetrußland und verlangte von ihm, die Namen seiner Informanten bekanntzugeben. Bernstein solle nicht glauben, daß Lenin in Deutschland vogelfrei sei. Die Redaktion der Zeitung hoffe und warte darauf, daß er seine Zeugen nen-

nen werde. Zuvor erklärte sie: „Wären die Behauptungen nicht schamlose Lügen, wie sie es sind, so müßte es den Informanten Bernsteins leichtfallen, durch die Nennung der Stellen und Leute, die Lenin oder einem seiner Freunde auch nur einen Pfennig gegeben haben, den Beweis zu erbringen. Eduard Bernstein müßte selbst ein Interesse daran haben, denn seine Partei, die Sozialdemokratie, hatte die Möglichkeit, als sie in der Regierung war, die Dokumente der Leninschen Schmach zu veröffentlichen. Hat sie es nicht getan, so ist die Leninsche Schmach die Schmach Scheidemanns und Eberts.“

Bernstein verlangte in seiner Antwort, daß ihn „Die Rote Fahne“ oder ein Vertreter Lenins verklage. Er versprach, dazu beizutragen, „alle Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich einer erschöpfenden Untersuchung des Falles in den Weg stellen könnten“.

Um den Vorgang wurde es bemerkenswert still. „Die Rote Fahne“ hatte andere Sorgen, als sich auf Bernsteins Vorschläge einzulassen. Er selbst nannte weder Namen, noch legte er Dokumente vor. Warum er sich so ruhig verhielt, obwohl er doch als Initiator einer Enthüllungsgeschichte galt, dazu äußerte sich später Alexander Fjodorowitsch Kerenski. Der ehemalige Ministerpräsident der Provisorischen Russischen Regierung erklärte:

„Bernstein berichtete ... mir, daß er nicht in der Lage gewesen sei, seine Untersuchung abzuschließen. Im vergangenen Jahr hatte er den ersten Artikel über die Verbindung zwischen Lenin und Berlin publiziert. Präsident Ebert hatte ihn sofort in sein Büro gerufen, wo auch der Außenminister und andere hohe Beamte anwesend waren. Bernstein bekam die Warnung, daß er wegen Landesverrats angeklagt werde, wenn er über dieses Thema weitere Artikel veröffentliche.“

Ist das glaubhaft? Es ist von einer wahrheitsgemäßen Schilderung Kerenskis auszugehen. Ebert, Scheidemann und andere befürchteten, daß Vorgänge aus der Zeit des Weltkrieges aufgedeckt werden könnten, über die sie wohl informiert waren. Untersuchungen zu diesem Thema hätten zweifellos dem Reichspräsidenten und der ohnehin angeschlagenen SPD in der Nachkriegskrise geschadet. Ebert und Scheidemann arbeiteten während des Krieges eng mit jenem Alexander Helphand (Parvus) zusammen, über den ein Großteil der deutschen Staatsgelder für die antirussische Subversionstätigkeit nach Rußland floß. Parvus aber sagte zu denjenigen, die die Bolschewiki als Empfänger deutscher Finanzmittel belastet sehen wollten: „Ihr Narren, was sucht ihr, ob ich Lenin Geld gegeben habe? Gerade Lenin und die anderen, die ihr namentlich aufführt, haben von mir, sei es als Geschenk oder als Darlehen, kein Geld verlangt oder erhalten.“

Wenn Bernstein auch auf Druck des Reichspräsidenten Ebert die Untersu-

chungen zur vermeintlichen Affäre einstellte, so hinderte das Kerenski nicht, sich auf ihn als für den Vorgang Kundigen zu stützen. In jüngster Vergangenheit fiel auch dem Lenin-Biographen Dimitri Wolkogonow nach seinem Studium in den Archiven der KPdSU nur ein, sich auf westliche Quellen, z. B. auf den „berühmten deutschen Sozialdemokraten Bernstein“ zu berufen. Doch dieser kannte nur Gerüchte. Für ihn war es ein zu schwieriges Unterfangen, Beweise anzutreten.

Die inzwischen veröffentlichten deutschen Dokumente und die Publikationen von Fritz Fischer, Werner Hahlweg, Arnold Reisberg, Winfried Scharlau, Zbigniew Zeman u. a. verweisen die Äußerungen Bernsteins, die Lenin und die Bolschewiki verdächtigten, bezahlte deutsche Agenten gewesen zu sein, ins Reich der Legende.

Das hindert heutige Antikommunisten nicht, auf diese Verleumdungen aus der Zeit des ersten Weltkrieges zurückzugreifen. Insbesondere finden dabei Fälschungen Verwendung, die Kerenski 1917 zu nutzen gedachte, um die Bolschewiki vernichtend zu schlagen, nachdem die nach ihm benannte Offensive an der Front zusammengebrochen war. Doch das ist ein anderes Thema.

Dr. Ehrenfried Pößneck



„Recht und Unrecht“ – eine neue Schrift von Prof. Hermann Klenner

Wer sich philosophischen Fragen (einschließlich solcher des Rechts) zuwendet, bezeugt seine Liebe zur Weisheit. Diese muß auf den Prüfstand gestellt werden. Kriterium muß dabei der Beitrag und der Zugewinn für gesellschaftsrelevante Fragen in ihrer Widersprüchlichkeit sein. Gleichzeitig ist Handlungsbewußtsein zu vermitteln. Um es vorwegzunehmen, Klenner wird diesen Ansprüchen auch mit seiner Schrift „Recht und Unrecht“ (Bibliothek dialektischer Grundbegriffe 2004, transcript Verlag Bielefeld) in gekonnter Weise gerecht. Er hat einen klaren Trennungsstrich zu den bürgerlichen akademischen Schönrednern mit ihren hehren Ideen über allgemeine Gerechtigkeit gezogen, denn diese bleiben im Kapitalismus systemverhaftet und tragen objektiv dazu bei, das Widerstandsverhalten „der Unteren gegen die Privilegien der Oberen zu disziplinieren“.

Klenner provoziert das Nachdenken über theoretische Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung. Er weist eindrucksvoll nach, daß das Recht in die Grundstruktur der Gesellschaft eingebettet ist. „Befindet sich (aber) das Recht in einer Krise, dann ist es die Gesellschaft, die kriselt. Schließlich ist das die Gesellschaft regulierende Recht von dieser Gesellschaft konstituiert.“ In Anwendung der Methode und der Prinzipien der Dialektik – verstanden im Sinne des dialektisch-historischen Materialismus – werden fundamentale Fragen der Rechtstheorie behandelt. Recht wird als „das inner- und zwischenstaatliche Ordnungsreglement herrschaftsförmig organisierter Gesellschaften bezeichnet, rechtswidrige Verhältnisse mit Unrecht“. Regelungsmechanismus ist zugleich Konfliktlösungsmechanismus. Dabei wird von den Konflikten zwischen den einzelnen Menschen wie zwischen den Gemeinschaften, in denen diese Menschen leben, ausgegangen. Zunächst regelten Sitte und Brauch das Beziehungsgeflecht der Menschen. Es entstanden Regeln zur Konfliktvermeidung und -bewältigung. Abgelöst wurde die Tradition als erste Rechtsquelle in der historischen Entwicklung durch die staatliche und zwischenstaatliche Gesetzgebung. An-

knüpfend an die Erkenntnis von Marx, der Regel und Ordnung für ein unentbehrliches Moment jeder Produktionsweise hielt, um dem bloßen Zufall und purer Willkür zu begegnen, wird eine Zäsur zwischen den Ausbeutergesellschaften und einer ausbeutungsfreien Gesellschaft gezogen. Klenner macht zu Recht darauf aufmerksam, daß „eine herrschaftsförmig organisierte Gesellschaft der historische Ort des Rechts (ist)“. Mit anderen Worten: die Klassengesellschaft.

Von gewinnbringendem Interesse sind ferner die historischen Abhandlungen über die Entstehungsgeschichte des Rechts, beginnend beim Kodex „Ur Nammu“ (Süd- und Mittelmesopotamien, 2111 bis 2003 v. u. Z.) und dem Kodex „Hamurapi“ (Babylon, 1792 bis 1750 v. u. Z.) über die Constitutio Criminalis Carolina, die reichseinheitliche Gerichtsordnung Karl V. (1500 bis 1558), die Virginia Bill of Rights von 1776, die „Declaration des droits de l’homme et du citoyen“ von 1789 in Frankreich, das Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten von 1794, den französischen Code civil von 1804 bis zum Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) in Deutschland (in Kraft getreten am 1. 1. 1900).

An Hand dieser historisch bedeutsamen Rechtsakte wird nachgewiesen, wie in den Ausbeutergesellschaften das Recht als Ordnungs- und Disziplinierungsinstrumentarium durch die Herrschenden zielgerichtet eingesetzt wurde. Dabei wird der Zusammenhang zum Eigentum und zur Interessenlage der Warenproduzenten deutlich gemacht. Diese Wertung gipfelt in der Feststellung, daß Rechtsverhältnisse Willensverhältnisse seien, in denen sich die ökonomischen Verhältnisse widerspiegeln. Unter Bezugnahme auf die wechselseitige Bedingtheit von Politik-Macht-Recht wird sichtbar, daß schließlich die Produktionsweise der Gesellschaft die Machtverhältnisse und somit auch das Recht bestimmt. Hier wird die Erkenntnis von Marx im „Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie“ verständlich, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln.



Da „von den Machthabern in Staat und Gesellschaft mit dem Recht geboten, verboten und erlaubt wird“, ergibt sich zwingend: „Macht macht Recht, und die Machthaber sind die Rechtshaber. Zumindest die Rechtshaber – solange sie das Recht dazu haben.“ Die Frage nach dem „Ordnungsreglement einer herrschaftsförmigen Gesellschaft“, wird damit beantwortet, daß

Recht auf Macht und Gewalt angewiesen ist.

Klenner macht zutreffend darauf aufmerksam, daß Recht nicht nur als Mittel der Macht zu qualifizieren sei, sondern auch unter Verweis auf Marx als Maß der Macht, als ein „die unumschränkte Macht einer Regierung begrenzender Maßstab“. Hier wird der Konflikt zwischen Anspruch und Wirklichkeit offenkundig, der in diktatorischen Regimes des Kapitalismus, aber auch in den sogenannten bürgerlichen Demokratien auszufechten ist. Gleichzeitig muß auch in kritischer Bestandsaufnahme über die Ursachen von Defiziten in den untergegangenen sozialistischen Ländern die marxistische Forderung künftig konstitutiv beachtet werden. Das trifft auch auf die subjektiven Rechte der Bürger und auf die sich „wechselseitig berechtigenden und verpflichtenden Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Bürger“ zu. Versagt hier das objektive Recht, „dann ist das Volk nur Objekt des Rechts und der Staat ein mehr bis minder verbrämter Obrigkeitsstaat“.

Sicher müssen auch die Anmerkungen von Klenner über die wechselseitige Bedingtheit der Vergesellschaftung des Staates und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu substantiellen Überlegungen in einem künftigen Sozialismusmodell führen. Gleiches trifft für die Ausgestaltung der Demokratie zu. Bei Letzterem geht es um solche Fragestellungen wie: das Beziehungsgefüge von politischer Macht und Demokratie, den Platz einer marxistisch-leninistischen Partei in der sozialistischen Gesellschaft, den demokratischen Zentralismus, die Grundrechte als verfassungsrechtlich zu sichernde subjektive Rechte, die arbeitsenteilige Verwirklichung der Machtverhältnisse zwischen den Struktureinheiten des sozialistischen Staates, aber auch um die Machtbegrenzung und Machtkontrolle zur Optimierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Vorgeschaltet zu dem zu konzipierenden Sozialismusmodell müssen Übergangsforderungen als Stufenlösungen mit dem Ziel der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft sein. Hier stellt sich die von Klenner aufgeworfene Gretchenfrage, „wie aus Kapitalsouveränität Volkssouveränität entstehen kann“. Insgesamt kann konstatiert werden, daß die von Klenner vorgelegte Schrift nicht nur für Juristen lesenswert ist, sondern zugleich für jeden politisch Interessierten. Es werden nicht nur Kenntnisse vermittelt, sondern es werden auch Denkanregungen gegeben, die für die Theoriebildung einer zu schaffenden sozialistischen Gesellschaftsordnung unerlässlich sind. Zu wünschen ist, daß die Arbeit Zuspruch und Verbreitung findet. Prof. Hermann Klenner hat sich in dieser Arbeit wiederum als scharfgeistiger Diagnostiker von hohem intellektuellem und sprachlichem Niveau. **Prof. Dr. Werner Roß**



Lehrer einer neuen Juristengeneration

Am 4. Dezember vor 100 Jahren wurde Prof. Dr. sc. Dr. h. c. Peter Alfons Steiniger in Berlin geboren. Wie zahlreiche andere betrachte auch ich mich als einen seiner Schüler – obwohl ich kein Völkerrechtler wurde. Bereits 1949 – im zweiten Semester meines juristischen Studiums an der Humboldt-Universität – hörte ich bei ihm eine – andere – „Einführung in die Rechtswissenschaft“ als die traditionelle, die ich ein Semester zuvor bei einem Professor „alter Schule“ gehört hatte.

In Steinigers Vorlesung fand ich wesentliche Antworten auf meine Frage, was hinter den Rechtsnormen, hinter den zahlreichen Paragraphen des BGB tatsächlich wirkt. Es war, wie ich später begriff, eine Vorlesung auf marxistischer Grundlage. Ebenso erinnere ich mich an seine Vorlesungen über „Deutsches Staatsrecht“, „Die großen demokratischen Reformen seit 1945“, „Die Entwicklung des Staates in der Gesellschaft“ (die von uns so bezeichnete „große Geschichtsvorlesung“) und vor allem die über „Demokratische Verfassungen I und II“, in denen die aktuelle Diskussion um eine neue Verfassung für Deutschland behandelt wurde.

In all diesen Vorlesungen ging es Steiniger vor allem um die Aktivitäten des Volkes, um das Handeln des Volkes. Die

Idee der Volkssouveränität, des Selbstbestimmungsrechts der Völker spielte in der gesamtdeutschen Verfassungsdiskussion seit 1946, in der es vornehmlich darum ging, inwieweit an die Weimarer Reichsverfassung angeknüpft werden könnte, eine zentrale Rolle.

Diese ermöglichte dem mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Reichspräsidenten, so in den letzten Jahren Generalfeldmarschall von Hindenburg, lange Zeit auf der Grundlage des Artikels 48 mit Notverordnungen zu regieren und schließlich die Nazis durch Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler „ganz legal“ an die Macht zu bringen.

Als Sekretär des Verfassungsausschusses des vom gewählten III. Deutschen Volkskongreß bestimmten Deutschen Volksrates hat Steiniger maßgeblich an der Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung für Gesamtdeutschland mitgearbeitet, ja sie weitgehend redigiert. In dieser stand die Volkssouveränität, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes im Mittelpunkt; im Art. 3 heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Dazu gehörte notwendigerweise das Recht der Bürger auf Mitgestaltung, namentlich auch durch Volksbefragung und Volksentscheide. Nachdem als Antwort auf die

von den westlichen Alliierten befohlene westdeutsche Staatsbildung in der sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik gegründet worden war, erhob die aus dem Volksrat hervorgegangene Provisorische Volkskammer die für Gesamtdeutschland ausgearbeitete Konstitution zur Verfassung des ostdeutschen Staates. Später schrieb Steiniger über diesen historischen Vorgang: „Das deutsche Volk hat von seinem Recht auf Selbstbestimmung seiner Verfassung Gebrauch gemacht.“

In gleicher demokratischer Sicht erkannte er in den Völkern der Welt die Träger des Selbstbestimmungsrechts; die Souveränität der Völker stand für ihn im Zentrum des demokratischen, durch die Oktoberrevolution von 1917 ermöglichten Völkerrechts. Denn nur die Völker vermögen, wenn sie genügend wachsam sind und sich zusammenschließen, die Einhaltung des Völkerrechts, namentlich des Friedensgebotes, des Verbots der Aggression und von Gewaltanwendung zu gewährleisten, wobei sie damals in den sozialistischen Ländern, vor allem in der Sowjetunion, eine mächtige Stütze besaßen!

Da ich seit 1945 den Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher aufmerksam verfolgt hatte, griff ich zu, als Steiniger zehn Jahre später mit einer ausführlichen Einleitung die maßgeblichen Dokumente dieses Prozesses in einem Zweibänder herausbrachte.

Zwanzig Jahre nach Nürnberg veranstalteten die Gesellschaft für Völkerrecht und die Humboldt-Universität während meines Dekanats unter Teilnahme von Persönlichkeiten, die in diesem Prozeß mitgewirkt hatten, eine internationale wissenschaftliche Konferenz zu diesem welthistorischen Ereignis; neben dem Strafrechtler John Lekschas hielt Steiniger das völkerrechtliche Hauptreferat und das Schlußwort.

Wenige Monate vor seinem Tode am 27. Mai 1980 wurde er anlässlich seines 75. Geburtstags besonders gewürdigt, so durch ein Ehren-Kolloquium an der Humboldt-Universität, als ich Direktor der Sektion Rechtswissenschaft war und der Rektor der Humboldt-Universität es sich nicht nehmen ließ, die maßgebliche Begrüßungsrede zu halten; die Universität Jena verlieh ihm den Ehrendoktor-Titel; außerdem erhielt er den Karl-Marx-Orden; er war langjähriges Mitglied des Weltfriedensrates, Träger des Sterns der Völkerfreundschaft in Gold, des Vaterländischen Verdienstordens in Gold und zahlreicher weiterer Auszeichnungen.

Bei Steiniger hatten viele hundert Juristen und politisch engagierte Bürger gehört und gelernt. Er trug nach 1945 maßgeblich zur Heranbildung einer neuen Juristengeneration bei. Als jungen Assistenten ermutigte er mich zu einem Vortrag vor der Fakultät, zu Publikationen und zur Übernahme von Vorlesungen. Seine über Jahrzehnte gepflanzte Saat trägt ihre Früchte.

Prof. Dr. Erich Buchholz

Die Geschichte ist schnell erzählt. Das Sandmännchen feierte seinen 45. Geburtstag. Aus diesem Anlaß wurde ihm eine „Ehrung“ der besonderen Art zuteil: „... Der Sandmann ist ein eiskalter Krieger. Er ist ein Demagoge der feinsten Sorte. Und er ist ein Lügner. Ist es schon mal mit der nötigen Deutlichkeit gesagt, worden, daß dieser Mann sein Geld damit verdient, Kindern Sand in die Augen zu streuen? Und den Eltern gleich dazu. Millionenfach setzen sie sich seit 45 Jahren mit ihren Kleinen vor den Fernseher und warten sehnsüchtig darauf, eine kräftige Ladung von dem Sand abzubekommen, der angeblich süße Träume entstehen läßt. Wie die Träume aussehen sollen, das lebte der Sandmann 30 Jahre lang im DDR-Fernsehen vor, von zehn vor sieben bis sieben: Der Sandmann eroberte die

Ob man es nun wahrhaben will oder nicht – der Sandmann ist kein Kinderzimmerheld, sondern ein knochenharter politischer Veteran. Wer mit nur ein bißchen ideologischem Gespür ausgestattet ist, merkt das auch heute noch, 15 Jahre nach dem Untergang seines Geburtslandes. Er trägt das Programm im Titel: ‚Unser Sandmann‘ heißt die Sendung noch heute. Dieses kollektivistische ‚unser‘ machte den Sandmann einst zu einem wertvollen Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft ...“

Dann erfährt der Leser noch die anrührende Geschichte vom Klassenkampf zwischen Sandmann Ost und Sandmann West, und wie das Politbüro finftenreich den Verkauf des Ost-Sandmanns verhinderte, um die lieben Ostkinder wenigstens einmal am Tag vom „sowieso freudvolle-

den Geist in einen „kleinen, bösen Ungeist“ verwandelt hat.

Der Artikel enthält vermutlich alles, was erfolgreichen freien Journalismus heute ausmacht. Es fehlt ihm offenkundig nur eins: Souveränität im Umgang mit der DDR. Dieser Mangel kann Ausdruck von Angst sein. Und/oder auch ein Zeichen von tiefsitzendem Frust. Vielleicht deswegen, weil nach 15 Jahren ideologischen Bombenkriegs gegen die DDR immer noch (oder erstmalig?) 75 % der Ostdeutschen die Überzeugung teilen, daß der Sozialismus „an sich“ eine gute Sache sei. Es ist zu bezweifeln, daß dieser Prozentsatz jemals höher war.

Vermutlich bedurfte es erst hinreichender praktischer Lebenserfahrung im „real existierenden Kapitalismus“, um den Unterschied zwischen Soll und Haben einer Gesellschaft wirklich zu verstehen.

Die DDR existierte gerade einmal 40 Jahre. Seit ihrem Todesjahr sind aber auch schon wieder 15 Jahre ins Land gegangen. Fast Halbzeit. Die ständig wiederholten Anzeigen ihres Todes machen stutzig. Die Toten- und Brandwachen scheinen sich jedenfalls nicht ganz sicher zu sein, weswegen sie noch nicht abgezogen wurden. Und was unser liebes Sandmännchen angeht, so ließen es sich rund 10 000 kleine und große Fans nicht nehmen, sich am 16./17. Oktober vom Charme des kleinen Traumbringers auf seiner großen Geburtstagsparty im Potsdamer Filmpark Babelsberg bezaubern zu lassen. Auch wenn es sicher nicht den Intentionen des „Welt“-Artikelschreibers entsprach: Ihm sei herzlich für den Anschauungsunterricht darüber gedankt, wie die DDR von seinesgleichen „aufgearbeitet“ wird. Mehr oder weniger erfolgreich, je nachdem, wie man das eben gerade so hinkriegt. In Brechts Gedicht „Die Maske des Bösen“ heißt es:

„An meiner Wand hängt ein japanisches Holzwerk
Maske eines bösen Dämons, bemalt mit Goldlack.

Mitfühlend sehe ich
Die geschwellenen Stirnadern, andeutend
Wie sehr es anstrengt, böse zu sein.“

Ja, es muß sehr anstrengend sein.

Dr. Erhard Kegel

Der Sandmann als Sieger

Welt und den Weltraum. Er baute Häuser im praktischen Plattenformat und Fabriken mit Weltniveau. Wohin er kam, war die Welt plötzlich heil und gerecht. Das macht gute Demagogie aus: Der Empfänger merkt nichts.

Aber hat denn wirklich niemand je bemerkt, daß der Mann, den sich Abermillionen von Kindern als Vorbild ausgewählt hatten, daß dieser Mann keinen Mund hat? Ein Mund, mit dem man so schön fragen und schreiben und meckern und argumentieren kann, so ein richtig frecher Mund – der fehlte dem Sandmann von Anfang an. Nur wurde das Fehlen eines so unbequemen Körperteils in einem Land wie der DDR nicht als Handicap angesehen. Wer sich aber heute, 15 Jahre nach Ende der DDR, fragt, warum viele Leute im Osten noch immer ein bißchen verhuscht wirken, bekommt vom mundlosen Sandmann eine Art Antwort“, schrieb Die Welt am 14. 10. 2004.

Mit diesem Bannruf ewiger Verdammnis dürfte Sandmännchen der Scheiterhaufen sicher sein. Doch so einfach ist es nicht. Rechtsstaatlich untersucht der Schreiber im weiteren die Möglichkeit, Sandmännchen den Status eines „Mitläufers“ zuzuerkennen. Auch eventuelle Verdienste im antisozialistischen Widerstandskampf wurden strafmildernd berücksichtigt. Aber es hilft nichts. Das Urteil ist vernichtend: „... Gleichwohl begab er sich immer wieder auf ideologisch vermintes ausländisches Territorium. Man sah ihn zu Besuch im Irak, wo gerade Saddam Hussein die Baath-Partei übernommen hatte. Oder zu Besuch bei den Cheops-Pyramiden, denn die DDR hatte gerade einen Freundschaftsvertrag unterschrieben.

ren Westfernsehen“ in den tristen DDR-Alltag zurückzuziehen.

Im Stile neuteutonischer Kriegsberichterstattung heißt es schließlich: „Sandmannland ist schon lange abgebrannt. Die DDR-Fabriken stehen still, ihre Plattenbauten leer. Die Sowjetunion und ihr Weltraumprogramm sind atomisiert. DDR-Freund Saddam Hussein sitzt ein, und der Deutsche Fernsehfunk ist Historie. Aber einer hat das Scharmützel überstanden. Millionen Kinder und Millionen Eltern lieben ihn auch im öffentlichen Westfernsehen, auf Kinderkanal, RBB oder MDR. Man kann es drehen, wie man will: Der Sandmann ist ein Sieger.“

Nun, zumindest in dem letzten Satz ist dem Journalisten zuzustimmen. Ansonsten sagen Art und Weise, wie auch hier „DDR-Aufarbeitung“ betrieben wird, mehr über das schreibende Subjekt als über das beschriebene Objekt aus. Der „Erfahrungsbericht“ paßt zum politisch-korrekten Trendbild von der Marschmusik in DDR-Kindergärten und den „Beweisfotos“ von angeblichen Kinder-KZs in der DDR, die seinerzeit in großer Aufmachung durch die Springer-Presse geisterten. Und die Formulierung „DDR-Freund Saddam Hussein“ ist, was es ist: Ausdruck einer „ideologischen Projektion“ für den gegenwärtigen „Job in Irak“. Die „Neocon“-Fraktion ruft: „Haltet den Dieb!“

Das Problem liegt möglicherweise aber auch noch woanders. Psychologen sprechen vom Phänomen der „posttraumatischen Belastungsstörung“. An wen oder was erinnert das „böse, kleine Ding“ den Schreiber?

Eine zerstörte Kindheit verdient Mitleid und Hilfe, besonders dort, wo der Haß

*Herzliche
Glückwünsche*

an treue Mitstreiter.

Ihren **70. Geburtstag** begehen
Hans-Georg Vogl
(**7. Dezember**) aus Zwickau,

Herbert Bunia
(**14. Dezember**) aus Leipzig und

Maxim Schmerse
(**30. Dezember**) aus Berlin.

Bestmögliche Gesundheit und
Freude mit dem „RotFuchs“!

Im Herbst 1954 überraschte uns Mutti Ruth – die Heimleiterin – mit der Nachricht, wir seien für kurz vor Weihnachten in den Amtssitz von Präsident Wilhelm Pieck eingeladen, eine Weihnachtsfeier kulturell zu gestalten. Zu „umrahmen“, wie es damals meist hieß.

Es sei eine freundliche Geste des Ausgleichs dafür, daß wir zu Pfingsten beim 2. Deutschlandtreffen der FDJ an den kulturellen Wettbewerben nicht teilnehmen durften. Wir hatten nicht in die festgelegten „Kategorien“ gepaßt, aber man gestattete uns außerhalb der Wertung kleine Auftritte. Und wir fielen damals bei Hans Sandig und Hans Naumilkat, bekannten Komponisten und Chorleitern, sehr angenehm auf.

Also wieder nach Berlin. Im Bus. Gewünscht wurde ein rein weihnachtliches Programm, keine Agitation. Denn schließlich sollten die Kinder der Angestellten des Amtssitzes und deren Eltern ihre Freude haben. Daran hielt sich Mutti Ruth. Wie wir später erfuhren, wollten Vorgesetzte aus dem Kreis politische Lieder mit eingebaut wissen.

Übernachten durften wir in der Pionierrepublik „Wilhelm Pieck“ am Werbellinsee.

Bei der Stellprobe im Schloß Niederschönhausen erteilte uns plötzlich eine böse Überraschung: Rüdiger hatte seine Geige vergessen. Im Bus liegen gelassen? In der Unterkunft? „Spatz“ Erich erbot sich, sofort das Fehlende zu organisieren und schaffte es tatsächlich in der Zeit bis zum Auftritt. Großes Aufatmen, dickes Lob für Spatz. Er hatte wieder einmal bewiesen, daß er findig und beherzt handeln konnte, ja, daß auf ihn durchaus Verlaß war, wenn man ihm vertraute. Nachmittags erfüllten Tannenduft und Kerzenschein einen großen Saal im Amtssitz. Der Raum befand sich in einem neueren Seitengebäude vom Schloß-Areal. Wie ein langes Riesenviereck standen weihnachtlich gedeckte Tische.

Präsident Wilhelm Pieck, damals 78 Jahre alt, saß an einem der langen Seitenflügel, weißhaarig, mit erwartungsvollem Blick. Und wir auf der Bühne verbanden ein geschickt kombiniertes vorweihnachtliches Spiel mit Gesang und Rezitation. Natürlich fehlten Eichendorff und Storm nicht und neuere Lieder zur

Weihnachtszeit. Mutti Ruth sprach, wo nötig, verbindende Worte.

Rolf-Reinhart, in weißem Hemd und tiefblauer Pionierhose sowie mit Pionierhals-tuch, dezent die Stimmgabel zückend vor dem Einsatz, dirigierte uns. Eine Stunde voll spannungsgeladener Harmonie erfüllte den Raum. Sie ließ uns ahnen, das hier werden wir niemals im Leben vergessen.

Beifall rauschte uns entgegen. Wilhelm Pieck stand auf, bedankte sich mit zwei, drei Sätzen für die gelungene Einstimmung und lud uns ein, an der Kaffeetafel Platz zu nehmen.

Er las aus einem neuen Buch und erklärte uns, welche künstlerische Arbeit hier künftig zu erwarten sei. Rieck war Puppenspieler, Regisseur und Autor in einem.

Aus den Fenstern des Hochhaus-Cafés konnten wir einen Blick auf die damals nettesten Wohnblöcke der Stalinallee werfen, die erst in den Anfängen steckte und später in Karl-Marx-Allee umbenannt wurde.

Weiß Gott, wer den Einfall hatte und das Ganze noch organisierte, aber an einem der Nachmittage hielt unser Bus plötzlich Unter den Linden vor dem Botschaftsgebäude der

schloß sich an. Die Zeit war knapp.

„Do Swidanija! Drushba! Freundschaft!“ Und zurück ging's nach Halberstadt – „Chalberstadt“.

Irgendwann müssen Rolf-Reinhart und ich den Besuch beim Präsidenten Pieck in der Klasse erwähnt haben (oder hatte zuvor Mutti Ruth die Fehltag fürsorglich entschuldigt?). Jedenfalls stand am Schuljahresabschluß im Raum „Bemerkungen“ vom Klassenlehrer eingetragen, wir hätten beim Präsidenten Wilhelm Pieck kulturell auftreten dürfen.

Weihnachtsfeier im Schloß Niederschönhausen

Rolf-Reinhart wurde gebeten, ein kleines Geschenk des Präsidenten für das Kinderheim in Empfang zu nehmen, und so ging er auf ihn zu, reichte ihm dankend die Hand und übernahm ein Tonbandgerät für den Chor, das Heim und dessen künstlerische Arbeit. Ein Filmdokumentarist der DEFA nahm die Weihnachtsfeier als Ganzes auf. Nichts für die Presse. Denn eine solche Feier galt als intern, wenngleich der Chef des Protokolls natürlich „zugegen“ war.

An einem anderen Tag durften wir in das höchste Stockwerk des gerade erst vor Wochen übergebenen Hochhauses an der Weberwiese fahren und mit Hans-Otto Rieck, einem Autor des dort beheimateten Puppentheaters, Bekanntschaft schließen.

UdSSR, und wir durften in das imposante Gebäude mit dem Sowjetstern eintreten – als Gäste. Wir verharreten, uns ehrfurchtsvoll umblickend, in der hohen Eingangshalle. Dann, nach einer kleinen Verständigung, sangen wir zwei, drei Lieder aus unserem Repertoire, ich glaube, russische. Aber mit deutschem Text. „Herrlicher Baikal“, „Stand ein Birkenbaum am grünen Haine“, „Auf der Kasanka“.

Das Echo in der Halle war ungewöhnlich stark. Das störte uns nicht. Ein Botschaftsmitarbeiter erzählte uns etwas über die Geschichte dieses Hauses, das schon in der Weimarer Republik als sowjetisches Botschaftsgebäude gedient hatte. Und wozu es nunmehr diene. Ein kleiner Rundgang in der Vorhalle

Daß wir ein halbes Dutzend mal in Halberstadt vor Weihnachten auch in Betrieben und Alters- und Pflegeheimen sangen und musizierten, das interessierte wohl weniger.

Das Foto, auf dem Präsident Wilhelm Pieck dem Chordirektoren Rolf-Reinhart Loose mit Händedruck das Geschenk überreicht, hing, vergrößert, viele Jahre im Kinderheim an der Aufgangstreppe zur oberen Diele.

Werner Voigt

Das Kapitel wurde – geringfügig redigiert – dem im Verlag Edition D. B. (Dr. Dietmar Beetz), Erfurt 2004, erschienenen Buch „Kindheit in Halberstadt“, 188 Seiten, ISBN 3-936662-11-8, entnommen.

Allen
Leserinnen
und Lesern
wünschen wir
von Herzen
schöne
Feiertage



Eingangs möchte ich vermerken, daß ich über den nachfolgenden Briefwechsel mit Altbischof Albrecht Schönherr und die Auslassungen Manfred Stolpes in Dialogveranstaltungen in diesem Artikel erstmals öffentlich berichte.

1987/88 hatte ich einen längeren und ausführlichen Briefwechsel mit A. Schönherr. In einem seiner Briefe beklagte er sich über die Feststellung von Karl Marx, daß die Religion „Opium des Volkes“ sei, da sich Christen in der DDR dadurch belastet fühlten. Ich antwortete nach einigem Nachdenken unter anderem, daß Religion nach wie vor eine opiatistische Wirkung ausübt, wenn dadurch Passivität statt Aktivität bewirkt wird, oder wenn Beten an die Stelle von Handeln tritt, oder wenn das

erfolgreich sein kann, sondern auch aus einem anderen Grund. Die These vom „Opium des Volkes“ steht bis heute bei Atheisten hoch im Kurs, zumal Lenin sie nachdrücklich als „Eckpfeiler der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Religionsfrage“ bezeichnet hatte.

Zu bedenken ist nun allerdings, daß Marx diese Feststellung in der Mitte des 19. Jahrhunderts traf, als das „Volk“ tatsächlich noch religiös war (dies galt auch für viele Sozialisten jener Zeit, z. B. auch für Wilhelm Weitling) und in einer Zeit, als das ganze gesellschaftliche Leben von Theologie und Religion überfrachtet war: in Politik, Ökonomie, Ethik, Kultur und Kunst. Aber 100 Jahre später sah es dann ja doch ganz anders aus. Eine ma-

Über das „Opium des Volkes“ und die „Kirche im Sozialismus“

„Letzte“ (das Göttliche, der religiöse Glaube“) in einer solchen Weise verabsolutiert wird, daß dadurch Wirklichkeitsfremdheit oder Wirklichkeitsferne entsteht. Oder wenn das Wesen des Menschen in einer solchen Weise verfremdet wird, daß es zum christlichen Exklusivbewußtsein kommt, oder wenn religiös-ideal begründete Ansprüche, z. B. an Staat und Gesellschaft, erhoben werden, für die objektiv (noch) keine Möglichkeiten gegeben sind. Dieser Brief zeigte insofern eine positive Wirkung, als A. Schönherr kurz darauf in Bonn, wo ihm von der Theologischen Fakultät die Ehrendoktorwürde verliehen wurde, in seiner Dankesrede sagte:

„Man wird dem marxistischen Partner nicht verwehren können, von ‚Opiat‘ zu sprechen, wenn Religiosität Passivität statt Aktivität bewirkt, wenn Beten an die Stelle des Handelns tritt, wenn das ‚Letzte‘ in einer Weise verabsolutiert wird, daß die Wirklichkeit dieser Welt nicht mehr wirklich ernst genommen wird, wenn dementsprechend ein Häuflein ‚Gläubiger‘ sich so exklusiv versteht, daß die Beziehung zu den Mitmenschen verdorrt.“

Natürlich hatte ich mich seinerzeit sehr darüber gefreut, gehört doch ein solches Ergebnis zu den eigentlichen Anliegen des Dialogs zwischen Marxisten und Christen.

Aber es war auch erstaunlich, daß sich ein profiliert Theologe in solcher Weise zu diesem „heißen Eisen“ äußerte.

Ich erwähne dieses Beispiel nicht nur, um zu belegen, daß und wie mittels eines solchen Briefwechsels der Dialog durchaus

terialistisch-dialektische Analyse muß alle Dinge und Erscheinungen in ihrer konkret-historischen Situation, in ihrer durch Raum und Zeit bedingten Relativität sehen. Und da ergibt sich dann, daß in den 80er Jahren der DDR das „Volk“ eben nicht mehr religiös war (und ist), sondern eben nur noch eine Minderheit, daß sich bei vielen Christen auf Grund ihrer Erfahrungen ein Umdenken vollzogen hatte. Sie handelten durchaus aktiv, waren welt-offen und diesseitsorientiert, und viele hatten eine Hinwendung zum Sozialismus vollzogen. Auf sie trafen die oben genannten Aspekte der opiatistischen Wirkung nicht mehr oder nur sehr bedingt zu. Es ist also erforderlich zu differenzieren und zu relativieren – auch hinsichtlich der Marxschen Feststellung in bezug auf das „Opium des Volkes“.

Das schließt allerdings auch ein, daß es nach wie vor Regionen und Religionen gibt, in denen Marx' Formulierung unverkürzt gültig ist. Natürlich trifft dies vor allem für den Islam, vornehmlich in arabischen Ländern, zu, aber auch für die Verhaltensweisen buddhistischer Mönche oder auch für viele Naturreligionen. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß dieses Wort für die christliche Religion keine Bedeutung mehr hat. Erinnerung sei hier nur an die entsetzlichen Wirkungen des verbreiteten christlichen Fundamentalismus in den USA, der seine opiatistische Funktion auf breite Schichten des amerikanischen Volkes ausübt!

Im Verlauf unseres Dialogs vollzog sich noch manches andere Erstaunliche. Ich will ein weiteres Beispiel nennen:

Am 16. 2. 1989 war ich bei einer Veranstaltung an der Humboldt-Universität zugegen. Auch der damalige Oberkonsistorialpräsident der Berlin-Brandenburgischen Evangelischen Kirche, Manfred Stolpe, referierte dort. Übrigens nahm Stolpe in jener Zeit an vielen Dialog-Veranstaltungen teil, wie auch andere exponierte Kirchenleute.

Er sprach zum Thema „Kirche im Sozialismus“. Diese Formel bestimmte seit Anfang der 70er Jahre den Platz der Evangelischen Kirche in der Gesellschaft und galt als die weitestgehende Option für den Sozialismus und seine Entwicklung, war aber auch ständiger Diskussionsgegenstand und Streitpunkt. In gewisser Weise differenzierte diese Formel auch.

Stolpe definierte nun in seinem Vortrag den politischen Ansatz für „Kirche im Sozialismus“ als Zustimmung zur sozialistischen Gesellschaft, weil die sozialistischen Eigentumsverhältnisse von der Kirche akzeptiert und unterstützt werden, die Machtfrage anerkannt wird, die führende Rolle der SED akzeptiert wird und das Nebeneinander von Weltanschauungen in dieser Gesellschaft geduldet wird. (O-Ton Stolpe!!) Später erfuhren wir, daß sich der Kirchenmann auch in anderen Veranstaltungen ähnlich geäußert hatte. Ein so offenes und deutliches Bekenntnis eines Kirchenvertreters, noch zumal im Jahre 1989, war für uns Marxisten in der Tat erstaunlich. Wie nachdrücklich und ernst er es mit diesen Aussagen gemeint hatte, wurde schon einen Monat später deutlich. Vom 29. bis 31. März hatte der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zu einer Dialog-Veranstaltung nach Bad Saarow eingeladen. Außer Christen und Marxisten aus der DDR waren auch Gäste aus der CSSR und Ungarn anwesend, darunter auch zwei Bischöfe, Vertreter der ungarischen „Theologie des Dienstes“. Mir war für diese Veranstaltung das Hauptreferat angetragen worden.

M. Stolpe als Vorsitzender des Bundes hielt die Begrüßungsansprache, in der er sich abermals sehr exponiert für die „Kirche im Sozialismus“ aussprach, pikanterweise entgegen seinem damaligen Chef, Bischof Leich, der der Formel bereits öffentlich eine Absage erteilt hatte, und auch zum Mißvergnügen des anwesenden Theologen Richard Schröder, der sich bereits 1988 in einem Artikel dagegen gewandt hatte. Er verweigerte Stolpe nach dessen Rede demonstrativ den Beifall. Schröder, der aus seiner oppositionellen Haltung nie ein Hehl gemacht hatte, wurde dann übrigens Vorsitzender der SPD-Fraktion in der letzten Volkskammer der DDR und erhielt später eine Professur an der Humboldt-Universität!

Die letzte Dialog-Veranstaltung mit M. Stolpe fand am 8. 6. 1990 wiederum an der Humboldt-Universität statt, auf der er u. a. äußerte, er werde auch künftig jedem Kommunisten öffentlich die Hand geben. Ob sich der Herr Minister wohl daran gehalten und es durchgehalten hat?

Prof. Dr. Hans Lutter

Wit un Zwart Karlientje (niederländisches Märchen) Gemalt von der damaligen Schülerin der 4. Klasse Silvia Gebhard aus der POS „Heinrich Heine“, Hennigsdorf.
Kunsterzieher dieser Schule war Dr. Fritz Lemme

Am 1. Januar 1941 bedankt sich Eva Irma Maria Bernhardine Freiin von Vahl beim Bruder Hansel für die ihr zugeordneten netten Weihnachtsgriße: „Lieber Hansel. Vielen Dank für Eure freundlichen Griße zu Weihnachten. Gerade am Heiligabend kam ich wieder in ein neues Haus. Lebte seit 23. Mai im sogenannten Entbindungshaus!! in Obrowalde. Es lag wohl an Euch, daß ich zum Übergang noch hierbleiben mußte. Herr Dr. Banse, der leitende Direktor der Anstalt, meinte vor wenigen Tagen, es läge an den Verwandten, weshalb ich nicht zurückkehre.“
Nein. Die zierliche Frau, deren 48. Geburtstag noch im Januar bevorstand, erwartete kein Kind. Ihre beiden leiblichen Brüder, Hans-Joachim und Curt von Salmuth, auch evangelischen Glaubens, sorgten 1934 dafür, ihre Schwester in einer „Anstalt“ unterzubringen. Kückenmühle bei Stettin war für die Berlinerin auserkoren. „Im übrigen müßte meiner Auffassung nach“, korrespondierten die Brüder, „durch den Arzt Eva weiterhin klar gesagt werden, daß späterhin aus gesundheitlichen Gründen ein Aufenthalt in Berlin gar nicht mehr in Frage kommen kann ...“

Warum schoben die Brüder ihre Schwester ab? In einem Brief der Gedemütigten schrieb diese am 26. August 1940 an ihren Vater: „Du entsinnst Dich vielleicht, daß ich 1933 einen Unglücksfall erlitten hatte, (ich glitt auf meinem Corridor aus, begab mich in ärztliche Behandlung zunächst zu Dr. Br., dann Dr. F., Chefarzt am Hildegard-Krankenhaus, da ich innere Verletzungen erlitten hatte, die nicht genau festgestellt wurden. Eine klare Diagnose blieb aus. Es traten Nierenleiden auf, Rippenfellentzündung und zuletzt Frauenleiden und Gallensteine; ich sollte daher nach langer Leidenszeit zur Nachkur in einen Badeort, aber niemals in eine Volksanstalt.“

Eben dieser Brief aus der „Landes-Heil- u. Pflegeanstalt Obrowalde, Krs. Meseritz in Pommern, „Entbindungshaus“ kam Wochen später zurück. Beide Brüder hatten den Tod des Vaters, der bereits am 17. September 1937 verstorben war, der Schwester verschwiegen.

Am 18. Februar 1941 reagiert Eva von Vahl empört, weil der Brief an den Vater an sie zurückkam mit dem Vermerk „Unbekannt verzogen“: „Was sind das bloß für Hiobsnachrichten, die mich erschrecken „sollen“!! Ich finde dies Beginnen wenig schön und nicht gerade gesundheitsfördernd. Ich habe nie eine Anzeige bekommen, auch keine Testamentoffenbarung, sonst noch eine Nachricht. Ich habe für diese Rohheiten keinen Sinn ...“

Ununterbrochen flehte die adlige Frau ihre Brüder an, sie heimzuziehen: „Vorschrift ist hier, daß ich abgeholt werde. Wann besucht Ihr mich mal? Ich muß doch nun bald mal entlassen werden“, schrieb sie am 24. 7. 1938. Und am 26. 8. 1940 kam folgender Hilferuf: „Sechs Jahre der Heilkunst ausgesetzt, bin ich nicht gesundet, sondern kranker geworden. Ein Vierteljahr hier in Obrowalde zur Nachkur ist gleichfalls ergebnislos. Ich hielt mich tapfer aufrecht und habe unmenschlich

ausgehalten. Ich bitte Dich, mich bald abzuholen, da die Leiden hier neu ausbrechen unter dem Gesellschaftsleben unter Frauen, das ich nicht aushalten kann.“ Und schließlich bettelte sie am 1. 1. 1941: „Steht mir nicht weiter im Wege, lieber Hansel. Ich habe es satt, ein solches Dasein in den Anstalten fortzusetzen. Brauche neue frohe Eindrücke, Sonne und Wärme, sonst gehe ich hier zugrunde. Seid nicht so hart gegen mich – holt mich raus.“

Am 6. 2. 1941 teilte sie mit: „Mein Gedächtnis, wie Ihr annehmt, hat keineswegs in den Anstalten gelitten, sondern, da man so gut wie gar keine Eindrücke hat, vertieft sich die Erinnerung für jede Einzelheit aufs Gewissenhafteste. Ich habe darüber gelacht, daß Ihr Gedächtnisschwund bei mir annehmt. Das ist natürlich ein besserer Witz!!“

Den „witzigen“ Brüdern ging per 25. Juli 1941 ein amtliches Schreiben zu: „Auf Grund eines Erlasses des zuständigen Reichsverteidigungskommissars wurde heute Frau Eva von Vahl., geb. Freiin von

Professor Eugen Kogon gab in seinem Buch „Der SS-Staat – das System der deutschen Konzentrationslager“ über die wahre Todesursache Auskunft: „Es dauerte nicht lange, und wir erfuhren, daß neue Gase an den Gefangenen ausprobiert worden waren. Man hatte die Anwendung vorher an Rindern versucht ... Man hörte, daß es die Heil- und Pflegeanstalt Bernburg bei Köthen war, wo diese Sondervergassungen stattfanden.“

Der bekannte BRD-Schriftsteller Bernt Engelmann veröffentlichte 1974 (Das Reich zerfiel, die Reichen blieben) etliche Daten zur Person des jüngeren Bruders Curt von Salmuth, der über Jahre hinweg die Kosten des Anstaltsaufenthalts der später Ermordeten beglich. „Der Sohn Curt des 1937 verstorbenen königlich preußischen Polizeipräsidenten Arthur Freiherr von Salmuth heiratet nämlich im Jahre 1924 die Tochter Alwine des geschäftsführenden Teilhabers der Gebr. Röchling, Saarbrücken, Eduard Röchling und dessen Ehefrau, einer geborenen Donna Chiara Giuliani di Giulino, und wurde

Geschwisterliche „Nächstenliebe“

Salmuth, durch die Gemeinnützige Kranken-Transport G.m.b.H., Berlin W 9, Potsdamer Platz 1, in eine andere Anstalt verlegt, deren Name und Anschrift mir noch nicht bekannt sind. Die aufzunehmende Anstalt wird Ihnen eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen. Ich bitte Sie, bis zum Eingang dieser Mitteilung von weiteren Fragen abzusehen ... Heil Hitler – Der Direktor ... i. V. Banse.“

Die entsprechende Information kam prompt: „Heil- und Pflegeanstalt Bernburg, Postschließfach 266 – Gesch.-Z. B e 24019 Sbt. 7 -; 1. 8. 1941. – Wir teilen Ihnen mit, daß Ihre Frau Schwester, Frau Maria Irma von Vahl., geb. Freiin von Salmuth, auf Grund ministerieller Anordnung gemäß Weisung des Herrn Reichsverteidigungskommissars in unsere Anstalt verlegt wurde und gut hier angekommen ist ... Heil Hitler – i. V. Dr. Keller.“

Schon sieben Tage später bereinigte SS-Oberscharführer Moll, der die Krematorien in Buchenwald und Bernburg leitete, mit Aktenzeichen „Gesch.-Z.: B e 24019 Lö.“ die Situation: „Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Ihre Schwester Freiin Maria Irma von Vahl, geborene Salmuth, am heutigen Tage unerwartet infolge einer Lungenentzündung mit darauffolgender Kreislaufschwäche verstorben ist ...“

Heil Hitler – Unterschrift: Moll.“

Gesellschafter, dann Aufsichtsratsvorsitzender der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen, auch Aufsichtsratsvorsitzender der Gebr. Giuliani GmbH und geschäftsführender Gesellschafter der Aluminiumwerke Wutöschingen, einer Giuliani-Tochter.“

Im gleichen Jahr, als Eva von Vahl ihr Leben verlor, entschloß sich der spendable Bruder zum Eintritt in die NSDAP. Er krönte damit seine steile Karriere in der Bewegung; erst Major bei der Landespolizei, dann treu im Stahlhelm gedient, 1934 der SA beigetreten, 1940 Sturmführer, 1941 NSDAP-Mitglied.

Am 16. September 1948 konvertierte Curt von Salmuth zum katholischen Glauben, von den Oberhirten mit Orden überschüttet: „Großes Verdienstkreuz mit Schulterband und Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“; „Großkreuz des päpstlichen Ordens vom heiligen Silvester mit Schulterband und Stern“; „Großkreuz des päpstlichen Ordens vom heiligen Pius mit Schulterband und Stern“.

Wer im „Genealogischen Handbuch des Adels – Freiherrliche Häuser Teil B – im Band V des Jahrgangs 1971 blättert (Seiten 344/345), darf entdecken, daß die Salmuths des Stammes Beringer ihre Sippenartstellung christlich bereinigten. Die Schwester Eva Irma Maria Bernhardine ist nicht mehr erwähnenswert.

Hans Horn

Volle Kirchen, Millionen bei Papstbesuchen, der Neubau Tausender Gotteshäuser und die Allgegenwart kirchlicher Würdenträger im öffentlichen Leben Polens machen den Eindruck tiefer Religiosität und unbeschränkter politischer Herrschaft der katholischen Geistlichkeit über die Bevölkerung. Bei näherer Betrachtung ergibt sich allerdings ein anderes Bild. Tatsächlich sind die meisten Polen eingetragene Katholiken, an Sonn- und Feiertagen füllen sich die Gotteshäuser mit Menschen aller Altersgruppen. In den Schulen findet ein sehr gut besuchter Religionsunterricht statt, und katholische Geistliche nehmen auch an staatlichen Zeremonien teil. Mit der Religiosität der

aldemokratische PPS, 1937 in ihrem Programm die Bestrafung der Geistlichkeit für politische Tätigkeit forderte. Während der faschistischen Okkupation nahm die Kirche am Widerstandskampf teil. Tausende katholische Priester wurden von den Nazis ermordet. Durch den Terror der Hitler-Okkupanten und später die neuen Grenzen lebten die früher ein Drittel ausmachenden nationalen Minderheiten mit ihren Konfessionen nach dem Krieg entweder außerhalb Polens oder waren ausgerottet. Nun war fast jeder Pole Katholik. So konnte die Kirche sich zudem noch die Rolle des moralischen Gewissens der Nation anmaßen. Dem durch den Krieg gewachsenen Mythos kam un-

am Ziel ihrer Wünsche. Mit einer ungewöhnlichen klerikalpolitischen Offensive glaubte sie nun die privilegierte Stellung einnehmen zu können, die sie 1939 besessen hatte. Doch gerade jetzt erlebten die Kirchenfürsten eine bittere Enttäuschung. Die Massen hatten sich in der jüngsten Vergangenheit um eine Kirche geschart, die in ihren Ambitionen von der Volksmacht gebremst worden war und daher den Gläubigen als wohlfeil erschien. Viele, die aus antikommunistischen Motivationen die Kirchenbänke bevölkert hatten, entzogen dem Klerus nach der Konterrevolution ihre Unterstützung. Gerade von ihnen kamen die ersten und lautstarken antiklerikalen Proteste. Sie wußten sich eins mit der Mehrheit der Polen, die eine Klerikalisierung der Gesellschaft nicht wünschte. So kam es auch in Zusammenhang mit einem Gesetzesentwurf um die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zu großen Demonstrationen unmittelbar vor einem Papstbesuch in Warschau. Derartiges hatte es seit dem antifeudal-antiklerikalen Aufstand von 1038 nicht mehr gegeben. Über diesen Stimmungswechsel war der Papst höchst verärgert und konnte sich sogar einer Drohung nicht enthalten. Einige bürgerliche Parteien, die sich bisher des Wohlwollens der Kirchenhierarchie erfreuten oder darauf aus waren, begannen nun zu lavieren. Anderen, die gern antiklerikale Gefühle in Wählerstimmen ummünzen wollten, waren durch ihre proklerikale Haltung die Hände gebunden. Die Kirche wollte diesen überraschenden Umschwung nicht wahrhaben und strebte nun nach direkter parlamentarischer Einflußnahme. Nachdem 1991 die klerikalpolitischen Parteien schlecht abgeschnitten hatten, sollte das aufwendig installierte Bündnis Katholische Wahlaktion „Vaterland“ (KAW) die Wende bringen. Die 93er Wahl fiel für die Kirche katastrophal aus. Die mehr oder weniger linke SLD, die sich als einzige politische Kraft der Klerikalisierung widersetzt hatte, wurde Wahlsieger, und die KAW verfehlte den Einzug ins Parlament. Was den Linken in 45 Jahren Volksmacht nicht gelungen war, bewirkten nun knapp vier Jahre Kapitalismus und unverschämter Klerikalismus. 1997 vermochten die Rechten durch ein Bündnis der gesamten Reaktion einen knappen Wahlsieg zu erringen. Diesem gehörte fortan die Unterstützung der Kirche. Doch gerade das erschwerte ihre Positionen. Schon vor den nächsten Wahlen zerfiel der Rechtsblock. Es kam zur Bildung von neuen Parteien, so auch der klerikalpolitischen „Liga Polnischer Familien“, die mit nur knapp 6,6 % in den Sejm einzog. Schon im Vorfeld dieser Wahl hatten Teile der Kirchenhierarchie eine realistischere Politik angemahnt. Nun galt es, die nach 1989 durchgesetzte Position zu halten. Erstaunlicherweise kam ihnen die regierende SLD hierbei entgegen. Als aktive Befürworter eines EU-Beitritts glaubte sie, beim Referendum auf die Unterstützung der Kirche angewiesen zu sein.

Polen: Der schwarze Mythos

polnischen Katholiken ist es allerdings nicht so weit her. Zwei Drittel von ihnen erachten kirchliche Ge- und Verbote nicht als unbedingt bindend. Der Glauben spielt demnach im Alltag der meisten Polen kaum eine Rolle. Die religiöse Bildung der polnischen Katholiken ist recht mangelhaft. Diese Schwäche des Katholizismus war jedoch für ihn in Polen nie ernsthaft existenzgefährdend, da andere kirchliche Einflüsse nicht zum Zuge kamen. Der Protestantismus als religiös-ideologischer Ausdruck des Frühkapitalismus hatte in einem wirtschaftlich rückständigen Land mit starken feudalistischen Strukturen kaum eine Chance, und auch der gering verbreitete Atheismus des 20. Jahrhunderts konnte die bäuerliche Bevölkerungsmehrheit nicht von ihrem Glauben abbringen.

Katholizismus wird im traditionsbewußten Polen in erster Linie als eine Gewohnheit der Vorväter betrachtet, deren Pflege man als nationale Identität und patriotische Pflicht versteht. Tatsächlich war gerade diese Kirche vor allem in der Zeit der Herausbildung der polnischen Nation, die mit der 123jährigen Fremdherrschaft zusammenfällt, der einzige Ort, an dem sich das Polentum ungehindert entfalten konnte. Dieser Umstand wurde von den Kanzeln seither ständig und oft mit Übertreibung ins Spiel gebracht, um Einfluß zu gewinnen. Der politische Klerikalismus der katholischen Kirche der Zwischenkriegszeit war darauf gerichtet, sich alle Bereiche der Gesellschaft unterzuordnen. Diesem Ziel kam er recht nahe, so daß sich eine antiklerikale Bewegung herausbildete, die von Teilen der Bourgeoisie bis zur Arbeiterbewegung reichte, jedoch in ihrer Wirkung begrenzt blieb. Die Herrschenden zogen es allerdings vor, sich mit der Kirche auf der Grundlage von Antikommunismus und Antisowjetismus zu arrangieren. Der Antiklerikalismus unter der Arbeiterklasse war so stark verbreitet, daß ihre einflußreichste Partei, die sozi-

gewollt die Linke entgegen, denn mit der Enteignung der Großgrundbesitzer und der Bodenreform verlor die Kirche zwar ihren treuesten Verbündeten, konnte aber dadurch ihr Prestige unter der Bauernschaft enorm anheben. Nunmehr hatte sie die Bauernschaft fest im Griff, was eine sozialistische Umgestaltung auf dem Dorf letztlich unmöglich machte. Nach dem Sieg der Volksmacht über die bewaffnete Konterrevolution und deren legale Parteien übernahm die Kirche, die sich vom Schock der sozialistischen Machtübernahme erholt hatte, die Rolle des antisozialistischen Widerparts. Dadurch konnte sie mit der Zeit große Teile der antikommunistischen, jedoch atheistischen Intelligenz für sich gewinnen. Politisch agierte die Kirche überaus geschickt. Immer wenn die Volksmacht in Gefahr war, wirkte sie auf die Gläubigen mäßigend ein, um nach politischer Stabilisierung vom Staat weitergehende Zugeständnisse einzufordern. Die Volksmacht ihrerseits spielte die Klaviatur aller Möglichkeiten durch, um die Kirche zumindest auf eine politisch neutrale Position zu bewegen. Hierbei wurden wertvolle Erfahrungen gesammelt, doch letztlich kein dauerhafter Erfolg errungen. Konnte sich die Linke zunächst noch auf den Antiklerikalismus der Arbeiterklasse verlassen, so veränderte Anfang der 50er Jahre der millionenstarke Zustrom bäuerlicher Massen in die Städte auch das.

Die „Klerikalisierung“ aller Klassen und Schichten war faktisch in den 70er Jahren abgeschlossen, als zu allem noch ein polnischer Kardinal Papst wurde. Begünstigt durch die konterrevolutionären Ereignisse 1980/81 und durch die Schwäche der sozialistischen Staatsmacht gelang es der katholischen Kirche, sich als eine von allen Seiten anerkannte politische Macht zu etablieren. Damit schien sie wieder ihrem strategischen Ziel sehr nahe gekommen zu sein. Nach dem „Sieg über den atheistischen Staat“ 1989/90 sah sie sich

Standort Welt: Die Global Players

Globalisierung ist zum Stichwort für den totalen Weltmarkt eines schrankenlosen Kapitalismus geworden. Die international agierenden Banken, Konzerne und andere Unternehmen erstreben eine irreversible und alternativlose Marktfreiheit, die für sie einer globalen Verheißung gleichkommt, weil die Wirtschaftsprozesse tendenziell vollständig entgrenzt werden und das Ende aller einengenden nationalstaatlichen Maßnahmen möglich wird. Und Politiker, die diese Entwicklung fördern und ihren Völkern plausibel machen, werden von den Finanzgewaltigen mit den Prädikaten „Realitätsnähe“ und „Wirtschaftskompetenz“ geadelt.

In der BRD geistern Begriffe wie „Wirtschaftsstandort Deutschland“ oder „Deutschland-AG“ durch die Medien. Und das hat seinen Grund! Das internationale Kapital durchforstet auf der Suche nach Maximalprofit alle Regionen unseres Planeten, zettelt hier einen Krieg an, wechselt dort eine Regierung aus oder läßt sich an einem günstigen Ort häuslich nieder.

Die Politiker der „Volksparteien“ dieses Landes wollen dem Kapital einen guten Platz bieten. Also Sozialabbau, Senkung der Lohnnebenkosten durch Umverteilung nach unten, Erpressung der Arbeitenden mit drohender Arbeitslosigkeit. Die Aufzählung kann beliebig fortgesetzt werden.

Jede Art von Politik wird im Kern zu Wirtschaftspolitik, oder genauer, zu profitfördernder Politik. Im dialektischen Verständnis hat damit die Ökonomie das Primat über die Politik realisiert. Daß daraus fatale Folgen für die Bevölkerung resultieren, liegt in der Sache selbst begründet. „Wirtschaftsstandort Deutschland“ beschreibt demnach exakt die (noch) nationalen Verwertungsbedingungen für das internationale Monopolkapital. Und die sind schon heute exzellent. Die 30 im „Deutschen Aktienindex (DAX)“ notierten Spitzenunternehmen verbuchten im ersten Halbjahr 2004 einen durchschnittlichen Gewinnzuwachs von mehr als 30% gegenüber dem Vorjahr! Und die USA investieren in keinem anderen Land so intensiv wie in der BRD. Allein 800000 Arbeitsplätze hängen von Investoren aus den USA ab. Als Beispiele seien nur Opel und Ford genannt. „Deutschland-AG“ hat ebenso einen faden Beigeschmack. Deutsche Konzerne sind kaum noch vorhanden, heutzutage sind „global players“ (weltweite Spieler) die Mächtigen. Deren Besitzverhältnisse sind in der Regel kaum durchschaubar. Das schützt sie unter anderem auch vor den eigenen Arbeitern. Gegen wen sollen die sich organisieren? Die Besitzer der Aktienpakete sind in der Welt verteilt und nur selten bekannt.

Und solche dubiosen Gesellschaften sind es, die zunehmend auch kommunale Wasserwerke, Rohr- und Schienennetze, ja sogar Rathäuser und Schulen erwerben. Die Kommunen stopfen kurzfristig aktuelle Finanzlöcher, und die neuen Besitzer diktieren die Preise und kassieren Gebühren von den Bürgern für Dinge, die aus Steuergeldern finanziert wurden. Und die Politiker? Der gegenwärtige, widerliche Wett-

streit zwischen „Rot-Grün“ und CDU/CSU, wer die Bürger besser ausplündern würde, dokumentiert, daß Spitzenpolitiker nichts weiter sind als Konzernangestellte für Öffentlichkeitsarbeit. Und dafür braucht man weder Sachkunde noch Gewissen, es reichen Arroganz und Dreistigkeit. An der Spitze der BRD steht als Bundespräsident Horst Köhler. Der war und ist Spezialist für „Privatisierungs- und Strukturwandelungsmaßnahmen“. Es scheint, als hätte die Hausbank der Globalisierer einen ihrer fähigsten Mitarbeiter zur Umgestaltung des „Wirtschaftsstandorts Deutschland“ geschickt. Und so unterscheiden sich die Reden des Herrn Köhler, beispielsweise am sogenannten Tag der deutschen Einheit in Erfurt, gravierend von denen seines Vorgängers, der als „Bruder Johannes“ oder sogar als „Grüßaugust“ bezeichnet wurde. Unter Horst Köhler befolgt die Politik zum Schaden der Menschen die Richtlinien einer von allen nationalen Bindungen freien Wirtschaft. Karl Marx hatte so grundlegend recht, als er von einer Weltrevolution sprach. Ein einzelnes Land kann gegen das internationale Kapital nicht bestehen.

Globalisierung ist das Projekt, der Weltzivilisation eine Monostruktur zu verpassen. Und die USA fühlen sich unter der

Bush-Clique berufen, ihre Auffassung von Demokratie allen Völkern aufzunötigen. Dagegen kann nur ein wahrer Internationalismus ankämpfen, in dem vorhandene Identitäten respektiert und die tatsächliche Vielfalt als Reichtum begriffen und praktiziert werden. Vor einer solchen Möglichkeit fürchten sich die „global players“. Und so haben sie am Ende des von ihnen geschürten Kalten Krieges einen neuen Feind ausgemacht. Unter der demagogischen Losung des „Krieges gegen den Terrorismus“ unterdrücken sie über die Politik jede Alternative zu ihrem Weltbild. Per Gesetz schränkt man bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte ein, die totale Überwachung wird installiert. Flugreisende werden so wie Kriminelle erkenntungsdienstlich erfaßt und im Computersystem der US-Geheimdienste gespeichert.

Irgendwie sind wir alle von der Globalisierung betroffen. Als Arbeitende, als Rentner, als Kranke, als Urlauber, wie auch immer. Aber betroffen sein reicht bekanntlich nicht aus. Wer unsere Welt, unser Land, seinen Lebensstandard sichern oder sogar verbessern möchte, der muß handeln. **Richard Georg Richter**

China: Arbeiterrechte in Privatbetrieben sichern!

Auf der 12. Tagung des Ständigen Ausschusses des 10. Nationalen Volkskongresses (NVK) ist die Frage des verstärkten Schutzes der Rechte der Beschäftigten in einer Reihe von Unternehmen erörtert worden. Verstöße gegen diese haben in jüngster Zeit zu einem drastischen Anwachsen der Zahl arbeitsrechtlicher Verfahren geführt. Von 2001 zu 2003 stieg diese um 31,4 %. Im vergangenen Jahr waren es 22 600. Die Zahl der von den Arbeitsgerichten angenommenen Fälle nahm sogar um 36,5 % zu.

Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht über die Einhaltung des Gewerkschaftsgesetzes, der von einer Inspektionsgruppe des Präsidiums des NVK jetzt vorgelegt wurde.

Manche Firmen verletzen ernsthaft die gesetzlichen Rechte der Beschäftigten. Darin läge die Hauptursache für das Anwachsen von Klagen, berichtete die stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des NVK, Gu Xiulian, auf der 12. Sitzung des Gremiums. „Einige Unternehmen schließen keine Arbeitsverträge ab, so daß die Arbeiter und Angestellten jederzeit hinausgeworfen werden können“, sagte sie. „Andere Konzerne weigern sich, die Löhne und Gehälter zum Fälligkeit-

termin zu zahlen oder sorgen nicht für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, was die Zahl der Unfälle emporschnellen läßt.“

Die Rechte der Belegschaften seien ignoriert worden, als in bisher staatlichen Unternehmen die Eigentümerfrage neu gestellt wurde. Eine Reihe von „Umstrukturierungsplänen“, in denen die Interessen der Beschäftigten berührt wurden, sei nicht auf deren Vollversammlung vorgelegt worden. Auch habe man verabsäumt, Entlassenen eine Abfindung zu zahlen.

Aus dem Bericht von Gu Xiulian geht hervor, daß 67,3 % aller in Privatunternehmen Tätigen nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Von 2000 bis 2003 sank deren Anteil um 11,5 %. „Es ist schwer, Gewerkschaften in Privatbetrieben aufzubauen, und einige bestehende arbeiten nicht gut“, sagte die Berichterstatteerin. Mit immer mehr staatseigenen Unternehmen, die ihren Eigentumscharakter änderten, hätten die ursprünglichen Gewerkschaften dort ihre Tätigkeit eingestellt, was zu einem Rückgang der Mitgliederzahl geführt habe.

R. F., gestützt auf die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua

In Irak lebt der Geist des antibritischen Aufstandes von 1920

Im November 2003 richtete Großajatollah Sistani eine eindringliche Warnung an die USA: Sollten sie die Okkupation fortsetzen, weiterhin die Machtübergabe an freigewählte Iraker verhindern und dem Volk damit seine nationale Selbstbestimmung verwehren, werde es zu einem „allgemeinen Aufstand“ kommen. „Eine Regierung, die nicht aus freien, allgemeinen Wahlen hervorgeht, ist weder in der Lage noch qualifiziert, ihre Arbeit zu tun.“ Zur Unterstützung von Sistanis Forderungen gingen in Basra Zehntausende Menschen auf die Straße, in Bagdad über 100 000. Der Großajatollah erinnerte ausdrücklich an den Aufstand gegen die britische Kolonialmacht 1920.

Damals hinderte eine gesamt-nationale Einheitsfront des irakischen Volkes – Araber und Kurden, Sunniten, Schiiten, Ismailiten und Christen – den britischen Imperialismus daran, das Land in eine direkte Kolonie zu verwandeln. Die Iraker waren um ihre Hoffnung auf Freiheit und nationale Selbstständigkeit nach der Zerschlagung der jahrhundertelangen osmanischen Knechtschaft betrogen worden. Bereits im November 1918 erklärte die britische Besatzungsbehörde öffentlich das irakische Volk als „noch nicht zur Selbstverwaltung fähig“. Deshalb übernehme London die Rolle des Mentors. Wer denkt da nicht an Statthalter Bremer und seinen Nachfolger, „Botschafter“ Negroponte!

Aus lokal begrenzten Protesten gegen die von den Briten massiv betriebene koloniale Versklavung formierte sich 1920 ein Volktaufstand, der das ganze Land erfaßte. Großajatollah Schirazi, damals angesehenster schiitischer Rechtsgelehrter, erklärte die Anwendung von Waffengewalt gegenüber fremdländischen Eroberern nach dem Koran als rechtmäßig. In wenigen Wochen entrissen die irakischen Freiheitskämpfer den 130 000 bis 150 000 schwer bewaffneten britischen Soldaten den größten Teil des Landes.

Großbritannien setzte eine „Beratende Versammlung“ ein (unter Bush dann: Verwaltungsrat). Durch scheinbare Beteiligung reaktionärer irakischer Kräfte an der Verwaltung des Landes sollte die Befreiungsbewegung zersetzt und der Aufstand beendet werden. Als sich damit jedoch der revolutionäre Widerstand des irakischen Volkes nicht brechen ließ, warf das britische Kolonialministerium neue Truppen in die Kampf-

gebiete. Nach großen Angriffsoperationen der Kolonialarmee beherrschten die Okkupanten Mitte Oktober 1920 wieder den größten Teil Iraks. Der antiimperialistische Volksaufstand brach zusammen und erlag der gewaltigen militärischen Übermacht der Briten und dem Verrat der feudalen Führung.

In späteren Dokumenten der Irakischen Kommunistischen Partei (damals noch marxistisch und einig) als „unsterbliche nationale Revolution“ charakterisiert, war der Aufstand ungeachtet seiner Niederlage von maßgebender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Befreiungsbewegung in Irak. Erstmals in der Geschichte des Landes hatte sich das Volk geschlossen gegen die imperialistische Herrschaft, für die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen irakischen Staates erhoben. Fellachen, Beduinen, Händler, Handwerker, Vertreter der Bourgeoisie, der Intelligenz, der Stammesaristokratie und der Geistlichkeit kämpften fünf Monate lang gegen die stärkste Kolonialmacht der Welt.

Die Briten installierten eine „nationale Regierung“ aus reaktionären Großgrundbesitzern, vor allem Sunniten, und Ver-

tretern der Kompradorenbourgeoisie. Sie sollte die revolutionäre Volksbewegung niederhalten. Diese Regierung führte jedoch nur ein Schattendasein. Das Sagen hatten die britischen Berater. In der Folge war es v. a. Nuri es Said, der für die Briten jahrzehntelang die Rolle spielte, die heute Ijad Allawi für die US-Besatzer und ihr „Koalitions“gefolge übernommen hat.

Das irakische Volk wurde immer wieder um die Früchte seines Befreiungskampfes gebracht. Nun haben Bush und seine Vasallen ihm auch die infolge der antiimperialistischen und antifeudalen Revolution von 1958 schließlich 1972/1975 errungene, auch unter Saddam Hussein bewahrte Souveränität über seinen großen nationalen Reichtum, das Erdöl, entrissen. Aber der Widerstandswille ist ungebrochen. Das Aufbegehren gegen die Besatzer schwoll bereits im April d. J. zum allgemeinen Aufstand an und erfaßt inzwischen das gesamte Zweistromland von Tell Afar und Mossul im Norden über Baakuba, Falludscha, Bagdad und Nadschaf im Zentrum bis Basra und Umm Qasr im Süden. Beteiligt sind Iraker aller Weltanschauungen und Glaubensrichtungen. Die Schläge der Aufständischen sind

gegen die Besatzer und ihre einheimischen Helfershelfer gerichtet. Wie die Briten vor 84 Jahren unternimmt das US-Militär Offensiven gegen irakische Aufständische mit enormen Opfern unter der Zivilbevölkerung. Die US-Luftwaffe bombardiert irakische Städte. Über 100 000 Iraker fanden seit Kriegsbeginn den Tod, mehrheitlich durch das US-Militär.

Immer offensichtlicher wird, daß ein Großteil der Iraker sowohl die Besatzung als auch die Marionettenregierung Ijad Allawis ablehnt, der nicht nur keine Wählerschaft innerhalb Iraks hat, sondern dem in den Augen der Mehrheit der Bürger schlicht jede Legitimation fehlt. Deshalb greifen immer mehr zu den Waffen.

Die Kräfte des Widerstandes sind sich in ihren Zielen einig: Ende der Okkupation und des von den Besatzern installierten Marionettenregimes, Abzug ihrer Truppen, Ende der kolonialen Ausplünderung des Landes durch amerikanische und andere imperialistische Monopole, insbesondere des Ölraubs, Wiederherstellung der nationalen Souveränität Iraks auf der Grundlage der Einheit des Landes.



Wie man in Madrid und anderswo den „Tag des Spaniertums“ beging

Jedes Jahr begeht der spanische Staat am 12. Oktober den „Tag der Hispanidad“. Unter Franco hieß er „Tag der Rasse“ und rührt von der angeblichen „Entdeckung“ Amerikas her. Den zentralen Akt bildet die an den Bourbonen und sonstigen Herrschaften vorbeidefilierende Militärparade.

Dieses Jahr, unter dem Verteidigungsminister Bono von der sozialdemokratischen PSOE, marschierten ein Repräsentant der franco-faschistischen „División Azul“ – der berühmten „Blauen Division“ – und ein Vertreter der spanischen Republikaner, die in der „División Leclerc“ an der Befreiung von Paris teilgenommen hatten, im Zuge mit.

Diese Gleichstellung von Faschismus und Antifaschismus, die die Nazis hoffähig macht, solle „Frieden und Eintracht“ nach 60 Jahren demonstrieren, erklärte Bono, als es Kritik hagelte. Viele Organisationen, die sich um die Anerkennung der Legalität der spanischen Republik (1933–1939) bemühen, den Widerstand gegen Francos Militärputsch repräsentieren und seine 36jährige Herrschaft bekämpft haben, protestierten energisch. Letzteren wurde die Staatsangehörigkeit durch die Faschisten aberkannt. In einer Presseerklärung brachten die Franco-Gegner

ihre Ablehnung zum Ausdruck, die 1946 von den Vereinten Nationen als Teil der Hitler-Wehrmacht verurteilte „División Azul“ gemeinsam mit den Antifaschisten auftreten zu lassen: „Die ‚División Azul‘ war Teil der 250. Infanteriedivision der Nazi-Wehrmacht und wurde als solche vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal charakterisiert. ... Von 1941 bis 1945 kämpften die ‚División Azul‘, die Spanische Legion und die Fliegerstaffel Salvador an der Ostfront gegen die Sowjetunion.“

Allerdings beurteilt ein 84jähriger Falangist in einem Interview seine Aktivitäten in der Division ganz anders: Er sei nicht an die Front nach Leningrad gegangen, um Hitler zu unterstützen, sondern nur, „um gegen den Kommunismus zu kämpfen“. (Gara vom 13. 10. 2004)

Bonos Geschichtsbild entspricht bundesrepublikanischer Faschismusbewältigung: Meines Wissens bekamen die Angehörigen der „División Azul“ von Anfang an durch die BRD eine Rente, da sie mit Soldaten der Nazi-Wehrmacht gleichgestellt wurden. Dazu ein Gegenbeispiel: Die Frauen und Männer, die in den Internationalen Brigaden gegen den Faschismus kämpften, wurden nie anerkannt, im Ge-

genteil, man verschrie sie im bundesdeutschen Jargon als „Rotspanier“.

Die unheilvolle Verharmlosung des Faschismus durch Bono erfolgt zeitgleich mit der anwachsenden Bewegung für die Anerkennung der spanischen Republik. In 14jähriger Regierungszeit (1982–1996) unter Felipe Gonzalez machte die PSOE keinen Finger für die Würdigung des antifaschistischen Kampfes gegen Franco krumm. Wie sollte sie auch, nachdem sie nach dessen Tod durch ihr Paktieren mit den „neuen“ Machthabern maßgeblich zur Herrschaftssicherung beigetragen hatte, was damals die Hoffnungen vieler Menschen betrog. Die Rufe nach einer zweiten „Transición“ (die erste war der Übergang von Franco zur jetzigen konstitutionellen Monarchie) werden immer lauter. Da besteht für die Sozialdemokraten der PSOE Manöverbedarf.

Auf dieser Linie lag unlängst auch ein anderer Gedenktag. Der erste Sonntag im Oktober wird als Tag der Guerilla gegen Franco begangen, um die vergessenen Kämpferinnen und Kämpfer nach 1939 zu ehren. Unter Verwunderung und Protest wurde der „Día de la guerilla antifranquista“ in „Tag des spanischen Guerilleros“ umbenannt. Abgesehen von der Begriffsreduzierung auf „spanisch“ bedeutet der Verzicht auf das Wort Antifranquismo, dem Widerstand den politischen Hintergrund und seine soziale Basis zu entziehen.

Die Neuausrichtung eines bisher nicht von offizieller Seite beachteten Gedenktages entspricht dem europäischen „Zeitgeist“. Das „Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e. V.“ konstatiert in einer Analyse: „Ein grundlegender, aber durchaus kennzeichnender Mangel des EU-Verfassungsentwurfs ist das Fehlen eines positiven Bezugs auf den gemeinsamen Kampf der europäischen Völker gegen den Faschismus, ... die historische Erfahrung und auf den auch heute hochaktuellen Grundwert des Antifaschismus.“

Ganz im Gegensatz zu den Feiern in Madrid lieferte Francos einstiger „Rasstag“ in Lateinamerika viel politischen Zündstoff. Als „Tag der resistencia indígena“ klagte Venezuela den durch die Spanier an der Urbevölkerung begangenen Völkermord und die Ausplünderung des Kontinents an. Mit der Umbenennung dieses Tages vor drei Jahren zollte Präsident Hugo Chávez gemeinsam mit Indígena-Organisationen dem Widerstand Anerkennung und Ehrung. Die nationale kolumbianische Vereinigung der Ureinwohner rief zu permanenter Mobilisierung und einem politischen Prozeß auf: „Das einzige, woran erinnert werden muß, ist der Beginn unseres Widerstandes gegen die fortgesetzte Ausplünderung, die Invasion und den Völkermord seit 1492“, stellte sie fest.

Isolda Bohler, Valencia

19. Weihnachts-Basar

der Medizinischen Hilfe für Viet-Nam e.V.

29.11. bis 15.12.'04

täglich
von 9 bis 18 Uhr
vor dem
Rathaus Zehlendorf




Unsere Projekte:

1. Provinzklinik Khanh-Hoa in Nha-Trang.
2. Lepa-, Haut- und Aidsklinik der Provinz Khanh-Hoa.
3. Klinik für Psychiatrie.
4. Tbc-Klinik.
5. Reha-Krankenhaus in Nha-Trang.
6. Schule der taubblinden Kinder in Khanh-Hoa.
7. Schule für geistig behinderten Kinder in Khanh-Hoa.
8. Schule für blinde Kinder.
9. Waisenhäuser in der Provinz Khanh-Hoa.
10. Aus- und Weiterbildung von medizinischem Fachpersonal in Viet-Nam und in Deutschland.
11. Wir übernehmen Heilbehandlungskosten für kranke und behinderte Kinder in Deutschland und in Viet-Nam.

Wir verkaufen:

Kunsthandwerk aus Vietnam:
Lackarbeiten, Seidenmalereien, Korbesen, Strofhüte, Keramik, Holzspielzeug und Taschen.

Grüner Tee

Jede Menge Bekleidung
Gold-, Silberschmuck und Uhren
Antiquitäten

Porzellan:

KPM, Meissen, Rosenthal

Jede Menge Trödel
Hippes - Bücher - Schallplatten

Vom Erlös kaufen wir:

- Medizintechnik und orthopädische Hilfsmittel.
- Wir ernähren Waisenkinder, zahlen Schulgeld, übernehmen Ausbildungsstellen.
- Wir finanzieren Aus- und Weiterbildung von medizinischem Fachpersonal.

Fidel Castro:

Zur Bewußtseinsentwicklung der Kubaner

Das Klassenbewußtsein war im Volk nicht entwickelt. Unter den Arbeitern und Bauern gab es aber sozusagen einen Klassegeist. Es gab eine starke Unzufriedenheit mit dem System. Diese war jedoch nicht theoretisch untermauert. Man war gegen die Regierung, gegen alle bis dahin gewesenen Regierungen. Aus welchem Grund? Wegen der Arbeitslosigkeit, des Analphabetentums, der fehlenden medizinischen Betreuung, wegen der Armut und anderer Bürden, die den Bürgern eines jeden kapitalistischen Landes und um so mehr eines schwach entwickelten aufgehalst werden. Wovon man aber nichts

Freiheit erlangt. Doch nicht Freiheit allein wurde errungen. Es verschwand auch Ungleichheit, es verschwanden im Lande Rassendiskriminierung, Diskriminierung der Frau u. a. m. Dies hat das Volk sofort gemerkt.

Nun übernahm eine Regierung das Ruder, die nichts für die Interessen der Reichen übrig hatte und diesen Interessen mächtige Schläge zu versetzen begann. Das war die erste Regierung, die in der Tat Gerechtigkeit übte. Die Schwarzen durften überallhin, wo ihnen der Zutritt früher versagt war: in die Klubs und Kulturzentren, an die Badestrände usw. Alle von der Bourgeoisie und den Yankees verhängten schändlichen und beleidigenden Verbote wurden aufgehoben. Soziale Gesetze wurden verabschiedet. Die Agrarreform war ein Schlag gegen die Großgrundbesitzer und befreite die Bauern von der Zahlung der Pacht. Zugleich schuf sie auch neue Bedingungen für die Arbeiter auf dem Lande. Die Wohnungsmieten und die Stromtarife wurden herabgesetzt. Die Telefongesellschaft wurde unter staatliche Kontrolle genommen. Das Volk erhielt sofort materielle Vorteile. Die Arbeitslosigkeit wurde beseitigt. Volksbildung und Gesundheitswesen rückten in den Vordergrund. Die Nation begann dem Imperialismus den Kampf anzusagen. Betriebe, Banken und Außenhandel wurden nationalisiert.

Jede durchgeführte revolutionäre Maßnahme ent-

wickelte das Bewußtsein. Man erläuterte dem Volk nunmehr alle Probleme, die vor dem Land standen, und begann sich auf das Volk zu stützen. Man klärte es über die Schwierigkeiten, die vorhandenen Ressourcen und überhaupt über alles auf, was ihm verstehen half, daß es früher unter einem Ausbeutungsregime gelebt hatte, ihm begreifen half, was Sozialismus ist. Das Volk verknüpfte alle Umgestaltungen mit dem Sozialismus.

Man pflegte schon zu sagen: „Wenn das Sozialismus ist, so ist er uns willkommen!“ Zuerst wird der Sozialismus akzeptiert und dann nach und nach auch der Marxismus-Leninismus. Anders ausgedrückt gingen hier die Tatsachen den theoretischen Erläuterungen voraus. Dann kam die Zeit auch für diese. Aus jeder Tatsache,

aus jedem Ereignis wurden Lehren und Schlußfolgerungen gezogen.

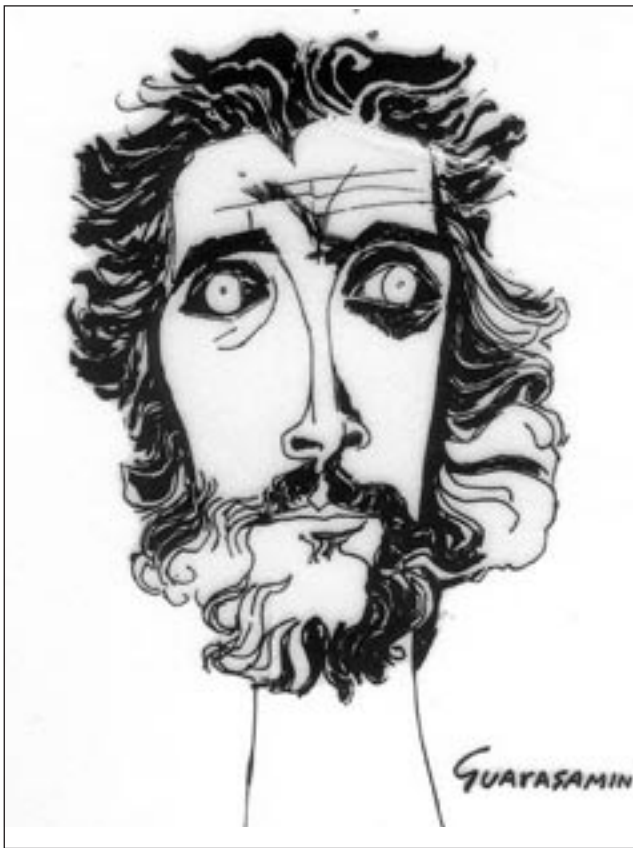
Allerdings mußte der Antikommunismus beharrlich bekämpft werden. Zu dieser Frage hieß es häufig Stellung nehmen, wofür Fernsehen, Rundfunk und alle anderen Massenmedien genutzt wurden. Hatte doch der Gegner sogleich versucht, unsere Reihen zu spalten, noch vorhandene Vorurteile auszuschlachten. Doch von der Politik der Einheit wurden keine Abstriche gemacht.

Bei uns auf Kuba war natürlich eine besondere Situation entstanden: Während des Krieges konnten wir wegen der internationalen Lage nicht den Sozialismus und den Marxismus-Leninismus propagieren. Ansonsten hätte dies zur Abwürgung der Revolution durch die Amerikaner geführt. Ja, auch das Volk war dazu noch nicht reif und hätte uns nicht verstanden.

Unsere Gegner haben ausgiebig die These strapaziert, die Revolution sei verraten worden, weil wir mit den Kommunisten liiert waren. Indes ist es doch so, daß die Verwirklichung des Moncada-Programms – Agrarreform, städtische Reform, soziale Gesetzgebung u. a. – schon an sich den Klassenkampf verschärfte und den Widerstand der konterrevolutionären Kräfte auslöste. Und wenn der Klassenkampf sich verstärkt, so gruppieren sich die Bauern, die Arbeiter und alle Armen auf der einen und die Reichen auf der anderen Seite. Es kam zu einer Abgrenzung der Lager.

Was dabei höchst interessant ist: Der Antikommunismus stürzte im Verlaufe dieses Kampfes wie ein Kartenhaus zusammen. In unserer Rebellenarmee hätte sich, soviel ich weiß, wohl nicht einmal ein einziges Prozent von Kämpfern gefunden, die vom Sozialismus und Kommunismus eine Vorstellung hatten. Das waren Arbeiter und Bauern, auch solche mit starken Vorurteilen. Dieses Problem wurde ebenfalls sehr behutsam gelöst. Kamen bei diesen Genossen Zweifel auf, bereiteten sie Schwierigkeiten, so war das noch lange kein Grund, sie davonzujagen. Wir arbeiteten mit ihnen konsequent, überzeugten und erzogen sie mit großem Respekt. Hatten sie doch ihr Lebtage lang zu hören bekommen, der Kommunismus sei etwas Schlechtes, etwas Schreckliches usw. So war das eine Art bedingter Reflex. Und heute kann ich sagen, daß diese Genossen führende Parteifunktionäre, Staatsmänner, Heerführer, Mitglieder der Kommunistischen Partei sind. Ich halte dies für sehr bemerkenswert. Mir scheint, daß es der Aufmerksamkeit gegenüber den Menschen, der Geduld und der Nichtzulassung von Machtmißbrauch zu verdanken ist. Ich meine, das hat eine sehr wichtige Rolle gespielt, weil die Menschen nicht den Glauben an die Revolution verloren hatten.

Aus „Kommunist“, Moskau, Nr. 15/78



Der junge Castro (1960)

wußte, das waren die sozialen und historischen Ursachen, d. h. die wissenschaftliche Begründung all dieser Erscheinungen. Doch das Volk war gegen das damalige Regime. Manchmal sage ich, es besaß ein klassenmäßiges Unterbewußtsein, einen Klasseninstinkt. Die Menschen hatten die tieferen Ursachen ihrer Lage nicht begriffen, weil kaum jemand von ihnen die Möglichkeit besaß, den Marxismus zu studieren, der alle diese Probleme erklärt. Anders gesagt: Man erhob sich gegen das System, ohne jedoch zu wissen, daß dieses System Kapitalismus heißt.

Die Revolution hat die Militärdiktatur Batistas gestürzt und dem Volk wirkliche Macht übertragen. Die Arbeiter und Bauern, die die Waffen in ihre Hände nahmen, wurden überall Repräsentanten der Macht. Mithin hat das Volk wahre

Jeremias Gotthelf: „Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit der Regierenden“

„Die Welt und nicht Ehrgeiz und Fleiß haben mich zum Schriftsteller gemacht. Sie drückte so lange auf mich, bis sie Bücher mir aus dem Kopf drückte, um sie ihr an die Köpfe zu werfen.“ Mit diesen Worten schätzte Jeremias Gotthelf den Einfluß des Geistes seiner Zeit auf sein Werk ein. Er verstand sich nicht als passiver Beobachter, sondern als Streiter für eine bessere Welt, wenn er hinzufügte, „es kommt mir aber immer vor, als sei mein Schaffen kein Schreiben, sondern ein Fechten“.

Jeremias Gotthelf, der eigentlich Albert Bitzios hieß, wurde am 4. Oktober 1797 in der Ortschaft Murten im Schweizer Emmental geboren. Unter dem Einfluß der Französischen Revolution kam es auch in seiner Heimat zu heftigen politischen und sozialen Auseinandersetzungen. Die Helvetische Republik entstand, die alte Eidgenossenschaft verschwand, und aus der revolutionären Bewegung von 1848/49 ging der neue Bundesstaat mit einer liberalen Verfassung hervor. Diese Zeit bestimmte Leben und Handeln des Dichters, der ebenso als Theologe, Reformator und Politiker wirkte. Als Pädagoge – er hatte das Amt eines Schulcommissärs inne, was heute hierzulande einem Inspektor vergleichbar ist – stand er in der Nachfolge seines Landsmannes Pestalozzi und hatte die Vision einer Gesellschaft, in der sich der Mensch frei entwickeln und keiner Obrigkeit unterworfen sein sollte.

In Schilderungen sowohl von Zeitgenossen als auch von späteren Literaturkritikern erscheint Gotthelf als eine schillernde, faszinierende und bis heute kaum nachahmbare Persönlichkeit: als gründlicher, vor allem aber unbequemer Beobachter, Kritiker und Mahner, dessen Schriften von tiefem Gefühl zeugten, denen aber auch Humor nicht fehlte. Mit scharfer Zunge, die an Thomas Müntzer erinnerte, prangerte er die auf Unterwürfigkeit erpichte Obrigkeit an, ihre „Advokaten, Juristen und sonstiges Pack“, die Gesetze machen, „daß wir die Schwerenoth kriegen möchten und der Teufel Bauchweh“. Zum Echo seines Schreibens unter Volk und Regenten hielt er fest: „Bin beliebt und verhaßt, vielen gleichgültig. ... Der ‚Basler Bote‘ schilt mich unchristlich und warnt die Leut vor meinen Büchern.“

Als Gotthelf am 22. Oktober 1854 mit nur 57 Jahren starb, hinterließ er, der erst mit 40 die schriftstellerische Laufbahn einschlug, ein Werk, dessen Gesamtausgabe auf 42 Bände anwuchs. Sie enthalten alle Dichtungen, darunter 13 Romane, 50 Erzählungen, Briefe, Zeitungsartikel und Streitschriften sowie seine Predigten als Pfarrer in Lützelflüh von 1832 bis zu seinem Tode. Die bedeutendsten Romane sind: „Der Bauernspiegel oder die Lebensgeschichte des Jeremias Gotthelf“ und „Wie Ulli der Knecht glücklich wird“, die den deutschsprachigen Bauernroman begründen, gefolgt von der Erzählung „Elsi,



die seltsame Magd“, „Leiden und Freuden eines Schulmeisters“ sowie „Geld und Geist“, die als erste zu nennen sind, wenn von seinem Platz in der Weltliteratur die Rede ist. Seine populärste Erzählung „Die schwarze Spinne“ wurde 150mal verlegt und in zahlreiche Sprachen übersetzt. Er schrieb sowohl in Hochdeutsch als auch in Berner Mundart. Mehrere seiner Romane wurden verfilmt.

Das Schaffen Gotthelfs, der mit Balzac, Thackeray, Walter Scott, Fritz Reuter, Hebel, Hebbel und selbst mit Rousseau verglichen wurde, widerspiegelt neben christlich-konservativen Zügen in einem einzigartigen Realismus vor allem seine gesellschaftskritische Haltung gegenüber Heuchelei und Lüge, Egoismus und Habsucht. Daß sich Gotthelfs Darstellung, wenn er vom Kampf zwischen Gut und Böse schrieb, zuweilen ins Mythische steigerte, tat dem rebellischen Geist seiner Gestaltung keinen Abbruch.

Viele Große der Literatur, Philosophie oder Geschichte haben Gotthelf gewür-

digt. Gottfried Keller nannte ihn „einen vortrefflichen Maler des Volkslebens“, der „ohne alle Ausnahme das größte epische Talent war, welches seit langer Zeit und vielleicht für lange Zeit lebte“. Hugo von Hoffmannsthal ging in seinem Briefwechsel auf ihn ein, und Ricarda Huch widmete ihm einen Essay. Ernst Bloch verfaßte die Betrachtung „Hebel, Gotthelf und bäuerliches Tao“.

Den gesellschaftskritischen Höhepunkt seines Schaffens erreichte Gotthelf wohl, als er im „Schulmeister“ die „Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit der Regierenden“ kritisierte, die „gar nichts mehr sehen und schmöcken, als wer vor ihnen sich beuge, ihnen ‚Ja, ja‘ sage mit demütiger Gebärde“. An anderer Stelle fragt er, ob „wohl der Staat um des einzelnen willen da ist oder der einzelne um des Staates willen. Ist die Vervollkommnung des Menschen oder die Ausführung einer Staatsidee Zweck des irdischen Lebens?“

Den 200. Geburtstag vor sieben Jahren erlebte ich – wir wohnten zu dieser Zeit an der Schweizer Grenze – vor Ort. Ich hatte damals Gelegenheit, dem Präsidenten des Schweizer Komitees zum Gotthelf-Jahr, Fritz von Gunten, zu begegnen. In seiner Eröffnung der Feierlichkeiten hatte er ausgeführt: „Das Jubiläumsjahr soll der heutigen Generation Ansporn geben, sich ebenso engagiert mit Fragen und Problemen unserer Zeit auseinanderzusetzen, wie es Gotthelf in seinen Werken vor über 150 Jahren tat.“ In bundesdeutschen Ländern wurde damals das Jubiläum des deutschsprachigen Dichters der Weltliteratur kaum gewürdigt. „Neues Deutschland“, dem ich einen Beitrag anbot, sah keinen Anlaß. Ich kam ins Grübeln. Hatte ich mit dem angebotenen Titel „Geburts-tag eines Regierungsverdrossenen“ Anstoß erregt?!

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Am 6. Dezember um 18.00 Uhr

stellt RF-Chefredakteur
Dr. Klaus Steiniger
in Leipzig, Braustraße
(Liebknecht-Haus),
sein neues Buch

**Bei Winston
und Cunhal**

vor.

An die Veranstaltung, an der auch
Vertriebsleiter **Armin Neumann**
teilnimmt, schließt sich ein
vorweihnachtliches gemütliches
Beisammensein an.

Neues aus Berlin

Der „RotFuchs“-Vertrieb bietet den Regionalgruppen und allen Lesern folgende Materialien an:

1. Josef Schleifstein: Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin (Vom Vorstand des Fördervereins empfohlenes Studienmaterial)
2. Kunstmappe mit 30 politischen Grafiken von Klaus Parche
3. Kleine Faltnappe mit 15 Postkartenfotos von Marx, Engels und Lenin

Bestellungen bei RF-Vertriebsleiter
Armin Neumann (030/654 56 34)

Im September ist bei Suhrkamp ein Buch unter dem sensationen versprechenden Titel „Neues vom Herrn K.“ herausgekommen. In Berlin wurde in diesem Zusammenhang eine Ausstellung gezeigt.

Verstaubte USA-Kaffee-Kartons mit Manuskripten, Briefen und Notizen von Bert Brecht waren 2001 überraschend in Zürich entdeckt worden. Ein literarisch-politisches Weltereignis. Erweiterte Forschung zur Dialektik und zu den Beweggründen des bedeutendsten deutschen Dichters der sich explosiv wandelnden Gegenwart wurde möglich. Von Marx und Lenin ausgehende Anstöße sind noch deutlicher geworden, vor allem auch Brechts kritische Verquickung mit der DDR. Überaus aufschlußreich: Die im Fund erhaltenen fünfzehn knappen, widerspruchsvollen gestaltenden, bisher unbekanntenen neuen „Geschichten des Herrn Keuner“.

Keuner ist ein Sprachrohr des Autors, eine Spiel- und Projektionsfigur, rauh, kantig, irritierend, namentlich bekannt und zugleich anonym, eine ironische Brechung, ja Verfremdung der Intentionen Brechts.

Die Entdeckerin des Schatzes, Marina Mertens, hat in einem Interview mit dem Autor dieses Beitrags, das am Rande einer Pressekonferenz der Akademie der Künste stattfand, die Dinge ebenso konzentriert wie plastisch präzisiert. Ihre Aussage ist zum Teil des Hinterlassenschaftsabenteurers geworden. Nach dem Tod der Mutter habe sie beim Räumen ihrer Wohnung im Kleiderschrank des Hinterzimmers einen Päckchen Papier gefunden. Erst nachdem sie die in mehr als fünf Jahrzehnten brüchig gewordene Umhüllung entfernt hatte, wurde ihr der geschichtsträchtige Inhalt bekannt. Wie Marina Mertens berichtete, habe sie eilends die Zuständigen in Berlin verständigt und für dauerhafte Sicherung der wertvollen Dokumente gesorgt.

Inzwischen hat das B.-B.-Archiv der hiesigen Akademie das umfangreiche Konvolut mit wichtigen handschriftlichen Anmerkungen wissenschaftlich ausgewertet. Zugleich brachte der Brechts Werk seit langem eng verbundene Suhrkamp-Verlag eine ausgezeichnete erste Publikation „Neues vom Herrn K.“ heraus, das der Leiter des B.-B.-Archives in der Akademie der Künste, Dr. Erdmut Wizisla, besorgte. Viele etwas verkleinerte Farbkopien stellen im Rahmen der Ausgabe bemerkenswerte Nähe zu Bert Brecht her.

Noch ein Wort zur Vorgeschichte: B. B. hatte nach Kriegsende sein ihn immer mehr bedrückendes Exil in den USA verlassen und die Rückreise nach Berlin angetreten. Zwischenstation machte er bis 1949 in Zürich. Als Kommunist wurde er vom Schweizer Staatsschutz belästigt. Ihm und seinen Angehörigen boten die Brecht aus Zusammenarbeit bekannte Autorin und Dok-Filmerin Renata Mertens-Bertoluzzi und deren Ehemann in ihrer Wohnung bei Zürich Gastfreundschaft. Brecht schilderte Renata als „Wissenschaftlerin von Distinktion“. Vor seiner Abreise deponierte er bei ihr Texte, Unterlagen und Korrespondenz. Er verpackte alles in jene Kartons, in denen während der Kriegsjah-

Herr Keuner im Kaffee-Karton

re Kaffee als Geschenk versandt worden war. Über den Inhalt wahrte Renata verabredungsgemäß Stillschweigen.

Aufregende Jahre vergingen, Brecht starb, ohne auf die Päckchen zurückzukommen. Erst nach dem Tod von Frau Mertens-Bertoluzzi im Dezember 2000 wurden sie bei gründlichem Aufräumen unvermutet gefunden.

Eine kleine Leseprobe aus den neuen Keuner-Texten:

„Für gewöhnlich“, sagte Herr K., „sucht ein Mörder sich mit dem Nachweis zu entschuldigen, daß er den Mord unbedingt begehen mußte, wenn er weiterleben wollte. Die deutschen Kapitalisten, die immer wieder Kriege machen, welche übrigens immer wieder verloren werden, meiden die Entschuldigung, sie müßten sie machen, wie die Pest. Warum? Weil das hieße, der Kapitalismus kann nicht existieren ohne Krieg. Was die Wahrheit ist und der Grund dafür, daß man ihn abschaffen muß.“ „Das heißt, sich das Argumentieren leicht machen“, sagte ein Hörer. „Das ist meine Absicht“, sagte Herr K.

„Ich bin für den Polizeistaat“, sagte Herr K. „Was?“, rief ein Hörer, „haben wir nicht zwölf Jahre einen Polizeistaat gehabt?“ Herr K. antwortete: „Zwölf Jahre lang haben Verbrecher als Polizei gegen die anständigen Menschen gestanden. Sie sind abgesetzt, aber nicht verschwunden. Wenn sich jetzt die anständigen Menschen weigern, als Polizei gegen diese Verbrecher Dienst zu tun, was werden diese tun?“ „Aber wo bleibt die Freiheit?“, sagte der Hörer. „Das ist sie“, sagte Herr K. traurig.

In einer Szene, die auch in der Mappe „geschichten vom hk“ überliefert ist, liest Keuner den Kameraden aus dem kommunistischen Manifest vor. Keuner bekämpft Anarchismus, Radikalismus und Opportunismus, heißt es – das macht ihn Lenin vergleichbar.

Übrigens befindet sich unter den in Zürich gefundenen Papieren auch Brechts Vorschlag „für die Bibliothek der Nationalen Volksarmee“.

Fritz Teppich



Wir sind überwältigt

Auf unsere Bitte an die Leserinnen und Leser, dem „RotFuchs“ ein Weihnachtsgänschen zu spendieren (um sein weiteres Erscheinen zu gewährleisten), hat es eine sehr starke Resonanz gegeben.

Wir betrachten das als Ausdruck enger Verbundenheit mit der Sache, für die wir stehen.

Herzlichen Dank!

Parteien schreiben ihre Geschichte gern selbst – in einer Mischung aus Eloge, Apologie und Hagiographie (Heiligenverehrung). Die Berliner Nachkriegs-Sozialdemokratie hat in dieser Beziehung Beachtliches aufzuweisen, dem man in Teilen gewiß auch wissenschaftliche Seriosität nicht absprechen kann. Die fällige Hagiographie ist erwartungsgemäß auf die beiden stadtregerenden Lichtgestalten Ernst Reuter und Willy Brandt fixiert.

Im Schlagschatten von Lichtgestalten geistern allerdings stets tragische Figuren herum (darf an Franz Neumann erinnert werden?) – und Unpersonen. Derer ermangelt es der Berliner SPD nicht gerade; genannt seien nur Curt Swolinzky, Karl Germer, Willi Kressmann ... Ganz gestrichen aus der parteioffiziellen Erinnerung ist auch der erste nach den NS-Jahren frei gewählte Berliner Oberbürgermeister, der prominente SPD-Kommunalpolitiker Otto Ostrowski (1883–1963).

Die Antwort auf das Warum darf man natürlich nicht von der SPD erwarten. So blieb es einem links von ihr stehenden Autor überlassen, sie zu geben. Mit der jetzt vorliegenden ersten selbständigen Biographie des Protagonisten hat der Verfasser Norbert Podewin explizit den Schleier von einem der unerfreulichsten Kapitel an parteipolitischen Intrige, personeller Kabale, schamloser Verdächtigung, lügnerischer Verleumdung und vorausseilendem Gehorsam in und von einer Partei gezogen, der bei den freien Wahlen am 20. 10. 1946 immerhin rund die Hälfte aller Wähler ihr Vertrauen geschenkt hatte: ein würdeloser Skandal in der Nachkriegsgeschichte Berlins, der gezielt der Vergessenheit zu überlassen war.

Um den für eine Kandidatur bei den Oktoberwahlen zwei Monate zu spät nach Berlin zurückgekehrten Ernst Reuter im Sinne von dessen Absprache mit dem „großen Alten in Hannover“ (Schumacher) zum Frontmann der Berliner SPD zu machen und zugleich Briten und Ameri-

kanern zu Willen zu sein, die in Reuter „ihren“ Mann im zum weltpolitischen Brennpunkt mutierenden Berlin sahen und entsprechende Fäden zogen, stürzte die Berliner SPD-Führung ihren eigenen, als erfahrenen Kommunalpolitiker – zu Recht – hochgelobten Spitzenvertreter. Sie zwang ihn mit Blick auf eine neue OB-Wahl zugunsten Reuters zum Rücktritt – mit der ursprünglichen (später ummani-

Westrowski. Der präsentierte sich dann mit dem nötigen Rückenwind in Ernst Reuter, dessen Kandidatur a priori als Provokation gegenüber der sowjetischen Seite angelegt war.

Schöne Einblicke in das Netzwerk personellen Rangierens auf SPD-Gleisen bietet das Spiel um die versuchte Abschiebung des verbitterten Ostrowski auf ein Bürgermeisteramt in den Westzonen: Ein in

Eine Politintrige: Der Fall Ostrowski

pulierten) Begründung, er habe als Oberbürgermeister (!) einseitig – d. h. ohne Plazet der SPD-Oberen – Verhandlungen mit dem sowjetischen Stadtkommandanten geführt ... (Notabene: Es ging darum, das Los der unter Hunger und eisiger Kälte leidenden Berliner zu erleichtern!) Nie wurde die Frage aufgeworfen, wie viele alte und einsame Berliner infolge dieser politisch motivierten Blockadehaltung der Ostrowski-Opponenten dem berüchtigten Hunger- und Kältewinter 1946/47 zum Opfer fielen. Auch P. hält sich bei diesem Thema vornehm zurück. Dagegen nennt er den eigentlichen Sinn der heimtückischen politischen Hinrichtung eines sich dem Wohl der Gesamtheit verpflichtet fühlenden Stadtoberhauptes klar beim Namen. Noch Ende Januar 1947 ganz einverstanden mit Ostrowski, reagierte die Berliner SPD-Führung im Februar bei dessen Weigerung, parteipolitische Konfrontationsspiele mitzumachen, mit seiner internen Benennung als „Zentrowski“, um dann nach barschen Anweisungen aus der US-Stadtkommandantur zu dem von Interessierten um Reuter gezielt lancierten parteiinternen Slogan zu gelangen, benötigt werde kein Ostrowski, sondern ein

dieser Richtung geäußelter Wunsch der Berliner SPD hatte keine Chance angesichts der alles entscheidenden Autorität Schumachers, und dem war natürlich hinterbracht worden, daß Ostrowski in der Debatte um die Fusion mit der KPD explizit verweigert hatte, sich einen Schumacher-Anhänger nennen zu lassen.

P. S. Die Ostrowski-Biographie bietet natürlich weit mehr Aspekte zum Leben eines Vollblut-Kommunalpolitikers. Sie hält u. a. auch tiefe Einblicke in die Eigenkonstruktion von Opfer-Mentalität und Selbstverständnis hinsichtlich persönlicher Widerstands-Aura bereit – ihr Kernpunkt aber bleibt die höchst lebendig geschriebene Schilderung einer Polit-Intrige, deren weltpolitische Implikationen sich dem Protagonisten wohl bis zu seinem Lebensende nicht erhelten.

Dr. Kurt Wernicke

Unser Autor war stellvertretender
Direktor des Museums für Deutsche

Geschichte

Norbert Podewin: *Otto Ostrowski – der gelöschte Oberbürgermeister. Ein Schicksal im Berlin des Kalten Krieges.* Berlin, edition luisenstadt 2004, 298 S., 7,- Euro. ISBN 3-89542-143-X



Flick: „Eines Gauners Erbe“ stellt aus

Prof. Micha Brumlik, Direktor des Fritz-Bauer-Instituts für Holocaustforschung, bezeichnete den Auftritt Gerhard Schröders bei der Ausstellungseröffnung der „Friedrich Christian Flick Collection“ am 21. September im Hamburger Bahnhof, dem Museum für Gegenwart der Staatlichen Museen zu Berlin – Stiftung Preussischer Kulturbesitz, als „ausgesprochenen Skandal“.

Der Kanzler der BRD betonte, die Sammlung sei in Berlin „politisch erwünscht“. Er versuchte damit, die heftig und kontrovers geführte Diskussion in den Medien in eine bestimmte Richtung zu lenken: Man will die für sieben Jahre als Leihgabe an das Museum übertragene Privatsammlung (mehr als 2000 Werke von 140 Künstlern aus Europa und Nordamerika) als unverzichtbar und bedeutungsvoll für die Stadt erklären.

Es trifft den „Zeitgeist“, wenn für den Anlaß der Präsentation der Sammlung ein direkter Verweis auf den Zusammenhang von Kunsterwerb und notwendigem Kapital in der Ausstellung ebenso fehlt wie ein Kommentar zur Ära des Wirtschaftswunders in der BRD, die nicht auf „erfahrene“ Leute aus der Nazi-Elite verzichten wollte.

Im Bewußtsein manch älterer Bürger ist vielleicht noch der Ausspruch des Hieronymus (um 340–420): „Dives aut iniquus aut iniqui heres“, was in freier Übersetzung meint: „Der Reiche ist entweder ein Bösewicht oder eines Gauners Erbe.“ Zu allgemein ist die Äußerung des Präsidenten der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Prof. Klaus-Dieter Lehmann, die Kunst habe ihre eigenen geistigen Räume. Die Erweiterung dieses Satzes durch den Kurator der Ausstellung und Direktor des Museums der Gegenwart, Kunst setze sich „über episodenhafte Ereignisse der Geschichte hinweg“ (50 Millionen Tote!) im „Tagesspiegel“ vom 19. 5. 2004, läßt ernsthafte Zweifel aufkommen.

Der „Sammler“ Friedrich Christian Flick zitiert auf sich selbst bezogen in der „Welt am Sonntag“ vom 20. Oktober 2002 den von ihm favorisierten Künstler Francis Picabia: „Der Kopf ist rund, damit das Denken seine Richtung ändern kann.“ In der großen Eingangshalle des Hamburger Bahnhofs, wo der Schöpfungsmythos thematisiert wird, entgeht dem Besucher wegen seiner Auffälligkeit nicht das Paar „Adam und Eva, Apfel-Köpfe“.

Der biblische Sündenfall, bisher als ein Akt des menschlichen Erkenntnisstrebens gesehen, wird mit dem Ersatz der Köpfe durch übergroße Äpfel zu einer Metapher der Verblödung des heutigen Menschen. Während Paul McCarthy sich jedoch seiner Umwelt mit ironischer Kritik nähert, befällt den aufmerksamen Besucher bei einem Rundgang Trauer um die Ratlosigkeit der Künstler in ihrer Gesellschaft.

Der Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin geht sogar so weit, diese Ausleihe als einen Ersatz für die verlorenen, von den deutschen Faschisten als

„entartet“ beschlagnahmten Kunstwerke für die Museen zu sehen. Aber, war es tatsächlich nur das ästhetische Unverständnis des „normalen“ Besuchers, das „gesunde Volksempfinden“, das faschistische Demagogie zur Begründung für Verurteilung und Vernichtung der Kunstwerke benutzte, oder waren es nicht die jüdischen und die „linken“ Künstler, die sich häufig in direkter Gegnerschaft zur herrschenden Macht sahen und die es, wie ihre Werke, zu vernichten galt?

Der Direktor des Museums der Gegenwart im Hamburger Bahnhof betont die „freie Hand“, die der Sammler dem Museum läßt. Das bezieht sich sicherlich nicht nur auf die kunsthistorische Autorität der verantwortlichen Museumsmitarbeiter; damit wird auch die Verantwortung für eine ideologische Bildungsarbeit an das Museum delegiert, die es wahrzunehmen zwar verpflichtet ist, unter Umständen aber gar nicht allein leisten kann.

Forschungsaufträge zur Familiengeschichte der Flicks zu vergeben, ist sicher nicht ganz unwichtig. Neue Ergebnisse benötigen aber ihre Zeit, zumal: „Was man heute schon weiß, ist beklemmend genug.“ Damit kommt Thomas Ramge zu Wort. („Die Zeit“ vom 12. 8. 2004) Seine deutsche Familienchronik über Geld, Macht und Politik „Die Flicks“ (Campus Verlag, 24,80 Euro) bringt noch einmal eine notwendige Einführung zum Verständnis einer Sammlungsgeschichte, deren Akteur „Erbe eines Vermögens ist, das seinen Ursprung in einer brutalen Mesalliance mit dem deutschen Faschismus hat“. (Leserzuschrift im „Tagesspiegel“ vom 26. 9. 2004) Der eine oder andere ehemalige DDR-Bürger besitzt vielleicht noch das 1980 im Verlag der Nation erschienene Buch von Manfred Ohlsen „Milliarden für den Geier oder Der Fall des Friedrich Flick“, das Friedrich Christian Flick bis wenige Wochen vor seiner Ausstellungseröffnung nicht kannte (!).

Zu vermissen ist eine begleitende historische Ausstellung. Daß in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen schnell auf die von antifaschistischen Kritikern geforderte „Aufklärung“ über die Verflechtung der Großindustrie und somit die des in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilten Friedrich Flick mit den deutschen

Faschisten hätte reagiert werden können, hat der Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen bewiesen. Er hat der Tafelausstellung „Zwangsarbeit in Berlin 1938–1945“ das „Beispiel Flick“ hinzugefügt.

Auf einer der neuen Tafeln liest man: „Der Kampf des Reiches gegen die vernichtenden Kräfte des Bolschewismus wird mehr und mehr eine europäische Angelegenheit. Erstmals in der Geschichte dieses Kontinents beginnen sich, wenn auch in manchen Ländern noch als kleine Ansätze, die Umriss einer europäischen Solidarität abzuzeichnen.“ (Sonderdienst der Reichspropagandaleitung, 1943)

In Millionenhöhe wird durch die Stadt Berlin und die Museen für die „Kunstaussstellung“ von Friedrich Christian Flick Geld ausgegeben, noch weitere sieben Jahre lang, was viele andere Projekte verhindern und einschränken wird. Die Verantwortlichen für das Zustandekommen der Ausstellung „F. C. Flick Collection“ aus Kultur und Politik Berlins und des Bundes haben nahezu gleichzeitig Entscheidungen über den Neubau für die 1987 erstmalig gezeigte Ausstellung „Topographie des Terrors – Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt“ treffen müssen. Die Ausstellung dokumentiert die Geschichte des ehemaligen Prinz-Albrecht-Geländes, auf dem sich die Terrorzentrale des deutschen Faschismus befand. Der Name Flick taucht hier auf einer Spendenliste des „Freundeskreises Himmler“ aus dem Jahr 1943 mit 100000 RM auf. Es war nicht die einzige Spende des Wehrwirtschaftsführers. Die Grundsteinlegung für einen repräsentativen Neubau am 8. Mai 1995, dem 50. Jahrestag des Kriegsendes, sah seine Fertigstellung für 1997 vor. In diesem Jahr jedoch wurde die provisorische Ausstellungshalle abgerissen, 1999 kam der Neubau wegen Verdreifachung der Kosten ins Stocken; am 25. Mai 2004 endlich beschlossen Bund und Berlin einen Neuanfang ohne den zu teuer gewordenen Stararchitekten. 38,6 Millionen Euro hatten die Beteiligten zur Verfügung gestellt, 15 Millionen wurden bereits verbaut. Ein Neuanfang ohne absehbares Ende? Wie wäre es denn mit einer „Spende“, einer materiellen Unterstützung durch die Erben des Flickvermögens?

Dr. Ruth Strohschein

1. Lesertreffen in Stralsund

Am 10. November trafen sich 30 „RotFüchse“ aus den Kreisen Stralsund, Bergen, Grimmen und Greifswald in der Hansestadt. Die freimütige und solidarische Aussprache, an der Kommunisten und Sozialisten mehrerer linker Parteien sowie parteilose Genossen teilnahmen, signalisierte die wachsende Verbreitung des RF im Nordosten des Landes. Harry Machals und Uwe Kramp von der Rostocker Regionalleitung sowie RF-Chefredakteur Klaus Steiniger und Vertriebsleiter Armin Neumann nahmen an der Beratung teil.

Unvergessener Horst Bastian

Ehrfurcht und Liebe für die arbeitenden Menschen reflektieren sich in Horst Bastians Büchern. „Gebraucht zu werden ist der Anfang zu allem Glück“, äußerte er 1985 in einem Interview. Der Schriftsteller wäre am 5. Dezember 65 Jahre alt geworden, verstarb aber viel zu früh erst 46jährig am 13. April 1986.

Sein Lebenswerk läßt sich schwerlich in Ziffern fassen, erheischt Respekt, zumal es Kinder- und Jugendbücher, Hörspiele, Reportagen, Fernsehfilme, Kriminalromane und den fünfbandigen Romanzyklus „Gewalt und Zärtlichkeit“ umfaßt. Sein erstes „Drehbuch“ sandte er mit 16 Jahren zu einem Wettbewerb. Mit 18 entschied er sich, Schriftsteller zu werden. Das Debüt „Die Moral der Banditen“ (1964) des damals 24jährigen glich einem Paukenschlag, dem die „Wegelagerer“ (1968) folgten. Erwin Stranka verfilmte „Die Moral der Banditen“ 1976 für die DEFA.

1970 begann Horst Bastian mit seinem großen Romanwerk „Gewalt und Zärtlichkeit“ (1974, 1978, 1981, 1985), das ihn bis zu seinem Tode beschäftigte. In diesem Zyklus, der mit jedem Band an Popularität gewann, gestaltet der Autor auf fast 1500 Seiten das Wachsen und Werden junger Menschen und deren Schicksale. In der Figur des Max Spinnt teilte er mehr als irgendwelche Wirklichkeitsbeobachtungen mit, bot er Antworten auf Lebensfragen an. So ließ er seinen Helden immer dort hin gehen, wo er am nötigsten gebraucht wurde, letztlich nach Vietnam. Mehr als die spannende Aufklärung eines Mordes stellte der Schriftsteller in seinem Roman „Nicht jeden Tag ist Beerdigung“ (1980) vor. Er erschien bereits 1979 in Fortsetzungen in der NBI. Aus Bastians Nachlaß brachte der Verlag Neues Leben den fünften Band „Gewalt und Zärtlichkeit“ (1987, ein Fragment) und das Nachlesebuch „Barfuß

ins Vaterland“ heraus. Im letzteren, das er noch selbst zusammenstellte, waren seine publizistischen Arbeiten vereint. Darunter finden sich Reportagen, Artikel und Porträts.

Ein Stiller war Horst Bastian nie, Gleichgültigkeit, Drückebergerei und politische Indifferenz brachten ihn in Harnisch. Es zog ihn zu den Trassebauern, Soldaten und Stahlwerkern. Im Café „Warschau“ füllte er in akkurater Millimeterschrift seine Notizbücher. Er wollte immer Geschichten schreiben für jene, die Geschichte machten. Seine Helden wurden folglich für viele Leser zu Freunden und Vorbildern. Bastian war ein Schriftsteller mit einem unverwechselbaren Stil. Er schuf literarische Figuren, mit denen sich der Leser im Bunde wußte.

Horst Bastian wurde für sein literarisches Schaffen u. a. mit dem Nationalpreis, dem Kunstpreis des FDGB und dem Theodor-Körner-Preis ausgezeichnet.

Dieter Fechner

Zwei Lyriker aus Thüringen

Die Rede soll sein von Lydia Kuhnt aus dem Ilmkreis und von Rudi W. Berger aus Greiz. Beide sind von Erfahrung geprägte Menschen mit hellhörigem Gespür für die Abgründe des Lebens, die sie auf ihre Weise ausgekostet haben. Aber sie sind dennoch erfüllt von der Glut jener Idee, die sich einfach nicht auslöschen läßt: Sozialismus als Menschenzukunft.

Natürlich sind beide geprägt von dem knappen halben Jahrhundert DDR, dem Kampf um ihren Bestand, dem Ringen um ihre Gestaltung und der Trauer um ihren Verlust. Aber damit geben sich weder die eine noch der andere zufrieden.

Rudi W. Berger thematisiert in seinen Versen, die grundsätzlich auf jeden Reim verzichten, oft Gegenstände und Themen gesellschaftlicher Bedeutung: den volkseigenen Betrieb, dessen Abriß er miterleben muß; die LPG, die eine beachtliche Produktivität entfaltete und dabei den Genossenschaftsbauern das Gefühl der Selbstverwirklichung gab; die vielfältigen beruflichen und persönlichen Perspektiven und die Gewißheit ihrer Erreichbarkeit für die Masse der DDR-Bürger. In manchen Gedichten lotet er auch die Hintergründe und Wurzeln dieses Geschichtsabschnitts aus, dessen Ende so manchen Seelengrund aufriß. Da wird die Reue des alten Genossen erfahrbar, der seiner eigenen Fehler gedenkt, aber auch der Zorn über den Renegaten, der sich in Schabowski-Manier wendet. Er ringt um die Bewahrung des eigenen Blicks auf die selbsterlebte Geschichte. Mit Verachtung wird die Inbesitznahme von LPG-Land durch Alt-Eigentümer kommentiert, und mit schmerzender Anteilnahme der Freitod des weggemobten Vorsitzenden. Berger rechnet auch ab mit Hypotheken der deutschen Vergangenheit wie Landsergehabe und militaristischem Klimbim. Aber er kennt auch die Alt- und

Uraltguthaben unserer Geschichte: Er erinnert an Lenins revolutionären Scharfblick und schreibt eine Hommage an den Arbeiterpräsidenten Wilhelm Pieck. Viel Persönliches und Ureigenes durchzieht seine oft originellen und sprachmächtigen Wendungen. Und er verschweigt auch Intimes nicht: den Ort, an dem er begraben sein möchte und die Gewißheit, daß es eine Auferstehung geben wird – nicht wie sie ein mirakelsüchtiges Christentum beschwört, sondern im Sinne Fürnbergs, der „mit den Maulwürfen“ in einem neuen Frühjahr wiederzukehren gedenkt. Sein Lob auf das genaue Wort mag die Art seiner Poesie charakterisieren:

Ziel und triff
Mut und Wissen
dem Worte geben
Glanz und Schliiff.
Der Arroganz
aufs Leder,
der Trägheit
auf den Pelz,
der Falschheit
in die Glieder ziel
und triff.

Ähnlich und doch wieder anders sind die Worte und Sätze, die Lydia Kuhnt findet. In dem kleinen Bändchen, das mir vorliegt, gliedert sie ihre Gedichte und Kurzgeschichten in die Abschnitte Natur, Leben, Politik und Liebe. Auch sie ist sich der Wanderschaft auf der Straße des Lebensabends bewußt. Die einst erfahrene Liebe, aber auch immer wieder neue Liebe zu den Menschen ist ihr Hauptthema. Sie stellt aber auch die Zukunftsängste der nachwachsenden Generation dar, die Brutalisierung unter der Jugend durch falsche Leitbilder (Gutenberg-Schule!),

den Verkehrstod auf den Straßen, den Medien-Dreck, mit dem wir überschüttet werden. Sie preist den Wert von guten Freunden in diesen Zeiten und geißelt die unersättliche Profitgier der Besitzenden als Hauptantrieb für Krieg und andere menschliche Katastrophen. Die kleine DDR mit ihren dennoch großen Leistungen ist ihr ebenfalls wert, zur Sprache gebracht zu werden. Soll sie mit diesem Gedicht ihr Bekenntnis selber sprechen:

Wünsche

Ich hüpfte dem Tod
vor der Schnauze herum
und mach meine Kapriolen
ich hüpfte mal rechts
und hüpfte mal links –
er soll erst mal
andere holen
Und wenn ich noch
lange hüpfen kann
da will ich ein
Liedchen singen
die Wünsche eilen
uns immer voran
die Wirklichkeit
wird es bringen
Mein, mein, mein –
macht das Herz zu Stein!

Peter Franz

Rudi W. Berger, Heißer Lippen Hauch / Traum nirgendwo, Bertelsmann MoD, Pößneck 2003, 160 S., 15,- Euro. ISBN 3-00-010943-9

Lydia Kuhnt, Gedichte und Erzählungen 2000 bis 2003, Port-M Schimske, Frankfurt/Oder 2003, 56 S., 10,- Euro. ISBN 3-36398-70-4

**Leserbriefe an
RotFuchs**



Gestern erhielt ich die November-Ausgabe Eurer Zeitschrift „Raposa Vermelha“ (RotFuchs – d. R.) mit der Seite über den Brief von Chávez an mich. Die Verbindung zwischen Text und Fotos ist Euch gut gelungen.

Ich bin sehr froh zu erfahren, daß der von Parteien unabhängige „RotFuchs“ inzwischen zur einflussreichsten Monatsschrift der konsequenten Linkskräfte in Deutschland geworden ist. Ich habe viel darüber nachgedacht, daß Ihr den Brief von Chávez für historisch bedeutsam haltet. Besonders wichtig erscheint mir die von Euch herausgehobene Feststellung, daß unsere portugiesische Aprilrevolution in der Bolivarianischen Revolution Venezuelas weiterlebt.

Was eine Reise nach Caracas betrifft, zu der ich von Chávez eingeladen worden bin: Ich würde sie gerne antreten, muß aber als 83jähriger zunächst den Rat meiner Ärzte einholen. Immerhin handelt es sich um einen langen Flug.

General a. D. Vasco Gonçalves, Lissabon

Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, Friedrich Engels habe bereits 1852 jenen Günter Schabowski vom 9. November 1989 gekannt. Denn die Worte aus der Schrift „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ scheinen ihm auf den Leib geschrieben zu sein: „Wer in einer Revolution eine entscheidende Stellung befehligt und sie dem Feind übergibt, statt ihn zu zwingen, einen Sturm auf sie zu wagen, verdient unter allen Umständen als Verräter behandelt zu werden.“ (MEW Bd. 8, S. 78) Nun steht ja außer Zweifel, daß Schabowski an jenem Novembertag dem Feind die DDR übergeben hat. Er nahm mit seinem verantwortungslosen Handeln – und dessen war er sich sicher bewußt – in Kauf, daß Ströme von Blut fließen könnten. Daß es nicht so kam, ist einzig und allein dem besonnenen und verantwortungsbewußten Handeln der bewaffneten Organe der DDR zu danken.

Schabowski übte Verrat. Nun gibt es in allen Epochen und Abschnitten der gesellschaftlichen Entwicklung so etwas, aber Verräter ist nicht gleich Verräter. Gestalten wie Gorbatschow, Schabowski und eine Reihe weiterer Mitglieder der Politbüros von KPdSU und SED sind ein besonderer Verrätertyp. (...)

In den 90er Jahren, unmittelbar nachdem er sich während des gegen ihn und andere geführten Prozesses geoutet hatte, trafen wir Sch. in der Leipziger Straße Berlins. Wir, das waren der vorletzte Volkskammerpräsident, ein ehemaliger Chefredakteur und ich. Der Journalist hielt seinen früheren Kollegen an und fragte ihn: „Günter, wie kannst du nur so etwas tun und dich so erniedrigen?“ Brüllend kam die Antwort: „Ihr könnt gut reden, ich muß meine Familie ernähren und Geld verdienen!“ Und das vernahm wir aus dem Munde eines Mannes, der mich nur Wochen zuvor „mit kommunistischen Grüßen“ zu einer hohen staatlichen Auszeichnung beglückwünscht hatte. Es war genauso verlogen wie seine Bemerkung im „Berliner Kurier“, er könne „kein Kommunist mehr sein“. Er ist doch nie einer gewesen!

Und damit zurück zum Ausgangspunkt. In der eingangs zitierten Schrift legt uns Friedrich Engels ans Herz: „Sind wir also einmal geschlagen, so ha-

ben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen.“ (Ebenda, S. 5)

Ernst-Otto Christalle, Berlin

Vom 9. Mai 1943 bis 13. September 1944 war ich als Funker in der Divisionsfunkzentrale der 117. Jägerdivision der Hitlerwehrmacht eingesetzt. Obwohl mit allen Mitteln versucht wurde, die in den Bergen des Peloponnes operierenden Partisanen zu vernichten, gelang es den faschistischen Truppen nur selten, ihrer habhaft zu werden. Zunächst waren wir in Tripoli beim Divisionsstab untergebracht. Anfang Oktober 1943 wurde dieser nach Perigiali (7 km westlich von Korinth) verlegt. Von hier aus erfolgten weitere Einsätze mit dem Festungsinfanteriebataillon 1012. Es gehörte zum 999er Regiment, in dem sich straffällig gewordene Soldaten – darunter viele Antifaschisten – befanden. Hierbei wurde das Bataillon um 60 % dezimiert, nicht durch Verluste, sondern durch Fahnenflucht und Übergehen zu den Partisanen. Im Oktober 1943 sprengte eine Partisaneneinheit zwischen Korinth und Patra im Raum Diakofto eine wichtige oberirdische Fernmeldelinie. Hierdurch waren die Führungsverbindungen stark dezimiert. Nach diesem Ereignis entschloß sich der Kommandeur der 117. Jägerdivision, Generalleutnant Wittmann, zu einer „Säuberungsoperation“. Auch sie verlief ohne Erfolg. Daraufhin wurden in Kalavryta alle männlichen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren zusammengetrieben und erschossen sowie der Ort durch Artilleriebeschuß dem Boden gleichgemacht. Anschließend meldete Wittmann über Funk – von mir übermittelt – an das 7. Armeekorps, 70 Partisanen seien gefangengenommen und erschossen worden.

Ich selbst war in den vergangeneren drei Jahren bei meinen Griechenlandbesuchen regelmäßig in Kalavryta und unterhielt mich mit den ansässigen Menschen. Wenn sie erfahren, daß man aus der früheren DDR kommt, wird gefragt, ob man Kommunist sei. Bei bejahender Antwort ist die sprichwörtliche Gastfreundschaft noch herzlicher.

Winfried Freundt, Jena

Ich möchte mich zunächst bei Ralph Dobrawa für die Würdigung von Jürgen Kuczynski bedanken. Ich habe volles Verständnis dafür, daß sich die Berliner, daß sich die DDR-Biographen gerne mit Berlin als Geburtsort des außergewöhnlichen Menschen und Wissenschaftlers schmücken möchten. Nur leider ist das falsch. Ich lasse ihn selbst zu Wort kommen. Auf einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz in Wuppertal (Mai 1970) war einer der Referenten Jürgen Kuczynski. Er leitete seinen Beitrag mit dem Satz ein: „Es ist eine besondere Freude für mich als gebürtigen Elberfelder (seit 1929 ein Stadtteil von Wuppertal – D. K.) und heute Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hier zu Ehren von Friedrich Engels über ihn als Wirtschaftswissenschaftler, als Politökonom zu sprechen.“ Es folgte ein außerordentlich interessanter Beitrag, der mich unmittelbar danach bewogen hat, in die DKP einzutreten. (...)

Ein kleines Angebot für die Leserinnen und Leser des RF: Sollte sich eine Gruppe finden, die Interesse daran hätte, die Geburtsstadt von Friedrich Engels und Jürgen Kuczynski kennenzulernen – ich wäre bereit, bei der Realisierung zu helfen. Ich könnte auch einen Vortrag über den jungen rebellischen Friedrich Engels und seine Zeit in Wuppertal anbieten. Natürlich gehören auch ein Besuch im Engels-Haus, im Engels-Zentrum und ein historischer Stadtspaziergang dazu.

Dr. Dirk Krüger, Wuppertal

Am 12. Oktober brachte das ND eine giftige Glosse von Hans-Dieter Schütt, in der er sich über die Verleihung eines Ehrenzeichens durch die Gesellschaft

für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) lustig machte. Der einstige Chefredakteur der Jungen Welt besitzt seine „Verdienste“. Als Gregor Gysi am 18. 11. 2002 im ND empfahl, „Macht Frieden mit dieser Gesellschaft!“, unterstützte Schütt diese Position nachdrücklich. Sein Hauptargument war, der „hohe Stand der Menschenrechte ... in einem Deutschland, dessen bürgerliche Freiheiten dem gebabten Sozialismus um mehrere Revolutionen voraus sind“.

Ganz im Überschwang des hohen Standes der Menschenrechte und Freiheiten im heutigen Deutschland empfahl Herr Schütt im ND vom 19. 8. 2003: „Was die PDS leisten muß, ist Besinnung auf ein Verändern, das der Lust (!?) und der Zugehörigkeit zu einer demokratischen Ordnung entspringt ... Wird Zukunft gleichsam als Gegnerschaft gelebt, entstehen freudlose Sozialisten.“

Die Krönung und zugleich wohl auch die Erklärung seiner Ansichten ist offenbar die Bewunderung für das, „was aus Deutschland wieder geworden ist“. Fast enthusiastisch schrieb mir Herr Schütt am 31. 12. 2003: „... und messen Sie doch mal den Ausgangspunkt 1945 an dem, was Europa heute ist, was Deutschland heute ist. Nur 60 Jahre danach und ja! Die Sehnsucht der Menschen nach Frieden und Freiheit hat in Europa zum Ziel geführt.“

Seine Empfehlung „Macht Frieden mit dieser Gesellschaft!“ hat er persönlich längst befolgt. So ist denn auch die böse raffinierte Häme erklärlich, die er in seiner Glosse gegen die GBM an den Tag legte.

Gerhard Wetzel, Berlin

Es ist ja nicht so, daß wir Alten keinen geistigen Anschluß an die Gegenwart finden. Im Gegenteil, wir haben zu viel Gedanken und Wissen, uns bewegt zu viel, aber wir haben zu wenig Gelegenheit, uns den Menschen mitzuteilen. Unsere Lebenserfahrungen erdrücken uns, und deshalb werden die Darlegungen oft nur Stückwerk und im Inhalt nicht genügend verständlich. Wir möchten zu viel auf einmal weitergeben und die Menschen über das, was zur Zeit und weiter mit ihnen geschehen soll, aufklären. Wir haben gelernt, Zusammenhänge zu erkennen sowie gedanklich herzustellen, und wollen damit helfen, allen Menschen die Augen zu öffnen. (...)

Hier bei uns wird in der „Freien Presse“ gegenwärtig eine Gruppe von Menschen gelobt und hervorgehoben, die über 600 Angehörige der Intelligenz aus dem Raum Chemnitz-Zwickau einst in die BRD geschleust hat.

Von den damals Abgeworbenen wurden der Auto-Pionier August Horch und der seinerzeitige Abiturient Hahn, der spätere Chef des Volkswagen-Konzerns, namentlich erwähnt.

Manfred Wulf, Glauchau

Am 9. November, dem 15. Jahrestag der Grenzöffnung, wurde wieder vom „Mauerfall“ gesprochen, obwohl im Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutzes vom 26. Januar 1988 festgestellt wird, daß an der Grenze DDR/BRD auf einer Gesamtlänge von etwa 1378 km ganze 31,2 km (rund 2,26 %) mit diesem Sperrelement ausgebaut waren. Auch die Staatsgrenze zu Berlin (West) mit einer Länge von 161 km war nur zum Teil mit einer Mauer gesperrt. „Mauerbau“ und „Mauerfall“ waren und sind aber bis heute nicht nur ideologische Kampfbegriffe, sie waren auch den BRD-Justizorganen in der politisch motivierten Strafverfolgung willkommenen Termini, die für die Anklage und Verurteilung ehemaliger Verantwortungsträger und Angehörigen der Grenztruppen der DDR verwendet wurden. (...) Die vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V. herausgegebene Publikationsreihe „Vom Mauerbau zum Mauerfall“ unterstützt gewollt oder nicht die Hetze

der „Sieger“. Damit sollte schnellstens Schluß gemacht werden.

Generalleutnant a. D. Karl Leonhardt, Berlin

Einige Bemerkungen zur Diskussion über die Ursachen unserer Niederlage. Als Fachkader eines Forschungsbetriebes wurde mir bereits Anfang der 80er Jahre bewußt, daß weder sozialistischer Wettbewerb, leistungsgebundene Gehälter, Umstellung der Abrechnung auf die Nettoproduktion, ausufernde Analysetätigkeit, Berichterstattung vor Kreis- und Bezirksleitungen, Gebrauchswert-Kostenanalysen, Netzplantechnik und Heuristik noch die permanente politische Schulung unserer Werk-tätigen als analoge Triebkraft zur Erreichung des Anschlusses an den Weltmarkt der mörderischen und inhumanen Konkurrenzgrundlage des kapitalistischen Systems Paroli bieten können.

Es mangelte an einer anderen, wirkungsvolleren Form von Triebkräften. Ich behaupte, daß alle Fachkader Lücken in diesen wohl gutgemeinten Vorschriften fanden, um sowohl ihre Stellung als auch ihr leistungsgebundenes Gehalt weiter behaupten und beziehen zu können. Außer beschriebenen Papier brachten diese Regelungen zu wenig.

Hinzu kamen wirtschaftspolitische Entscheidungen, stark beeinflußt von Mittag, die unsere Ökonomie nicht verkräften konnte. Dazu gehörte auch die Forderung nach Preisstabilität „um jeden Preis“. Sie führte z. B. dazu, daß Brot in großem Umfang zum Verfüttern an Haustiere verwendet wurde. Ein Kaninchen, das für 18 M verkauft worden war, konnte im Konsum für 6 M wieder mitgenommen werden. Erzwungener Export hochwertiger textiler Produkte, bei dem nur 25 % der Kosten realisiert wurden, gehörte ebenfalls dazu. Negative Bilanzen mit enormen Verlusten zeigten sich nachweisbar bei der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen Ländern. Trotz von mir nachgewiesener ökonomischer Desaster in Millionenhöhe bei Forschungsobjekten sahen sich das Ministerium, die Kombinateleitung und die Staatliche Finanzrevision nicht in der Lage, bestimmte Objekte abzubrechen. Gleiches zeigte sich bei erzwungenen Importen unausgereifter Maschinen und Anlagen aus dem RGW.

Ich bin überzeugt, daß viele dieser ungünstigen Faktoren hätten korrigiert bzw. anders gestaltet werden können. Doch zur Frage der Triebkräfte sehe ich z. Z. keinen „Silberstreif“. Vielleicht könnten sich andere Wirtschaftswissenschaftler dazu äußern.

Dietrich Henning, Reimersgrün

Den Ausführungen des Genossen Heinz Wachowitz im „RotFuchs“ Nr. 80 zu Gründen, warum wir keine ökonomische Überlegenheit erreichten, muß ich in wesentlichen Punkten widersprechen. Die Erfolge der führenden kapitalistischen Länder beim wissenschaftlich-technischen Fortschritt basieren nicht auf klügerer oder freierer Entfaltung ihrer Potenzen, sondern auf rücksichtsloser Ausbeutung inländischer Arbeiter und vor allem der Völker der Dritten Welt. Dadurch wurde und wird ein drei- bis zehnfacher Profit erzielt. (Ein Volkswagen-Arbeiter in São Paulo verdient gerade einmal 10 % eines Wolfsburger VW-Arbeiters). Von der sozialistischen Ökonomie eine ähnliche Art der Wirtschaftsführung zu verlangen, „wie sie in den kapitalistischen Konzernen herangewachsen war“, ist politisch absurd.

Im Vergleich zur vollständig zentralisierten Geld- und Profitwirtschaft der kapitalistischen Banken und Konzerne, wo jede noch so kleine oder große Wirtschaftseinheit lückenlos der Lenkung und Kontrolle unterliegt, war unsere Planwirtschaft in der Tat noch unentwickelt geblieben, weil sie

einige Steuerungsmittel (Geld und Kredit) noch zu wenig nutzen konnte.

Daß die Ideen des Neuen Ökonomischen Systems nicht zum Tragen kamen, ist nicht der Willkür Breshnews oder des VIII. Parteitag geschuldet, sondern der bitteren Erfahrung, daß sich mit der Dezentralisierung sofort der unkontrollierbare Einfluß westlicher Konzerne verstärkte. Das heißt, ein NÖS kann nur wirken, wenn solche Sabotage ausgeschlossen ist. Die DDR lebte aber nicht im luftleeren Raum. Die Erfahrung zeigte, daß sehr viele Entscheidungen im zentralen Planungsprozeß einzig unter dem Druck kapitalistischer Störfaktoren (z. B. Embargo auf Lieferungen für vorher exakt ausspionierte Schwachstellen, worauf kein noch so verantwortungsbewußter Generaldirektor hätte reagieren können) und gegen jede ökonomische Vernunft gefällt werden mußten. Auch die überdimensionierte kostenaufwendige Braunkohleförderung behinderte uns enorm.

Die Art der Reaktionen von Günter Mittag (Tagesplanung und Plan-„Präzisionen“) hat diese Probleme zweifellos verschärft, aber nicht verursacht. Bei allen weiteren Untersuchungen kommt es darauf an, präziser Ursachen einerseits und Erscheinungen und Folgen andererseits zu unterscheiden.

Dr. Norbert Paulig, Schwerin

Gerald Hoffmann kritisiert in seiner Leserschrift im Oktober-„RotFuchs“ die Auffassung von Heinz Wachowitz, Betriebe im Sozialismus „hätten nur (!) als eine Art Abteilung der Volkswirtschaft“ gegolten und funktioniert. Hoffmann nennt umgekehrt ein solches Fungieren der Betriebe „eine Errungenschaft der sozialistischen Planwirtschaft“ und erweitert: „Dagegen verletzt (relative) „ökonomische Selbstständigkeit“ der Betriebe das Gesetz der „Aufhebung des Privateigentums“ (siehe Manifest).“ Gerald Hoffmann spricht sich also gegen das NÖS genannte Projekt in der DDR in den 60er Jahren aus, in dem diese „ökonomische Selbstständigkeit“ („Selbsterwirtschaftung der Mittel“, wie auch immer) als Reformidee vorgesehen war. Ich werte das auch so, möchte aber zu Heinz Wachowitz noch ergänzen: Was meint er denn unter „Abteilungen der Volkswirtschaft“? Es gibt nur zwei Möglichkeiten, das Fungieren von Betrieben zu „verstehen“: als Privateigentum oder als Objekte resp. auch Subjekte der Arbeitsteilung. (...) Im einen Fall realisiert der Betrieb ein inneres „Produzentenrecht“ (längst seit Marx als ein besonderes Eigentumsrecht – auf die Wertbildung – erkannt), im anderen ein äußeres, ein gesellschaftliches Konsumentenrecht; Betriebe stehen in einer gesellschaftlichen Pflicht. (...) Sozialismus (Planwirtschaft) heißt, die Betriebe als Konsumenten mit Geldmitteln zu versorgen, und die Versorgung (gleichbedeutend mit der Bereitstellung von Rohstoffen und Arbeitskräften) liegt in der Hoheit eines gesellschaftlichen Organs. (...) In meinem Betrieb haben Leiter auch des öfteren gesagt: „Ach, wenn wir doch nur könnten ...“ (Gemeint war die ungebundene Geldausgabe). Auch im Kapitalismus leben Unternehmen nicht nur von dem, was sie selber an Geld eingenommen haben, sondern 35 % der Investitionen, las ich mal, werden in der BRD durch Kredite gedeckt. Das heißt nichts anderes, als daß die „ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe“ (das Eigentumsrecht) schon im Kapitalismus ... „(relativ) aufgehoben“ ist.

Hermann Jacobs, Berlin

Meine Suche nach einer Antwort auf die fragende Überschrift des Artikels von Dr. Adolf Eser „Warum wurde die SED 1989 nicht in den Kampf geführt?“ (RF 82) – sie stammt wahrscheinlich nicht vom Autor, sondern aus dem Setzkasten der Redaktion – fand zwar keine Antwort, aber schwerwiegende Feststellungen. (...) Folgende Formulierung steht am Ende des Artikels: „Der Führung meiner Partei

kann ich nicht verzeihen, daß sie ... statt die Mitglieder und Kandidaten der ‚marxistisch-leninistischen Kampfpartei‘ rechtzeitig zur Verteidigung des Sozialismus zu mobilisieren ...“ Ich frage: Was wäre rechtzeitig gewesen? Ein einmaliger Akt im Sommer/Herbst 1989 hätte es wohl nicht getan. Da befanden sich die Beziehungen der Parteimitglieder zur Führung bereits im Zustand einer tiefen Vertrauenskrise. Also wäre den Ursachen nachzugehen, die dazu geführt hatten. Wo wird man landen? Mindestens bei der strategisch falschen Weichenstellung des VIII. Parteitag, bei der Ignorierung der grundlegend veränderten außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Bedingungen für die DDR in der Mitte der 70er Jahre, bei der Unfähigkeit oder Unwilligkeit, daraus für die Politik gegenüber dem Westen als auch gegenüber unserem lebenserhaltenden Partner Schlüsse zu ziehen, bei der Abweisung jedes Gedankens an notwendige Veränderungen nach der Gorbatschowschen Perestroika und Glasnost usw. usf. In der Mitgliedschaft gab es ein beträchtliches Potential für die Erneuerung sozialistischer Politik. Es wurde nicht freigesetzt, die erwartete Parteidiskussion vor dem XII. Parteitag unterdrückt. Aufgrund dieser hier nur angedeuteten innerparteilichen Entwicklung und der entstandenen Lage war die „Mobilisierungsmasse“ doch sehr geschrumpft. Darüber wäre zu sprechen, zu diskutieren. Das auf den Seiten des RF zu tun, stünde ihm gut zu Gesicht.

Helmut Müller, Berlin

Mit großem Interesse habe ich den Oktober-RF gelesen. Auf Seite 5 habt Ihr aus der Geschichte der Roten Armee (Über „die Russen“ und über uns) berichtet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, einmal auf das Programm des Moskauer Rundfunks „Einblicke in die Geschichte“ hinzuweisen. Die Sendung hat als Titelmelodie das alte Lied „Die Arbeiter von Wien“. Eine wirkliche Seltenheit im heutigen Programm der „Stimme Rußlands“, und auch inhaltlich stellen die Sendungen dieser Reihe eine Ausnahme dar. Ich als Hesse habe schon in der Zeit vor der Konterrevolution Radio Moskau gehört und schalte es heute hin und wieder in der Hoffnung ein, etwas Positives zu erfahren. Vielleicht befinden sich ja unter den 11 000 RF-Lesern noch mehr alte und neue Radio-Moskau-Hörer. Früher waren die Programme natürlich besser. Irgendwann werden sie auch dort merken, daß eine „Stimme Rußlands“, wie sie heute erklingt, keine Zukunft hat.

Michael Lang, Friedrichsdorf

Seit geraumer Zeit lesen wir den „RotFuchs“ mit großem Interesse und großer Genugtuung. Wir fühlen uns in guter Gesellschaft. (...) Der Artikel im November-RF zur „Würdigung“ Nikolai Ostrowskis durch das ND spricht mir aus vollem Herzen. Nach der Lektüre des ND-Beitrags „In Reih und Glied“ habe ich sowohl an den für das Feuilleton verantwortlichen Redakteur als auch an den Verfasser, Herrn Hatzius, geschrieben. (...) Am 7. 10. erschien auf Seite 1 des ND eine gute Karikatur und in der unteren Hälfte eine Satire, die dem Band von Peter Ensikat „Wenn wir den Krieg verloren hätten ...“ entnommen war. Ich will diese Satire gern als solche verstehen, vergesse aber auch nicht, daß Herr Ensikat vor ca. anderthalb Jahren in einem TV-Interview bei „Phönix“ gefragt wurde: „Sind Sie Antikommunist?“ Antwort: „Ja, das war ich früher und bin's auch heute.“ Kommentar überflüssig.

Maria Aschmutat, Berlin

Wir lesen den „RotFuchs“ immer wieder gerne, denn seine Themen sind aktuell und lassen uns wissen, daß die Idee des Sozialismus nur eine

vorübergehende Niederlage erlitten hat, daß sie wachgehalten wird.

Die gegenwärtig Herrschenden haben sich der gesellschaftlichen Vergangenheit verschrieben. Die Schröder-SPD hat die Ideen Bebels über Bord geworfen. Die Regierung arbeitet mit aller Macht am Ziel ihrer schwarzen Vorgängerin „Zurück in die Zukunft!“ und ist bereits fast im Mittelalter angelangt. (...) Der Abbau von Bundeswehrstandorten soll den Anschein erwecken, daß ehrlich daran gearbeitet werde, das Militär zu verkleinern. Doch sein Budget steigt. Die Bundeswehr wird zur Interventionsarmee umgerüstet, mit modernster Vernichtungstechnik. Was das kostet, verschweigt man. Aber angeblich ist kein Geld für soziale Zwecke, für Bildung und Gesundheit da.

Ich muß an das Ende des 19. Jahrhunderts erinnern, als dem damals kaiserlichen Reichshaushalt durch den Bau einer Flotte ungeheure Rüstungslasten aufgebürdet wurden. Die Ausgaben des Staates überstiegen in gewaltigem Maße die Einnahmen. So erfand man immer neue Steuern, um die Defizite abzubauen. Schulden in Höhe von vielen Milliarden Reichsmark entstanden, die vom Volk getragen werden mußten. Gibt es Parallelen?

Günther Trost, Bad Oldesloe

Wir sind seinerzeit durch Eure Werbung im ND aufmerksam geworden. So habt Ihr mindestens drei neue Leser gewonnen. Wir geben den „RotFuchs“ als Stafette weiter. Als sehr nützlich und wertvoll betrachte ich viele der Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zum antifaschistischen Widerstand. (...)

Wenig Beifall finden bei mir einige Artikel, welche sich mit den verschiedenen „Erscheinungsformen“ linker Anschauungen in der Gegenwart auseinandersetzen. Mit der Schärfe und Unduldsamkeit, die teilweise von einigen Autoren und Briefschreibern an den Tag gelegt wird, ist sicher keine „Aktions-einheit von links“ zu erwirken. Manches erinnert an Texte aus der Zeit vor 1933. Als sich einige Verkünder der reinen Lehre zwischen 1933 und 1945 in den Konzentrationslagern wiederfanden, hatten sie sich versprochen, solchen Haltungen nie wieder Raum zu geben. Wer ist mein Feind?

Den Machern des „RotFuchs“ sei gedankt. Anbei einen kleinen Beitrag aus meinem in verschiedene Richtungen fließenden Soli-Fonds. Viel Erfolg!

Dr. Jürgen Hoffmann, Eilenburg

Eine Bemerkung zum Beitrag „Goldener Maulkorb verliehen“ im November-Heft: Nach den Meldungen über „Korruption im Stolpe-Ministerium“ (62 Verdachtsfälle) sehe ich den ganzen Skandal um die Verschleuderung von Ziegenhals an einen Beamten aus dem Potsdamer Verkehrsministerium in einem anderen Licht. Anscheinend war es im Stolpe-Haus und seinen Untergliederungen nicht schwer, daß sich Seilschaften aus Westdeutschland, die bekannten Postenjäger aus dem Bürokraten-Stau der alten Bundesrepublik und Immobilienhaie, aufgrund ihres Insiderwissens erst einmal selbst bedienen und „anschaffen“. Für viele kleine und große westdeutsche Kapitalbesitzer stellte es den Sinn und Zweck der „Einheit“ dar, wenn sie sich vom privaten und vom Volkseigentum der DDR-Bürger ihren Teil abzweigten. Daß es schon immer Methode war, sich mit Hilfe einer ihnen mehrheitlich zugeneigten Justiz lästige Kritiker vom Hals zu schaffen, ergänzt nur das hinterhältige Spiel. Ein weiterer (gewollter) Nebeneffekt ist die Entsorgung deutscher Historie – zu ihr gehört die Ermordung Ernst Thälmanns – zugunsten einer rechtskonservativen Geschichtsschreibung.

Gerhard Rosenberg, Berlin

Was hat die PDS mit dem zahlenmäßigen Erstarken der Rechten zu tun? Zweifellos nicht das

Geringste. Daher ist es falsch und schädlich, wenn sich Linke auf ahistorische und undialektische Anwürfe einlassen. „Die einzige Gemeinsamkeit, die Wählerinnen und Wähler von rechtsextremen Parteien und der PDS haben, ist ihre Unzufriedenheit mit der herrschenden Regierungspolitik“, meinte Gysi in einem vom ND veröffentlichten Brief an Grünenchef Bütikofer. (...)

Warum kein Wort dazu, daß die Führungskräfte der DVU und der NPD westsozialisierte Personen sind, die wie die Immobilienspekulanten und Industriabwickler nach 1989 den Osten annektierten. Warum kein Wort über die jährlichen Treffen der faschistischen Ritterkreuzträger, die Aufmärsche der Neonazis in Wunsiedel, die Ehrung von Hitler-Militärs durch Bundeswehr und Kommunen. Warum kein Wort über die intellektuellen Väter, die an der Wiege dieser Republik standen und deren Werden gestalteten – von Abs über Thyssen bis Globke? (...)

Der Rechtsextremismus gehört zu dieser Gesellschaft wie das Wasser zu Rhein und Main. Hätte das nicht der demokratische Sozialist Gysi in seinem Brief deutlich machen müssen?

Herbert Rubisch, Berlin

Ich beziehe mich auf den Beitrag Günter Freyers „Geschichtsunterricht“ im Oktober-RF. Eine Lehrerin aus Hildesheim hatte dem Autor vorgehalten, in der DDR habe man den Kindern nur das beigebracht, „was in die Ideologie von Staat und Partei paßte“.

Was bringt man den Kindern heute bei? Wenn man z. B. das Geschichtsbuch der 9. Klasse durchblättert, wird einem schlecht. Dort erzählt man den Jugendlichen lauter Unwahrheiten über das Leben in der DDR. Deren bewaffnete Organe werden nach allen Regeln der Kunst durch den Dreck gezogen. (Ich selbst war Politoffizier der NVA.) (...)

Nun ist es in Sachsen schon so weit, daß Geschichte als Pflichtfach für die 10. Klasse an den Mittelschulen abgeschafft werden soll. Hier zeigt sich eine „Bildungspolitik“, die an Dummheit, Arroganz und Verantwortungslosigkeit kaum zu übertreffen ist. Eben noch staunten die Regierenden über das Abscheiden der NPD bei den sächsischen Landtagswahlen. Eine Erklärung dafür sind die 15jährige schwarze Alleinherrschaft und ihr Bildungswesen.

Robby Melzig, Frankenberg

Wolfgang Clausners Sicht auf die Brandenburger Landtagswahlen kann ich nur bedingt zustimmen. Bereits am 12. August mußte Dagmar Enkelmann in der Strausberger „Tonne“ auch „einige Worte zu Hartz IV verlieren“, wie ein kostenloses Blatt der Region schrieb: „Es wird für viele zu sehr harten Einschnitten kommen.“ Und weiter: „Hartz IV ist Bundesgesetz. Wenn sich ein Land weigern wollte, gäbe es gar kein Geld.“

Sie vergaß auch nicht, ihre Berliner Mitregierungsgenossen zu loben, die bereits eine Ausführungsbestimmung zu Hartz IV verabschiedet hätten. Daß sie Ministerpräsidentin werden wollte, falls die PDS als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehe, gehörte zu ihren Verlautbarungen kurz vor der Wahl. Auf einem massenweise angebrachten Plakat der PDS war bis zuletzt zu lesen: „Hartz IV – das ist Armut per Gesetz. Weg damit!“ Diesem Versprechen glaubten 28 % der Wähler, wahrscheinlich, ohne sich darüber Gedanken zu machen, inwieweit ein ernsthafter Wille dahinter stand.

Am ersten Tag der Sondierungsgespräche mit der SPD gab es noch Küßchen vom Ministerpräsidenten, am zweiten blieb Dagmar Enkelmann nur noch die Erklärung übrig, es müßte ja nicht unbedingt eine Bundsratsinitiative zur Zurücknahme von Hartz IV auf den Weg gebracht werden, ein Paket mit Verbesserungsvorschlägen wäre auch denk-

bar. Aber selbst das war der SPD zu viel. Platzek verzichtete auf weitere Gespräche mit der Fraktion der PDS. Er wandte sich der CDU zu.

Bleibt festzustellen: Die PDS war sich von Anfang an bewußt, daß Hartz IV als Bundesgesetz auch durch eine von ihr dominierte Regierung durchgesetzt werden müßte. Denn es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder regieren und die beschlossene Bundespolitik verwirklichen (im Widerspruch zum Plakat der PDS) oder Opposition sein. Und das, wie bereits gegenwärtig zu bemerken ist, bitte nicht so heftig. **Heinz Hoffmann, Strausberg**

Menschen, die sich um ihre Zukunft keine Sorgen machen müssen – das gab es nur im Sozialismus. Heute dominiert die egoistische Borniertheit mit der der Marktwirtschaft eigenen Überzeugung, daß nur sie das Nonplusultra ist. Freiheit bedeutet, hinzugehen, wo der Pfeffer wächst; Demokratie heißt, Entscheidungen mitzutragen, die wir nie getroffen haben, oder Regierungen zu akzeptieren, die nicht von uns gewählt wurden. Oder auch, Antwort auf Fragen zu bekommen, die wir nie gestellt haben. **Peter Leder, Dresden**

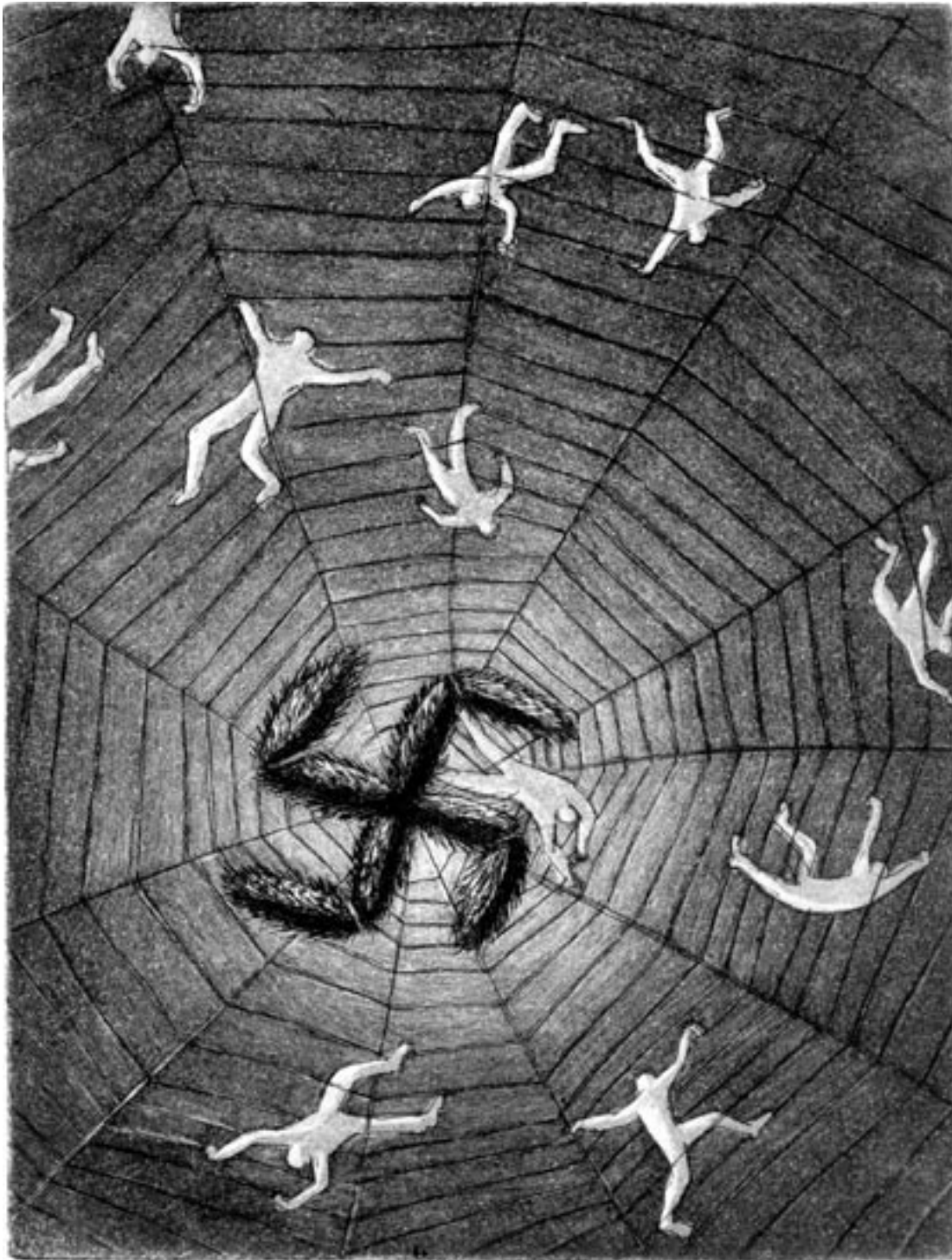
Ich war und bin ein „Kind“ der DDR. Ihr habe ich meine persönliche Entwicklung als Arbeitersohn zu verdanken, und sie war und ist für mich, trotz ihrer Schwächen, der bessere deutsche Staat. Das wurde besonders deutlich, nachdem man uns das gesamte politische und ökonomische System der BRD übergestülpt hatte. Bis in die Gegenwart wird alles beseitigt, was an den ersten Arbeiter- und Bauern-Staat in der deutschen Geschichte erinnert. Die Beiträge im „RotFuchs“ spiegeln überwiegend meine eigenen Erfahrungen und Eindrücke wider. **Heinz Schulz, Cottbus**

Ich setze mich hin, schalte 3SAT ein und bekomme vom Programm „Kulturzeit“ eine Erklärung, wieso die da im Osten eigentlich so infantil seien und demonstrierten. Ein Psychologe bemüht sich, das Vorurteil zu erhärten. Ja, sie verlangten vom „Vater Staat“ behütet und versorgt zu werden ... Wie zu Zeiten, als die Mauer ... Ich werde nervös, mag das nicht mehr hören, kann aber auch nicht ausschalten. Daß so viele gegen die „Reform“ demonstrieren, zeuge von wenig Demokratieverständnis. Minderwertigkeitsgefühle seien es! (...) Ein Versuch der Verunglimpfung so vieler ehrlich um ihre Zukunft besorgter Menschen. Was für einen Begriff von Kultur haben die Macher von „Kulturzeit“?

Andreas Rösler, Hamburg

Es war gut und richtig, daß der RF dem Film des Fernsehens der DDR von 1973 „Rotfuchs“ eine Seite widmete, und zwar nicht nur, weil es sich um „Namensvettern“ handelt. Etwas enttäuscht waren wir allerdings, daß ausschließlich die Rezension aus dem „Filmspiegel“ abgedruckt wurde. Denn der Wert eines Films zeigt sich auch darin, daß er noch nach Jahrzehnten Bestand hat. Darum wäre – nach unserer Meinung – eine aktuelle Einschätzung notwendig gewesen. Hat der Film doch sogar an Bedeutung gewonnen. Wir können mit gutem Gewissen auf die Frage „Wie war die DDR wirklich?“ auf ihn verweisen. Er war kritisch gegenüber negativen Erscheinungen in der Gesellschaft wie Wohlstandsdenken und Karrieresucht, ohne jedoch in „Miesmacherei“ zu verfallen. Auf der anderen Seite zeigte er das solidarische Verhalten der DDR-Bürger. Und daß der Wert des Menschen darin liegt, wie verantwortungsvoll er seine Arbeit macht, die im Sozialismus eben nicht ein „Job“ ist wie heute meist. Das alles wird auf eine lebenswert humorige und drastische Art, aber auch optimistisch dargestellt.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen



... und wieder gehen sie ins Netz

Grafik: Klaus Parche

Die Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau/Plauen

lädt für den **11. Dezember** um **10.00 Uhr** Mitglieder, Leser und Interessenten nach Chemnitz, Rosenplatz 4, ein.

Dr. Klaus Steiniger präsentiert sein neues Buch

Bei Winston und Cunhal

Reporter auf vier Kontinenten

An der anschließenden Diskussion beteiligt sich auch RF-Vertriebsleiter **Armin Neumann**.

Herzlich lädt die **Regionalgruppe Uckermark** des RF-Fördervereins **zum 13. Dezember** um **17.00 Uhr** in die Gaststätte „Treibhaus“ in Schwedt, Gartenstraße 9, ein.

Der namhafte Rechtsexperte **Prof. Dr. Detlef Joseph** spricht und diskutiert über die

Europa-Verfassung

der EU.

Die Regionalgruppe Berlin zeigt am **17. Dezember** um **16.30 Uhr** im „Blauen Salon“ des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz den Film des Fernsehens der DDR

Rotfuchs

mit **Angelika Waller** in der Hauptrolle. Anwesend ist der Schriftsteller **Peter Abraham** als Autor des gleichnamigen Buches.

IMPRESSUM

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem 1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der 15. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. Rudolf Druх
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internetpräsentation:

WEBMASTER:
Dr. Hartwig Strohschein
rotfuchs.berlin@t-online.de
AKTUELLE RF-AUSGABE:
Iris Rudolph

PC-Systembetreuerin:

Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220160759